

M MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 10/09 Jahrgang 58



Die Zukunft des Fernsehens
Scharfe Konturen

inhalt

titelthema: das fernsehen der zukunft

- 8 **Scharfe Konturen**
Von Günter Herkel
- 10 **Neue Berufsbilder**
Digitaler Umstieg und
Übergang zu HDTV im ZDF
nicht ohne Folgen

aktuell

- 4 **Tipps und Termine**

kolumne

- 6 **Schöne Worte,
wenig Greifbares**
Migranten in den Medien –
Selbstverpflichtungen
sind nicht genug

porträt

- 7 **Der Tag ist durchgetaktet**
Journalistin an der Spitze
der Betriebsräte
im Axel-Springer-Konzern

M Archiv im Web

<http://mmm.verdi.de/archiv>
(Internetarchiv beginnt 1996)

medienpolitik

- 12 **Keine Lockerung
des Pressefusionsrechts**
ver.di fordert faire Entlohnung
von Leiharbeitern und Urhebern
Interview mit Frank Werneke,
stellvertretender ver.di-Vorsit-
zender
- 14 **Einfache Idee
im komplexen Geflecht**
Fachdebatte nach fünf Jahren
Bürgerportal
Programmbeschwerde.de
- 15 **Gegen Überwachung**
Freiheit statt Angst –
Demonstration für Datenschutz
in Berlin

20 jahre danach

- 16 **Hauptstadtblüte
und märkischer Sand**
Attraktive Medienmetropole
mit knallhartem Wettbewerb
auf dem Zeitungsmarkt
Berlin und Brandenburg

journalismus

- 18 **Aggregieren und verwerten**
Verlage auf der Suche
nach Erlösmodellen im Netz



Foto: Christian von Polentz / Transit

- 20 **Zusammen und
jeder auf seine Art**
Funktionierende Partnerschaf-
ten – Journalistenbüros
- 21 **Die Falschmünzerrepublik**

rundfunk / film

- 22 **Fair Radio**
- 22 **Höhere Gehälter
bei Deutscher Welle**
- 22 **NDR: Solidarität mit
Reinigungskräften**
- 23 **Warnstreik im RBB**
Gehälter und Honorare sollen
ARD-Niveau erreichen
- 23 **Verhandlungen für Freie
im MDR stocken**
- 23 **Altersteilzeit verlängert**
- 24 **Streetworker
auf dem Datenhighway**
ver.di-Innovationsprojekt
connex.av wird zehn Jahre alt

- 26 **ver.di-Preis zur
52. DOK Leipzig**
- 26 **Filmrezension: „Die Bucht“**
Delphine nahezu unbemerkt ab-
geschlachtet

print

- 27 **Verleger wollen
Einkommen senken**
Erste Verhandlungen
zum Manteltarifvertrag für
Zeitschriftenredakteure
- 27 **AP soll an ddp
verscherbelt werden**
- 27 **Inakzeptable Angebote für
Verlagsangestellte**
- 28 **Lokale Engpässe**
Stellenabbau bei der WAZ-
Mediengruppe geht weiter
- 28 **Schon entdeckt?
Die Internetzeitung
hohenlohe-ungefiltert.de**

Vielfalt gefährdet

kommentiert &

Von Stephan Kolbe | Die Debatte über die Neugestaltung des Medienrechts in Nordrhein-Westfalen ist in vollem Gange. Die Landesregierung hat im Juni zwei Gesetzentwürfe vorgelegt, die erhebliche Auswirkungen für die Medienlandschaft in NRW bedeuten. Überarbeitet werden sollen das Landesmediengesetz NRW, das Regelungen für den privaten Rundfunk enthält, sowie das WDR-Gesetz. Im September haben im Landtag Anhörungen hierzu stattgefunden, zu denen auch ver.di und DGB kritisch Stellung bezogen haben.

Im Zentrum der Anhörungen stand der schon zu zweifelhaftem Ruhm gelangte Paragraf 33a des Gesetzentwurfs zum Landesmediengesetz. Dieser sieht vor, dass Verlagshäuser in Zukunft einen erleichterten Zugang zum Rundfunk erhalten sollen. Das heißt im Klartext, dass auch Verlage, die z.B. bei Zeitungen oder Zeitschriften bereits eine marktbeherrschende Stellung innehaben, zusätzlich noch Rundfunk veranstalten dürfen. Damit hebt die Landesregierung die bisherige Regelung, wonach eine solche Verquickung verboten ist, einfach aus den Angeln. Dass von den Verlagen im Gegenzug „wirksame Vorkehrungen zur Verhinderung von Meinungsmacht“ verlangt werden, grenzt schon fast an eine Farce. Denn laut Gesetzentwurf reicht es, unabhangigen Dritten Sendezeit einzuräumen oder einen Pro-

grammbeirat einzurichten. Ein Blick auf die damit verbundenen Kriterien zeigt aber schnell, dass wirksame Vorkehrungen anders aussehen müssten. Es ist äußerst fragwürdig, ob Meinungsvielfalt wirklich dadurch gewährleistet wird, dass drei Prozent der wöchentlichen Sendezeit an Dritte gehen und davon nur 30 Prozent in der Hauptsendezeit ausgestrahlt werden müssen. Das heißt: Dritten stehen 43 Minuten täglich zu, davon müssen nur 13 Minuten in der Hauptsendezeit liegen – und die endet erst 23 Uhr. Auch die Vorgaben für einen Programmbeirat sind wenig geeignet, fehlen ihm doch wesentliche Entscheidungs- und Sanktionsbefugnisse.

Wes Geistes Kind diese Gesetzesnovellen sind, zeigt auch das Vorhaben der Landesregierung, den WDR-Rundfunkrat um satte vier Sitze zu erweitern – und zwar allein mit Vertretern aus Wirtschaft und Technik. Diese sollen dem Gremium den notwendigen ökonomischen Sachverstand für die anstehenden Drei-Stufen-Tests sichern. Das stellt nicht nur die Kompetenz der bisherigen Rundfunkräte in ein schlechtes Licht, sondern verkennt zudem, dass der Drei-Stufen-Test insbesondere auch den publizistischen Mehrwert eines öffentlich-rechtlichen Angebots bewerten soll. Deshalb ist ganz klar: Die Vorhaben der Landesregierung gefährden unnötig die Medienvielfalt in NRW.

recht

- 29 **Bauer-Regeln rechtswidrig**
- 29 **Verurteilt**
- 29 **Verwaltungsgerichtshof gegen PC-Rundfunkgebühren**
- 29 **Google Settlement wird neu verhandelt**

internationales

- 30 **Tauwetter im Pagodenland?**
Rigide Zensurvorschriften beherrschen noch die Medien in Burma
- 31 **Abhören und Anschwärzen**
Stilfibel für Journalisten im Staatsdienst diktiert Geschichtsschreibung in Kolumbien
- 32 **Demonstration in Wien für bessere Tarife**
- 32 **Von Helden und Handlangern**
- 32 **Gegen Maulkorbpolitik**

rubriken

- 33 **Service**
- 36 **Impressum**
- 37 **Leute**
- 38 **Preise**

Konturenschärfung

Flachbildschirme erobern die deutschen Haushalte, jeder dritte in Deutschland hat einen. Neben dem modernen Design bestechen die scharfen Konturen und Farben der digitalen Bilder und der tolle Sound – kein Vergleich zum analogen Röhrengerät. Noch schärfere Konturen verspricht das hochauflösende Fernsehen, das derzeit einen Boom erlebt, der seinen Höhepunkt mit der Winterympia im Februar 2010 erreichen wird. HD-Kostproben gab es bereits zur Leichtathletik-WM im Sommer in Berlin durch ARD und ZDF. Das Interesse auf der diesjährigen IFA war so groß wie nie zuvor, mehr über die neue Digital-Technik, HD-Angebote und TV-Internet-Anwendungen zu erfahren. Aber die Fülle der Informationen erschlägt und wer klug ist, sollte nicht allein dem Charme der scharfen TV-Bilder oder der neuen Web-Vielfalt auf dem Fernsehbildschirm erliegen. Konkurrierende Gerätehersteller offerieren jeder sein eigenes Hybrid-System, Privatsender wollen HDTV nur verschlüsselt gegen Zusatzbezahlung und nicht jeder Netzbetreiber

wird das multimediale Zukunftsfernsehen kostenlos durchleiten. Da tut Harmonisierung und Standardisierung Not – im Interesse der Verbraucher! Schärfere Konturen sind darüber hinaus bei den Programminhalten gefragt, denn: Wer will schon nur für bessere Bild- und Tonqualität zahlen, wenn die Inhalte niveaulos, banal und träge sind? (Titelthema S. 8–11)

Das Fernsehen der Zukunft bewegt die Gemüter. Aber auch die Zukunft der Zeitung und der Medien insgesamt wird derzeit in der Gesellschaft, natürlich vor allem in der eigenen Branche, heftig diskutiert. Schärfere medienpolitische Konturen hätte man sich da in den Wahlprogrammen der Parteien gewünscht. Beispielsweise beim Pressefusionsrecht. Hier wird von Verlegerseite zum wiederholten Male eine Lockerung gefordert. Und die Parteien nicken dazu. Das sei jedoch „Unfug“, kontert der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke im M-Interview (S. 12–13). Hier bestehe „kein Handlungsbedarf“, da schon jetzt nach der geltenden Rechtslage Kooperationen vielfältig-

ster Art möglich seien. Ein weiterer Abbau der Pressevielfalt müsse verhindert werden. Konturenlos oder gar verschwommen kommt auch die Verlegerforderung nach einem Leistungsschutzrecht für Internet-Angebote daher. Unbeantwortet bleibe dabei u. a. die Frage nach den Auswirkungen eines solchen Gesetzes auf Urheberinnen und Urheber, meint dazu Frank Werneke. Im Zusammenhang mit der Debatte um öffentliche Förderung betont er mit Blick auf die ausufernde Leiharbeit „Lohndrücker haben kein Anrecht auf Steuerprivilegien oder öffentliche Mittel, das gilt auch für Verleger“.

Von einem „galoppierenden Konzentrationsprozess“ war auch die Entwicklung des Medienmarktes in Berlin und Brandenburg nach der Wende geprägt, wie im zweiten Teil unserer Serie „20 Jahre danach“ beschrieben wird (S. 16–18). Ein knallharter Wettbewerb brachte immerhin eine Vielzahl hochwertiger Medien hervor.

*Karin Wenk,
verantwortliche Redakteurin*

aufgespießt

Norbert Suchanek / Rio de Janeiro | Der brasilianische Journalist Fabrício Ribeiro Pimenta musste aus seiner Stadt im südostbrasilianischen Bundesstaat Espirito Santo fliehen, weil er über die gravierende Umweltverschmutzung einer Marmorfabrik in seiner Gemeinde schrieb. In Russland wurde der Journalist Mikhail Beketov fast zu Tode geprügelt und verlor ein Bein und mehrere Finger, weil er den Plan einer neuen, naturzerstörerischen Autobahn quer durch ein noch intaktes Waldgebiet aufdeckte. Dem brasilianischen Umweltjournalisten Vilmar Berna im Staat Rio de Janeiro wiederum wurde als „Warnung“ eine halbverbrannte Leiche an den Strand vor seinem Haus geworfen. Der jetzt veröffentlichte Report von Reporter ohne Grenzen „The dangers for journalists who expose environmental issues“ listet exemplarisch 13 Fälle von Journalisten auf, die in jüngster Zeit bedroht, überfallen, ins Gefängnis gesteckt, von Klagen überzogen oder ermordet wurden, weil sie über Umweltverbrechen berichteten. Die zusammengetragenen Zahlen und Fakten sind erschreckend und liefern eine Erklärung dafür, dass aller Diskussionen um die globalen Bedrohungen wie Klimaerwärmung, Meeresspiegelanstieg und Biodiversitätsverlust zum Trotz nur relativ wenige Berichte über Umweltskandale aus und in den Ländern des Südens und Ostens verbreitet werden.

Nur softe Umweltthemen

Im heutigen Brasilien beispielsweise sind Verbrechen an der Umwelt, illegale Abholzungen, Fluss- und Meeresverseuchungen, Korruption im Zusammenhang mit Autobahn- und Straßenbau, neuen Fabriken, fehlenden Kläranlagen oder dem Bau neuer umweltzerstörender Tourismusressorts, illegale Abfall- und Giftmüllbeseitigung, die Nichtumsetzung oder Verwässerung von Umweltgesetzen, Landraub usw. an der Tagesordnung. Dass trotzdem nicht jedes Jahr dutzende Fälle von unter Druck gesetzten, gefolterten oder ermordeten Umweltjournalisten bekannt werden, liegt aber nicht nur an einer gewissen Dunkelziffer, sondern ebenso an einer heutzutage – aus verständlichen Gründen – weit verbreiteten Schere im Kopf. Es gibt nur noch wenige Umweltjournalisten, die kritisch heiße Eisen anfassen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Massenmedien in Brasilien, so gut wie keinerlei Interesse an Finanzierung und Unterstützung von investigativem Journalismus haben. Die Umweltberichterstattung beschränkt sich im wesentlichen auf „softe“ Themen wie Ökotourismus in Naturparks oder Plastikrecyclingprojekte in ärmeren Gemeinden. Deshalb ist das, was Leser, Fernsehschauer und Radiohörer tatsächlich von den Umweltfreveln Brasiliens – innerhalb und ausserhalb des Landes – mitbekommen, nur die Spitze des Eisbergs.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist eine moderne Interessenvertretung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus mehr als 1.000 verschiedenen Berufen. Wir setzen uns für gerechte und menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen ein, die Frieden, Sicherheit und Wohlstand für breite Gesellschaftsschichten ermöglichen.

Zur Entwicklung und Leitung eines zentralen Kommunikationsmanagements für die Gewerkschaft ver.di suchen wir schnellstmöglich eine/einen

Leiter/-in Kommunikation und Marketing für die ver.di-Bundesverwaltung mit Anbindung an den Vorstand

Wir suchen eine Persönlichkeit mit

- mehrjähriger Erfahrung in leitender Position in der kommunikationsstrategischen Beratung zum praktischen Kommunikationsmanagement in Unternehmen, Organisationen, Verbänden;
- Erfahrungen im Bereich politischer Kommunikation, bevorzugt aus dem Bereich der Gewerkschaften, auf jeden Fall mit einer ausgeprägten Bereitschaft und Fähigkeit, sich schnell in gewerkschaftspolitische Fragen einzuarbeiten und damit zu identifizieren;
- hoher Sozialkompetenz und diskursivem Führungsstil für die Arbeit in einer großen politischen Organisation mit komplexer Mitgliederstruktur

Das Projekt „Einrichtung eines ver.di-Kommunikationsmanagements“ ist auf vier Jahre befristet und umfasst die vier Handlungsfelder:

- Entwicklung einer integralen Marketing- und Kommunikationsstrategie
- Unterstützung der internen Ebenen- und Bereichskommunikation
- Strategisches Agenda-Setting
- Verbesserung der Online-Kommunikation und Ausbau des Internetauftritts zur zentralen Kommunikationsplattform

Erwartet wird:

- Die Entwicklung und Steuerung eines empirisch fundierten Marketings
- Kommunikationsstrategische Beratung des Vorstandes, insbesondere des Vorsitzenden, und der regionalen Ebenen von ver.di
- Enge Kooperation in allen Kommunikationsfragen mit den für Öffentlichkeitsarbeit, Mitgliederbetreuung und die betriebliche Arbeit zuständigen Bereichen der Organisation
- Konzeption, Realisierung und Steuerung zentraler und Unterstützung dezentraler Kommunikationsmaßnahmen
- Die Integration von Printmedien, Internetredaktion, Audio/Video-Podcasts, Mitgliedernetz, Mitgliederwerbung, Kampagnenarbeit und Werbung in ein einheitliches Erscheinungsbild

Wir freuen uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung mit Ihren Gehaltsvorstellungen, die Sie bitte bis zum 7. November 2009 richten an: ver.di-Bundesverwaltung · Personalabteilung · 10112 Berlin oder: stellenmarkt@verdi.de



Beim Bundesvorstand der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ist im Fachbereich Medien, Kunst und Industrie die Stelle einer/eines

Tarifsekretärin / Tarifsekretärs

mit den Schwerpunkten Theater und Bühnen, Musikschulen, private Musicaltheater und öffentlich-rechtlicher Rundfunk zu besetzen. ver.di wünscht sich eine Kollegin oder einen Kollegen, die/der möglichst über gute Branchenkenntnisse verfügt und die Anwendung der Tarifverträge in den genannten Bereichen kennt. Sehr gute Kenntnisse des allgemeinen Arbeitsrechts, des Tarifrechts und der Betriebsverfassung sind Voraussetzung. Hohe Eigenständigkeit und Eigenverantwortung zeichnen ihr / sein Arbeitsgebiet aus. Der Arbeitsort ist Berlin.

Die Aufgaben umfassen die Koordinierung der Tarifarbeit. Das Führen von Tarifverhandlungen incl. Firmentarifverhandlungen. Kompetente Beratung von GBR/BR-/PR Gremien sowie Referenten- und Teamendentätigkeit.

Ansprechpartnerin für Interessentinnen und Interessenten ist beim ver.di-Bundesvorstand, Ressort 4, die Kollegin Barbara Scheiter: barbara.scheiter@verdi.de, Telefon: 030 / 69 56 – 23 05.

Bewerbungen sind zu richten an:

ver.di-Bundesvorstand, Service-CenterPersonal, Bereich Bundesverwaltung/Bildungsstätten, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Telefon: 030 / 69 56 – 15 51, Fax: – 32 57, E-Mail: stellenmarkt@verdi.de



Tipps und Termine

Mediendiskussion Köln | „Ist der Medienstandort Köln für die Zukunft gerüstet?“ wird am 14. November 2009 in der Alten Feuerwache Köln, Melchiorstr. 3, 50670 Köln von der Fachgruppe Medien, ver.di NRW, gefragt. Einlass: 13.30 Uhr, Beginn: 14.00 Uhr, Ausklang: 17.00 Uhr. Die Situation in der Fernsehbranche hat sich in den letzten Jahren drastisch verändert. Konnte es vor einigen Jahren nicht genug Personal geben, hat sich heute bei abnehmenden Produktionszahlen und erheblichen Einsparungen der Sender das Blatt gewendet. Produktionsfirmen werden im Preiskampf insolvent, Beschäftigte bleiben ohne Auftrag – die Stimmung ist deutlich rauer geworden. Mit Experten, Kennern der Branche, aber vor allem mit den Beschäftigten wollen wir gemeinsam über die Situation informieren und diskutieren.

Im Anschluss an die Beschreibung der aktuellen Lage der Fernsehschaffenden am Medienstandort Köln sollen folgende Fragen bei einer Podiumsdiskussion im Mittelpunkt stehen. Opfer des Preiskampfes – wie wird sich die Fernsehbranche entwickeln für Beschäftigte und Produktionsfirmen? Wege aus der Krise – was muss sich am Markt ändern? Keine Chance auf (für) Nachwuchs – erlebt oder produziert die Branche ein Nachwuchswachstum?

Anschließend lädt ver.di zu einem kleinen Umtrunk ein, um die Diskussion in lockerer Atmosphäre weiterzuführen oder Kontakte zu knüpfen, wieder aufzufrischen oder einfach nur zu klönen. Weitere Informationen und Anmeldungen:

ver.di NRW, Landesfachbereich 8,

Cornelia Froschauer, E-Mail: cornelia.froschauer@verdi.de.

Für Nachfragen stehen zur Verfügung:

Jutta Klebon, E-Mail: jutta.klebon@verdi.de, Tel. 02 11/6 18 24-332,

Jörg Keunecke-Lotte, E-Mail: joerg.keunecke-lotte@connexx-av.de,

Tel. 02 11/618 24 – 337

Selbstständigentag Hamburg | Am 7. November findet der 4. Selbstständigentag von ver.di Hamburg „Unsere Arbeit – unsere Ziele“ von 11 – 17 Uhr statt. Themen der vier Workshops: „Erfolgreiche Akquise durch gute Selbstvermarktung“, „Ich bin so frei – Frauen nutzen ihre Chancen!“, „Endlich mal Geld verdienen im Internet?“ und „SozialKreativWerkstatt | SKW denkt und lenkt positiv!“. Es gibt ein Büfett und abschließend gehts zum Networking Afternoon im ver.di center Hamburg, Besenbinderhof 60. Nur für ver.di-Mitglieder; schriftliche Anmeldung unter Angabe der gewünschten Workshops bis 26.10.2009 an E-Mail: selbststaendig.hamburg@verdi.de oder per Fax 040 / 28 58 – 91 34.

Abendveranstaltungen für Freie | ver.di center Hamburg, Besenbinderhof 60. Die Teilnahme ist kostenlos. Eine Anmeldung ist erforderlich per Mail an selbststaendige.hamburg@verdi.de oder telefonisch unter 040 / 28 58 – 41 34.

22. Oktober 19 Uhr: „Was tun, wenn der Kunde nicht zahlt?“ – Rechnung, Mahnung, Mahnbescheid, Rechtsschutz. Was tun bei Insolvenz von Kunden oder Auftraggebern? Referent: Wolfgang Kreider ver.di-Sekretär und Rechtsanwalt. Moderation: Marina Gabel, Training & Beratung

12. November 19 Uhr: Mehr Einkommen für selbstständige Urheber möglich – Wie funktionieren Verwertungsgesellschaften? Um was geht es bei den Verhandlungen über Vergütungsregeln? Referent: Rüdiger Lühr, freier Journalist und Sprecher dju-AG Urheberrecht Moderation: Ulrike Fürniß, ver.di-Sekretärin für Selbstständige

10. Dezember 19 Uhr: Wem gehört der Quellcode und wie lange? – Vertragsprobleme im Bereich Softwareentwicklung, Multimedia und Webdesign: Dienst-/Werkvertrag, Zahlungsfluss und „Schlechtleistung“ und was passiert nach der Auftragsabnahme? Referent: Joachim Breu, Rechtsanwalt und Experte für IT-Recht Moderation: Rüdiger Lühr.

Selbstständige, Künstlerinnen und Publizisten Dortmund | ver.di Dortmund lädt ein zu verschiedenen Infoabenden in Kooperation mit dem Fachbereich 8, Ortsverein Dortmund und der Freien- und Selbstständigengruppe im Bezirk Dortmund ins ver.di-Haus, Königswall, Dortmund.

28. Oktober 19 Uhr: Richtig versichert – oder eher verunsichert? Berufshaftpflichtversicherung, Bürohaltungsversicherung, Unfallversicherung, Riester, Rürup ... Das Angebot der privaten

Versicherungswirtschaft für Selbstständige ist reichhaltig, manche haben zu wenige, andere zu viele oder zu teure Versicherungen. Viele sind verunsichert. Andrea Heber, Dipl.-Kaufrau und Inhaberin des Fairsicherungsladens Dortmund, gibt an diesem Abend Orientierung, steht für Fragen zur Verfügung.

25. November 19 Uhr: Piraten ahoi! Urheberrecht und Internet – eine Gratwanderung zwischen Freiheit der Nutzung und dem Recht am geistigen Eigentum? Im Kampf gegen die Internetpiraterie gerät die Privatsphäre der Bürger und Bürgerinnen immer mehr unter Druck. Ebenso wird der freie Zugang zu Wissen und kulturellen Werten behindert. Auf der anderen Seite müssen Künstler und Künstlerinnen darum fürchten, dass ihre Werke ohne ihr Wissen und unberechtigt finanziell genutzt werden. Sie sind einerseits Nutzer, andererseits auch Ausgenutzte im Internet. Eine Reform des Urheberrechts müsste zum Ziel haben, nicht die Interessen großer Verwerter oder der Geräteindustrie zu bedienen, sondern einen fairen Ausgleich zwischen Anbietern und Nutzerinnen kultureller Produkte zu schaffen.

Dr. Bruno Dix, Rechtsanwalt in Köln, beleuchtet in seinem Beitrag aktuelle Probleme des Urheberrechts und gibt einen Ausblick auf mögliche Entwicklungen.

Kontakt: Norbert Szepan, Tel. (0231) 913 000 69, E-Mail: norbert.szepan@verdi.de, verantwortlich für die Mailingliste „selbst.aktiv-intern“.

dju Berlin-Brandenburg | Seminar am 28. November zum Thema „Web 2.0 – Blogs, Wikis, Microblogs, soziale Netzwerke: Twitter und Co.“ In Zusammenarbeit mit Linker Medienakademie e.V. (LiMA) ver.di/dju-Mitglieder nehmen zum ermäßigten Seminarpreis teil. Details: <http://dju-berlinbb.verdi.de/seminare>.

Schöne Worte, wenig Greifbares

Migranten in den Medien – Selbstverpflichtungen sind nicht genug

Von Bärbel Röben | Deutschland hat seit 2005 ein Zuwanderungsgesetz. Doch die mediale Integration von ethnischen Minderheiten, die mittlerweile fast 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen, bleibt weitgehend dem „guten Willen“ der Medienbranche überlassen. Reichen ihre Selbstverpflichtungen, um mehr Migrantinnen und Migranten den Weg in den deutschen Journalismus zu erleichtern? Oder wird nur das umgesetzt, was aus ökonomischen Gründen ohnehin opportun erscheint?

Vor allem Rundfunksender sind inzwischen Selbstverpflichtungen für mehr Vielfalt im Personal eingegangen, um den neuen Realitäten in der Wohnbevölkerung gerecht zu werden. Die Medienkonferenz der European Broadcasting Union (EBU) 2006 in Essen fasste einige Beschlüsse für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten, die in Deutschland immerhin einen gesetzlichen Integrationsauftrag haben. Um mehr Migrantinnen und Migranten in die Redaktionen zu bringen, organisierten EBU-Mitglieder 2007 einen Nachwuchswettbewerb „Boundless“ und das ZDF-Heute-Journal engagierte Dunja Hayali, die einen irakischen Migrationshintergrund hat. Wichtigste Vereinbarung aber war die Erstellung von Diversity Reports nach Vorbild der BBC. Die britische Rundfunkanstalt veröffentlicht jährlich konkrete Zahlen zum Anteil ethnischer Minderheiten am Redaktionspersonal auf unterschiedlichen Hierarchieebenen und benennt Prozentziele für die weitere Personalentwicklung hin zu mehr Diversität. Bis jetzt hat noch keine deutsche Rundfunkanstalt einen solchen Diversity Report vorgelegt.

Auch im Nationalen Integrationsplan (NIP) von 2007 gibt es gute Ansätze für mehr Vielfalt in deutschen Medien. Empfohlen wurde zum Beispiel die Ernennung von Integrations- oder Diversity-Beauftragten, die auch bei der Personalentwicklung mitwirken. Bei WDR und SWR habe sich ihre Arbeit als Impulsgeber bewährt. In der Tat: Nach dem fünften Integrationsbericht des WDR vom März dieses Jahres liegt der Anteil von Medienschaffenden mit einer Migrationsbiografie bei Neueinstellungen bei über zehn Prozent. Im SWR haben nach ersten groben Erhe-

bungen etwa 16 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Migrationshintergrund, so Martin Kilgus von SWR international. Trotz dieser Erfolge gibt es bis heute in keiner weiteren ARD-Anstalt einen Integrationsbeauftragten.

Im ersten NIP-Fortschrittsbericht vom Oktober 2008 bilanziert die Arbeitsgruppe Medien zur Erhöhung des Anteils von Medienschaffenden mit Migrationshintergrund: „Personalplanung und Personalförderung (...) für deutsche Medien bedürfen weiterer Anstrengungen.“ Lediglich das ZDF nannte konkrete Zahlen zur Belegschaftsstruktur, die aus einer repräsentativen Stichprobe stammen. Danach haben 2,3 Prozent der Mitarbeiter einen ausländischen Pass, 18 Prozent einen Migrationshintergrund. Ansonsten finden sich in dem Bericht viele schöne Worte zur Personalpolitik, aber wenig Greifbares. So verkündet der Privatsender RTL, er wolle sich „verstärkt darauf konzentrieren, jungen Menschen mit Migrationshintergrund den Einstieg in journalistische Berufe zu erleichtern“.

■ Für interkulturelle Kompetenz

Bald zeigte sich, wie wenig wert Selbstverpflichtungen sind, wenn es ums Geld geht. Ende 2008 fiel Radio Multikulti den Sparmaßnahmen des Rundfunks Berlin Brandenburg zum Opfer. Das interkulturelle Radioprogramm des RBB war im Nationalen Integrationsplan noch als „Talentwerkstatt für Personalentwicklung und -gewinnung“ gelobt worden, seine beabsichtigte Einstellung stieß bei der NIP-Arbeitsgruppe Medien auf scharfe Kritik. Trotz lauter Proteste von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen geht der Abbau interkultureller Kompetenz weiter.

In diesem Jahr hat der Rotstift das Ausländerprogramm im Hessischen Rundfunk erwischt. Ende 2009 wird der HR sein Mittelwellen-Programm einstellen und damit fallen alle muttersprachlichen Sendungen der interkulturellen Fachredaktion weg. Nach Auskunft der Redaktionskoordinatorin Isabel Nieto ist dadurch ein Viertel des Teams in seiner journalistischen Existenz bedroht. Warum werden migrantische Mitarbeiter mit jahrelanger

Berufserfahrung vor die Tür gesetzt, wenn sich die Medien doch verpflichtet haben, diese in ihre Redaktionen zu holen? Zudem klagen Personalverantwortliche immer wieder, sie fänden nicht genügend qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund.

Bei der Einstellung zählt allein die Qualifikation, heißt es unisono. Dass Migrantinnen und Migranten doch geringere Chancen haben und wie das geändert werden kann, zeigt ein Pilotprojekt „Smat selection“ des Kaufmännischen Verbandes in der Schweiz vom Sommer 2008. Zentrales Instrument war eine Online-Plattform mit anonymen Profilen von Lehrstellensuchenden. Betriebe konnten selbst auf die Suche nach passenden Bewerbern gehen und diese per Mausclick kontaktieren. Das Ergebnis: „Sind die Bewerberdaten in der ersten Phase der Lehrlingsselektion anonym, hat die Herkunft keinen Einfluss auf die Erfolgchancen. Im Zentrum stehen Kompetenzen und Motivation, und nicht Name, Nationalität oder auch Geschlecht.“

Ein solches Verfahren wäre auch im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), das Deutschland nach langen politischen Kontroversen 2006 verabschiedete. Das Gesetz hat sicherlich den Medienzugang von Migranten forciert. So beruft sich z. B. das ZDF im NIP bei seiner Personalrekrutierung darauf. Die rechtliche Gleichstellung von Journalistinnen und Journalisten mit Einwanderungsgeschichte muss aber weiter gehen – bei Aufenthaltsgesetz, Arbeitserlaubnis, Wahlrecht. Wer zum Beispiel eine befristete Aufenthaltserlaubnis hat, kann sich nicht hartnäckig mehrmals um ein Volontariat bewerben.

Selbstverpflichtungen sind nicht genug, um die Chancen von Migrantinnen und Migranten im deutschen Journalismus zu verbessern. Diese Teilhabe, Zugang zu den Medien muss als Menschenrecht, als Rechtsanspruch anerkannt werden. Kommunikative Teilhabe darf nicht länger nur von ökonomischen und politischen Interessen, vom Wohlwollen deutscher Medienunternehmen abhängen. ■

► **Dr. Bärbel Röben**



Dr. Bärbel Röben ist freie Journalistin und Medienwissenschaftlerin mit den Arbeitsschwerpunkten internationale und interkulturelle Kommunikation, Entwicklungspolitik, Frauen, Medien, Migration. Sie lebt in Attendorn im Sauerland.

Foto: Michael Greve-Röben



Foto: Stefanie Herbst

Der Tag ist durchgetaktet

Journalistin an der Spitze der Betriebsräte im Axel-Springer-Konzern

Von Jenny Mansch | Axel-Springer Haus, Berlin-Kreuzberg. Bis zum Büro von Petra Pulver müssen sehr weite, sehr große Flure zurückgelegt werden. Unzählige Türen tragen die Aufschrift „Personalentwicklung“. Auch die Konzern- und Gesamtbetriebsratsvorsitzende hat ein großes Büro. An der Wand hängt Roland Beiers drollige Karl-Marx-Karikatur aus der Wendezeit und über dem Besprechungstisch eine dieser Fotocollagen, die einem zum Geburtstag oder anderen Jubiläen überreicht werden. Der große Schreibtisch ist voll, doch als meine Gesprächspartnerin mir später eine Unterlage heraussuchen will, weiß sie sofort, auf welchem Stapel sie zu finden ist. Jetzt springt Petra Pulver auf und schüttelt Hände. Eine attraktive Powerfrau, die sich ihre eigene Form von Business-Dress erlaubt: kein Kostümchen in dunkelblau, sie trägt weiße Jeans mit Strass an der Naht, ein flottes Top und sommerliche Bluse. „Ich war gerade in Urlaub“, sagt sie, „mal drei Wochen raus aus dem Laden, das braucht man auch“.

Denn einfach war das zurückliegende Jahr nicht. Zwar seien sie bei Springer – verglichen mit anderen Verlagen – „mit einem blauen Auge davongekommen“, sagt Pulver. Dennoch gab es harte Verhandlungen. Auf der Tagesordnung Monster wie das Rationalisierungsschutzabkommen: „Dabei war das oberste Gebot: Arbeitsplätze erhalten! Wir haben Maßnahmen vereinbart wie Qualifikation, Umschulung, Ausgleichszahlungen bei Schichtverlusten; es gibt eine Umzugsregelung, falls Kollegen den Arbeitsplatz wechseln müssen. Das hatten wir jetzt gerade bei *Bild* und *Bild am Sonntag*. Dann konnten wir die Abfindungsregelungen fast verdoppeln, und wir haben erreicht, dass die Gesamtbetriebsvereinbarung auch für die Unternehmensteile greift, die ausgegründet werden.“

Dann noch der Streit mit dem Vorstand wegen der VarioRente, einem

Modell der betrieblichen Altersversorgung. Die für drei Jahre garantierte Sechs-Prozent-Verzinsung der Beiträge „war nicht einfach durchzukriegen“. Bei solchen Verhandlungen hat es die Vorsitzende überwiegend mit Männern zu tun. Auch im Axel-Springer-Vorstand sind Frauen Mangelware. Da braucht es diplomatisches Geschick, Überzeugungsvermögen, Hartnäckigkeit, und – Petra Pulver reibt ihre Kuppen aneinander – Fingerspitzengefühl.

■ Zur Entspannung Mord

Daher kam der Urlaub grade recht. Eine Woche Berlin, dann für zwei Wochen ab nach Menorca. Im Gepäck auf keinen Fall Arbeit! Schon gar nicht den BlackBerry. Stattdessen Krimis. Stieg Larsson, Gillian Hoffman, richtig harten Mörderstoff. „Ich bin eine leidenschaftliche Krimileserin“, schwärmt die ehemalige Studentin der Kriminologie, Soziologie und Psychologie. Damals war ihr Ziel Randgruppenbetreuung beim Landes- oder Bundeskriminalamt, doch „die wollten damals weder Soziologen noch Frauen“, lacht sie heute.

Das war in Bonn, Mitte der 70er. Petra Pulver ist Jahrgang 1957 und in München, dann in Bonn aufgewachsen. Kein Dialekt hat sich an sie kletten können, eher noch würde man ihr Hochdeutsch in Hannover ansiedeln. Ihre Studienzeit war die Zeit der Quereinsteiger, der Kundgebungen und Juso-Gruppen: „Man war halt sehr politisiert“, erinnert Pulver sich. „Aber ich war auch Klassensprecherin, Schulsprecherin, Jugendleiterin der Kirchengemeinde. Ich konnte Ungerechtigkeiten partout nicht ertragen und wollte dagegen was tun – das zieht sich durch mein ganzes Leben“.

Nur ein WG-Typ war Petra Pulver nie, stets bestand sie auf eigene vier Wände. Und dann die Musik damals. Vor allem die rheinische Jazz- und Rockszene, die Abende in der Jazzgalerie Bonn, auf den Kölner Rheinterrassen oder die Kneipen in der Südstadt, wo man BAP und Grönemeyer noch zum Anfassen hatte. Doch am nächsten Tag wurde es immer wieder ernst. Anfang der 80er begann sie als studentische Aushilfe in der Bonner Redaktion der Welt

und arbeitete mehr als üblich. Nur fest anstellen wollte man sie nicht. „Aber ich wollte einen festen Vertrag“, sagt sie. Nach drei Jahren hatte sie ihn mit Hilfe des damaligen Betriebsrats durchgesetzt. „Ich glaube, so kommt man zur Betriebsratsarbeit – durch die Erfahrung von Ungerechtigkeit am eigenen Leib“, weiß die heute ranghöchste Interessenvertreterin im Axel-Springer-Konzern.

Im Jahre 1992 dann der Umzug der Welt-Redaktion von Bonn nach Berlin. Petra Pulver bewarb sich um die Schlussredaktion, bekam den Job und wurde Betriebsratsvorsitzende bei der *Welt* und etwas später auch bei der *Welt am Sonntag*. Doch damals waren da noch Ullstein mit der *Berliner Morgenpost* und der *BZ* sowie *Bild Berlin* und neue Bundesländer: „Es waren also drei Betriebsratsgremien vor Ort“. Also entschied man sich 2002 zur Wahl eines gemeinsamen Standort-Betriebsrats, an dessen Spitze Petra Pulver.

Leicht war die Umstellung auf freigestellte Betriebsratsvorsitzende des Verlagshauses Berlin nicht. Aus der quirligen Redaktionsarbeit in die hauptberufliche Interessenvertretung: „Früher war abends die Arbeit erledigt. Heute gehe ich nach Hause und gar nichts ist erledigt. Wenn ich von Umstrukturierungsmaßnahmen höre, dann nehme ich mir die Unterlagen abends mit und überlege: Welche Alternativen gibt es, in welche Richtung sollen wir verhandeln? Das lässt einen nicht los“.

Heute ist ihr Tag „durchgetaktet“: 200 Mails, Gespräche, Beratungen mit Kolleginnen, Verhandlungen und Sitzungen mit Geschäftsleitungen, Gremien und Gruppen. „Spannend“ ist Petras bevorzugte Vokabel, wenn etwas sie besonders reizt. Spannend und herausfordernd findet sie ihre Arbeit, auch wenn sie für ein Privatleben kaum Zeit hat und die Dämonen der Arbeitswelt sie bis in den Abend hinein jagen. Ein schlechtes Gewissen packt sie manchmal, wenn sie denkt: Menschenkinder, du musst auch mal was für dich tun und dich mehr um deine Freunde kümmern. Das hat sie sich jetzt fest vorgenommen. „Meine persönliche Zielvereinbarung“ nennt sie es und lacht verlegen. ■

Scharfe Konturen

HDTV ante portas. Jeder dritte bundesdeutsche Haushalt verfügt bereits über einen Flachbildfernseher mit dem Logo „HD Ready“ oder „Full HD“. ARD und ZDF starten im Februar 2010 den HD-Regelbetrieb. Bereits im November legen die ersten Privatprogramme im HD-Format los. Für Verdruss sorgen geplante Verschlüsselungsverfahren und ungeklärte technische Empfangsprobleme. Verbraucherschützer warnen vor teuren Fehlinvestitionen und raten zum Abwarten.

Von Günter Herkel

„Das IFA-Wort des Jahres heißt zweifellos HD Ready. Fernseher und Beamer, auf denen nicht der neue Sticker als Zeichen der Tauglichkeit für hoch auflösende Bilder prangt, dürften bald im Händlerregal stehen wie Blei. Schließlich befindet sich der einheimische Markt in einer Übergangsphase. HDTV, das hoch auflösende Fernsehen der Zukunft, wirft unverkennbar seine Schatten voraus.“ So stand es in einer Pressemitteilung der Internationalen Funkausstellung – im Jahr 2005. Jahrelang wurde HDTV als unmittelbar vor der Einführung stehend angekündigt. Jetzt, so scheint es, hat die TV-Zukunft tatsächlich begonnen.

Dass die Fernsehbilder in HD halten, was die neuen Flachbildschirme versprechen, davon konnten sich technisch entsprechend gerüstete TV-Zuschauer im August bei der Ausstrahlung der Leichtathletik-WM aus Berlin durch ARD und ZDF überzeugen, als Usain Bolt und

Ariane Friedrich bei ihren Sprints und Sprüngen in superscharfen Konturen und brillanten Farben glänzten. Bis zum Jahresende werden insgesamt 19 Millionen HD-fähige Empfangsgeräte in deutschen Wohnungen stehen, prognostizierte Gerhard Schaas, Vorsitzender der Deutschen TV-Plattform, auf der IFA 2009. Der Haken: Zwar steht bereits jetzt in fast jedem dritten Haushalt ein HD-fähiger Flachbildfernseher. Aber laut Branchenverband Bitkom verfügen wenig mehr als zwei Prozent dieser Haushalte zugleich über ein geeignetes Empfangsgerät. Nach anderen Schätzungen sind es derzeit maximal 680.000 Zuschauer, die eine entsprechende Receiverbox oder ein HD-fähiges internes Gerätemodul besitzen. Je nach Übertragungsart wird ein solcher Receiver entweder für den Kabel- oder den Satellitenempfang benötigt. Oft steckt der Teufel im Detail: Unlängst ergab ein Markttest der Stiftung Warentest, dass nur drei von 17 geprüften Geräten digitale HD-Signale via Satellit empfangen konnten. Die meisten TV-Konsumenten wissen über solche Details nicht Bescheid. Allenfalls die Erkenntnis, dass das Röhrengerät ausgedient hat, ist mittlerweile Gemeingut.

Blockiert wurde die Expansion von HDTV bislang auch durch die zögerliche Haltung der Sender und das Fehlen von überzeugenden attraktiven Inhalten. Das ändert sich nun massiv. Allein durch das HD-Paket der Bezahlplattform Sky (früher



Premiere) hat sich jetzt schon die Zahl der HDTV-Programme in Deutschland fast verdreifacht. Nach der überzeugenden Generalprobe bei der Leichtathletik-WM und einem Showcase zu Weihnachten wollen ARD und ZDF pünktlich zu den Olympischen Winterspielen in Vancouver im Februar 2010 die HD-Regelausstrahlung starten. Auch beim privaten Free-TV tut sich einiges. Anfang 2008 hatte die ProSiebenSat.1 Media AG ihre bereits im Oktober 2005 gestartete HD-Initiative erst einmal gestoppt – offiziell wegen Zuschauerermangels. Ab Januar 2010 versucht man mit Sat.1, Pro Sieben und Kabel 1 einen neuen Anlauf für Satellitenkunden.

■ Programmlicher Mehrwert fehlt

Die RTL-Gruppe startet mit ihren hochauflösten Vollprogrammen RTL und Vox schon am 1. November. Für beide Senderfamilien übernimmt SES-Astra auf der Satellitenplattform HD+ die Vermarktung der für den Empfang der verschlüsselten Programme notwendigen Smartcards. Fünf Hersteller wollten nach Brancheninformationen im Oktober Receiver mit entsprechenden Smartcards in den Handel bringen. Kostenpunkt: nicht unter 100 Euro. Als Ausgleich für diese Investition wollen die beteiligten Privatsender ihre HD-Programme ein Jahr lang kostenlos ausstrahlen, frei nach der Dealer-Devise: Der erste Schuss ist umsonst. Danach soll eine Gebühr in bislang unbekannter Höhe fällig werden; im Gespräch sind fünf Euro pro Monat.

Skeptiker zweifeln, ob die Zuschauer bereit sind, nur für verbesserte Bildqualität zu zahlen. Denn die ausgestrahlten HD-Programme sind identisch mit den unverschlüsselten Digital-Versionen in normaler Bildqualität. Ein programmlicher „Mehrwert“ wird nicht geliefert. Die Branche hofft aber, dass allein die numerische Zunahme von HD-Program-



Foto: Hermann Haubrich



Foto: 2009 Messe Berlin GmbH

men den Absatz von Empfangsgeräten beschleunigt. HDTV sei „die treibende Kraft der Digitalisierung“, verkündete SES-Astra-Präsident Ferdinand Kayser im Umfeld der IFA. Schon Anfang 2010 würden den deutschen Zuschauern insgesamt 16 HD-Kanäle zur Verfügung stehen. Eine Zahl, die sich bis 2015 „durchaus verdoppeln“ könne. Kritiker monieren, bei HD+ handle es sich in Wirklichkeit um ein verkapptes Pay-TV-Angebot. Um eine Art Pay-TV light, mit dem die von Finanz- und Werbekrise gebeutelte Free-TV-Branche quersubventioniert werden solle. Ein Verdacht, der von den Sendern und Astra zurückgewiesen wird. „Die HD-Programme, die über HD+ ausgestrahlt werden, sind Free-TV-Programme“, beteuerte Astra-Mann Kayser im Berliner Branchendienst „promedia“. Pay-TV sei schließlich ein auf das Programm bezogenes Entgelt, bei HD+ dagegen falle ein „Entgelt für den Zugang“ an.

Die Landesmedienanstalten sehen das offenbar anders. „Free-TV muss Free-TV bleiben“, meint Axel Dürr, Sprecher der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten. Zwar müssten zusätzliche Verbreitungskosten der HD-Inhalte refinanziert werden. Es dürfe aber nicht sein, dass künftig Inhalte, die bislang frei empfangbar waren, nur noch exklusiv Abonnenten von HD+ zugänglich gemacht würden. ARD und ZDF sind ähnlicher Ansicht. Es gebe ein „großes Durcheinander im Markt“ warnte ZDF-Intendant Markus Schächter. Das Angebot von HD+ sorge für „neue Verunsicherung“.

Die Einführung des hochauflösenden Fernsehens in Deutschland dürfe nicht „durch verbraucherunfreundliche Vorhaben gefährdet“ werden, wettete der stellvertretende ARD-Vorsitzende Fritz Raff. ARD und ZDF würden ihre Programme „jedenfalls weiterhin unverschlüsselt und ohne Zusatzkosten anbieten“. Die private Konkurrenz reagierte erbost. Marc Schröder,

Geschäftsführer von RTL Interactive, nannte die Kritik an der geplanten Empfangsgebühr für HD-Programme „scheinheilig“. Schließlich hätten sich ARD und ZDF in der laufenden Gebührenperiode 244 Millionen Euro zusätzliche Gebührenfelder für die Umsetzung von HD genehmigen lassen.

Da ist was dran. Aber mehr noch als Nutzerentgelte für zusätzliche HD-Privat-Programme könnten andere Vorhaben der Privaten für Verstimmung bei den Zuschauern sorgen. Verbraucherschützer monieren, dass die neuen HD+-Receiver die HD-Programme nicht oder nur zeitlich befristet – etwa 72 Stunden lang – aufzeichnen können. Auch gegen das Überspringen der Werbung beim zeitversetzten Fernsehen wollen die Privaten vorgehen. Eine Investition in HD rentiere sich nur bei einem Schutz des TV-Signals und des bestehenden Geschäftsmodells, stellte RTL-Mann Schröder klar. Mit dem Kopierschutz kommen die Sender vor allem den Forderungen der Filmwirtschaft entgegen. Zugleich sagte Schröder „allen Mechanismen, die unserem werbefinanzierten Geschäftsmodell die Basis entziehen“ – vor allem dem Überspringen der Werbeblöcke bei der Aufzeichnung mit Festplattenrekordern – den Kampf an. Denn nur das werbefinanzierte System erlaube „die programmliche Vielfalt, die wir derzeit im deutschen TV-Markt genießen“.

■ Kein billiges Vergnügen

Angesichts des bald beginnenden Weihnachtsgeschäfts scharren Industrie und Sender bereits mit den Hufen. Mit attraktiven HD-Inhalten versucht auch die Deutsche Telekom den Absatz von schnellen Internet-Anschlüssen zu steigern. Wer eine VDSL-Leitung hat, kann bei „T-Home Entertain“ über das Internet-Protokoll (IPTV) gegen eine Zusatzgebühr zum Beispiel die Fußball-Bundesliga („Liga total“) in HD-Qualität sehen. Neben den bereits genannten öffentlich-rechtlichen und privaten HD-Angeboten sowie einigen frei empfangbaren Programmen wie Arte HD und Anixe HD erhofft vor allem HD-Pionier Sky den großen Durchbruch. Entsprechend massiv rührt das Pay-Unternehmen Sky derzeit die Werbetrommel für seine sieben hochauflösenden Kanäle, darunter unter anderem die Zugpferde Sky Sport HD und Eurosport HD. Ein nicht gerade billiges Vergnügen: Die Abo-Preise für diese Programme bewegen sich zwischen 26,90 Euro und 59,90 Euro pro Monat. An die 300.000 HD-Boxen will Sky bis Ende September verkauft haben. Boxen, mit denen die HD-Anbote von RTL und Sat.1 nach aktuellem Stand nicht empfangen werden

können. Die HD+-Receiver wiederum sind derzeit nicht in der Lage, die Sky-Programme zu empfangen. Angeblich verhandeln beide Seiten seit geraumer Zeit über eine verbraucherfreundliche Lösung, bislang aber ohne Ergebnis. Angesichts solcher Widersprüche mahnte Jürgen Doetz, Präsident des Verbandes Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT) bei den Verbänden der Elektronikindustrie mehr Beratung und Transparenz für die Verbraucher an. Es sei dem Zuschauer nicht zuzumuten, sich ohne Begleitinformationen „im Dickicht aus Technologien und Standards“ – etwa bei Aufklebern wie „HD Ready“ und „Full HD“ zurechtzufinden.

Verwirrung herrscht in diesem Zusammenhang um die technische Kompatibilität der Conditional Access Systeme. Bereits vor mehr als zehn Jahren wurde die Technik des so genannten Common Interface (CI) entwickelt. CI-Schnittstellen erweitern den Funktionsumfang von Digitalrezipienten und ermöglichen beispielsweise den Empfang von verschiedenen Pay-TV-Programmen ohne, dass sich mehrere Boxen neben dem TV-Gerät stapeln. Einige Funktionen, die von Programmanbietern heute gefordert werden, sind darin noch nicht realisiert. Daher wurde eine Folgegeneration – CI Plus – entwickelt. „Diese CI-Plus-Schnittstelle



Foto: 2009 Messe Berlin GmbH

wird zunehmend in integrierte HDTV-Flachbildschirme eingebaut und ist die zukunftssichere Variante des Common Interface“, sagte Dietrich Westerkamp vom Vorstand der Deutschen TV-Plattform im Interview mit dem Fachblatt „Digital Expert“. Auch die Astra-Satellitenplattform HD+ setzt daher auf den neuen Standard CI Plus. Zuschauer, die sich demnächst die angekündigten HD-Programme von RTL, Vox, ProSieben, Sat.1 und Kabel 1 auf die Mattscheibe holen wollen, dürften dann enttäuscht werden. Denn die bis Ende September verfügbaren HD-Receiver sind noch mit dem alten CI ausgestattet. Für solche Geräte, so Westerkamp, werde an einer Lösung gearbeitet, die sie in die Lage versetzen soll, auch HD+-Programme wiederzugeben. Diese Lösung – zumeist eine ▶

neues Modul – könne aber voraussichtlich „nur für einige bereits existente Geräte“ angeboten werden. Zugleich dämpfte er allzu großen Optimismus von „Altgerätebesitzern“. Ein „Software-Update“, das ein herkömmliches CI an die CI Plus-Funktionalität anpassen könne, sei nicht zu erwarten. Hersteller wie Technisat,

Humax und Loewe hatten entsprechende Aufrüstmöglichkeiten für ihre Geräte angekündigt. Trotzdem bleibt abzuwarten, welche Überraschungen – im Guten wie im Bösen – das Fernsehen der Zukunft für die Zuschauer bereithält. Auch bis zum digitalen Switchover, also der vollständigen Abschaltung des analogen TV-Signals,

wird es wohl noch eine Weile dauern. Das findet zumindest Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ein solcher Schritt müsse sorgfältig geplant werden, sagte sie auf der IFA. Sie wolle sich nicht Millionen von Protestbriefen einhandeln von erbo- sten Menschen, die dann weder Ton noch Bild empfangen könnten. ■

Neue Berufsbilder

Digitaler Umstieg und Übergang zu HDTV im ZDF nicht ohne Folgen

Werner Ach, ZDF-Personalratsvorsitzender und Bundesvorsitzender der ver.di-Fachgruppe Medien beschreibt Erfahrungen beim digitalen Umstieg und dem Übergang zum hochauflösenden Zweiten Deutschen Fernsehen.

M | Die Digitalisierung ist bei den Printmedien und im Hörfunk weitgehend abgeschlossen. Wie weit fortgeschritten ist dieser Prozess beim Fernsehen?

WERNER ACH | Alles, was den digitalen Herstellungsprozess betrifft, ist das auch beim Fernsehen so. Das heißt, die Übertragungswagen sind umgebaut auf digitalen Einsatz, die Kameras, die Schnittplätze, auch die Speicherung für Archivzwecke ist digitalisiert. Das einzige, was noch aussteht, ist das Abschalten des analogen Signals.

M | Welche Auswirkungen hat dieser Prozess auf die Beschäftigungsverhältnisse? In einigen Zeitungsverlagen wie bei den Regionalblättern der WAZ hat der Rotstift gewütet. Ist beim TV mit Jobverlusten in ähnlichen Dimensionen zu rechnen?

ACH | Bis jetzt ist das überhaupt noch nicht in Sicht. Nach unseren Erfahrungen werden mögliche Rationalisierungseffekte genutzt, um mit gleich starkem Personal mehr Aufgaben bewältigen zu können. Bei den Nachrichten etwa sieht es so aus, dass jetzt News-Formate rund um die Uhr produziert werden. Beim Schnitt sind die Effekte eher gering. Das Umspielen zum Schnitt von digitalisiertem Bildmaterial braucht doch mehr Zeit, als mancher denkt. Wir beobachten allerdings eine Abnahme von klassischen TV-Tätigkeiten und eine Verlagerung hin zu neu entstehenden Berufsbildern, etwa beim Aufbau der Online-Redaktionen.

M | Mit dem neuen Nachrichtenstudio, so fürchten Mediengewerkschafter, stehen ganze Berufsbilder wie E-Kamera und Aufnahmeleitung zur Disposition. Mit welchen Folgen?

ACH | Ursprünglich dachte man daran, mit dem neuen Nachrichtenstudio eine ganze Reihe von Aufgaben einzusparen. Das ist in der Realität noch nicht eingetreten. Ferngesteuerte Kameras gab es auch schon im alten Studio. Es sind immer noch Kameraleute im Einsatz bei allen möglichen Gesprächssituationen. Die größten Veränderungen vollziehen sich eher im Bereich von Redakteuren und Journalisten. Das geht los mit den Videojournalisten und setzt sich fort zu den Redakteuren, die einfache oder komplizierte Schnittaufgaben erlernen. Neuerdings gibt es den Grafikredakteur, der die Kommunikationsschnittstelle für die Grafiker

ist, die die Erzählstücke für die Nachrichten herstellen. Es gibt die Bildredakteure und es kommen immer mehr Anforderungen, für alle Verbreitungswege zu arbeiten, also sowohl für Fernsehen wie für Internet. Die meisten Veränderungen gibt es also im journalistischen Bereich. Allerdings eröffnen sich über den Videojournalismus auch Perspektiven für Cutter und Kameraleute, die Videojournalismus-Schulungen mitmachen und dadurch in die redaktionelle Arbeit hineinwachsen. Das wird gefördert und kann berufliche Karrieren anschieben.

M | Läuft dieser Wandel unter dem Strich nicht auf eine verschärfte Arbeitsverdichtung hinaus?

ACH | Das stellen wir in der Tat fest. Wenn mit gleichem Personalstamm immer mehr Aufgaben erledigt und in Zukunft auch immer mehr Kanäle bedient werden, läuft das eindeutig auf zunehmende Arbeitsverdichtung hinaus. Das ZDF darf ja aufgrund von politischen Auflagen den Stellenplan nicht erhöhen. Auch die Zahl der freien Mitarbeiter soll möglichst nicht steigen. Die Leiharbeit haben wir in jüngster Zeit gottlob ziemlich zurück gedrängt. Aber der Druck steigt in den meisten Bereichen.

M | Es gibt offenbar auch im ZDF immer mehr Amateure, die mit billigen Digitalkameras oder mit dem Foto-Handy Programmbilder zuliefern. Wie wird dieser Typ von Bürgerjournalismus beurteilt, welche Folgen hat das für die Programmqualität?

ACH | Für die Information kann es ein Zugewinn sein, weil es damit gelingt, aus Krisengebieten, Kriegen oder Naturkatastrophen Bilder zu bekommen, auf die man sonst keinen Zugriff hätte. Das kann eine



Foto: Christian von Polentz / transit

wichtige Ergänzung sein. Es stellt aber auch die Redaktionen vor die Aufgabe, das Ganze journalistisch einzuordnen, es zu kennzeichnen und durch eigene Berichte und Kommentare zu ergänzen. Es muss natürlich jederzeit erkennbar sein, wo das Material herkommt.

M | Auf der Internationalen Funkausstellung Ende August in Berlin stand abermals das Hochauflösende Fernsehen HDTV im Mittelpunkt der Debatten. Welche Rolle spielt die Umstellung auf HDTV im ZDF?

ACH | Derzeit überlagern sich diverse technische Prozesse und Entscheidungen. Als erstes der Übergang vom analogen zum digitalen Fernsehen. Das war noch nicht völlig vollzogen, als die Umstellung auf das neue Format 16:9 dazu kam. Danach setzten die Vorbereitungen auf HDTV ein. Das ist natürlich ein Riesensprojekt für die Investitionsplanung, weltweit ein solches Unternehmen mit allen Studios nach und nach auf diese neue Technik umzurüsten. Die entsprechenden Ü-Wagen wurden von den Kollegen selbst entwickelt und waren bei Sport-Großeignissen wie der letzten Leichtathletik-WM in Berlin bereits im Einsatz.

Noch nicht beantwortet lässt sich die Frage, inwieweit HDTV außer in den Bereichen Sport und Film auch der Produktion von Aktualitäts- und Nachrichtentv Verwendung finden wird. Die Anforderungen an die mit HDTV-Produktionen beauftragten Teams dürften sicher wachsen. Auch kleine Fehler wie Unschärfen oder schlechte Ausleuchtung sieht man in einem hochauflösenden

Fernsehbild viel gnadenloser als in einem analog verbreiteten. Schon beim Wechsel auf digitalen Empfang wurde ja deutlich, um wie viel schärfer und klarer das Bild sein kann. Wenn das nochmal gesteigert wird, muss das Ausgangsmaterial in der Herstellung umso besser sein. Intern läuft die Vorbereitung bei uns seit Monaten – durch Schulungen und Seminare. Ein Wermutstropfen: Es wird in letzter Zeit kaum noch über Inhalte diskutiert. Vielmehr treibt uns die technische Entwicklung vor sich her. Man ist ständig beschäftigt, auf dem neuesten Stand zu bleiben.

M | Liegt für diesen tief greifenden Wandel denn ein umfassendes Konzept der Unternehmensleitung vor?

ACH | Wir haben im ZDF ein umfangreiches Konzept für den so genannten Transformationsprozess. Das heißt: zusätzlich zum Hauptprogramm entstehen weitere Programme wie etwa ZDFNeo. Gleichzeitig wird alles miteinander verzahnt. Der Online-Bereich wird aufgewertet, wird enger programmlich vernetzt. Der Info-Kanal soll mit den aktuellen Nachrichten und dem Online-Bereich verzahnt werden. Dafür gibt es natürlich umfangreiche Konzepte, ebenso wie auch für HDTV.

M | Welche Forderungen haben in diesem Kontext die Gewerkschaften an die Unternehmensleitung?

ACH | Wir wollen mit der Geschäftsleitung endlich in Verhandlungen über neue Berufsbilder eintreten. Es geht dabei erstens

um neue Berufsbilder, die durch neue Ausbildungsgänge entstehen. Ein Beispiel ist der Mediengestalter, der mittlerweile ein klassischer Ausbildungsberuf ist. Zum anderen gibt es neue Berufsbilder, die sich im Arbeitsalltag entwickeln und verändern. Ein Beispiel dafür ist der Grafikredakteur. Außerdem gibt es die Fälle, wo durch Funktionskoppelung Tätigkeiten, die es als Einzelberufe schon gibt, in einer Person gebündelt werden. Der Videojournalist ist dafür ein klassisches Beispiel, also ein Redakteur, der immer mehr zusätzliche Aufgaben übernimmt. Unsere Forderung geht dahin, unsere bestehenden, aber veraltete Vergütungsordnung auf Grundlage dieser Tätigkeitsmerkmale zu ergänzen, damit etwas für die Kollegen mit diesen neuen Funktionsbildern entwickelt wird. Die finden sich nämlich in dem existierenden Regelwerk gar nicht mehr wieder. Das gilt nicht nur fürs ZDF, sondern für alle Rundfunkanstalten.

M | Wie steht der Sender zu dieser Forderung?

ACH | Die Geschäftsleitung ist in diesen Fragen zögerlich, aber allmählich kommt Bewegung in das Thema. Wir sind auf jeden Fall optimistisch, in dieser Frage im nächsten Jahr weiter zu kommen. Ansonsten stellt sich die Frage nach den Folgen der Digitalisierung so: Wenn es zum Arbeitsverlust käme, haben wir im ZDF ein bewährtes Instrument, den Rationalisierungsschutzvertrag. Aber im Moment wird er noch nicht benötigt.

*Das Interview führte
Günter Herkel ■*

Keine Lockerung des Pressefusionsrechts

ver.di fordert faire Entlohnung von Leiharbeitern und Urhebern

Medienpolitische Themen kamen im Wahlkampf eher am Rande vor und sie stehen vermutlich auch nicht im Fokus der Koalitionsverhandlungen oder den Plänen der Opposition. Dennoch gelangte die Frage nach der Zukunft der Zeitung angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise in den letzten Wochen in die öffentliche Debatte. Der Ruf der Verleger nach einer Lockerung des Pressefusionsrechts und einem Leistungsschutzrecht im Internet wurde teils willfährig von der Politik erhört. Finanzierungsmodelle von Printmedien und Agenturen waren und sind Diskussionsgegenstand. ver.di warnt vor weiteren Verschlechterungen für die Beschäftigten in der Medienwirtschaft und den Abbau von Pressevielfalt. Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender, formuliert Forderungen und Erwartungen an Regierung und Opposition.

M | Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) fordert offen „Nachbarschaftsfusionen“ von Verlagen ohne Eingreifen des Kartellamts. Wie sieht ver.di eine Lockerung des Pressefusionsrechts?

FRANK WERNEKE | Im BDZV haben sich die Großverlage durchgesetzt. Dass sie Pressefusionen erleichtern wollen, ist seit langem bekannt. Ihr Ziel ist die Schaffung von regionalen Monopolzeitungen mit möglichst großem Verbreitungsgebiet. Unser Ziel dagegen ist, ein hohes Maß an Pressevielfalt zu erhalten. Genauso wie das Bundeskartellamt sehen wir keine Notwendigkeit dafür, die Presseregeln im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen zu ändern. Bereits jetzt können Zeitungshäuser miteinander kooperieren, um Kosten zu senken. Sie können gemeinsame Druckereien betreiben, den Vertrieb gemeinsam organisieren usw. Da bei solchen Kooperationen, gerade im Druckbereich, regelmäßig zahlreiche Arbeitsplätze verloren gehen, ist ver.di nicht begeistert von diesen Entwicklungen. Rechtlich möglich sind sie. Daher ist es einfach Unfug, wenn von Verlegern oder halb informierten Politikern behauptet wird, beim Thema Kooperationen bestände Handlungsbedarf in der Kartellgesetzgebung. Auch Verlage, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, können nach geltender Gesetzeslage von Nachbarzeitungshäusern

übernommen werden. Der BDZV will nun unter der Überschrift „Nachbarschaftsfusion“ das Kartellrecht aushebeln, Fusionen sollen generell möglich sein, wenn benachbarte Verlage für einen zu definierenden Zeitraum nicht konkurriert haben. Solch eine Regelung aber ist lebensfremd. Erstens gibt es in den allermeisten Regionen in Deutschland abgesteckte Claims zwischen den Verlagen, sie tun sich gegenseitig nicht weh. Zweitens: Wie will man effektiv beweisen, ob Konkurrenz stattgefunden hat. Die Verlage werden jedenfalls, wenn sie fusionieren wollen, das Gegenteil behaupten. Deshalb werden wir auch unter Schwarz-Gelb gegen eine Lockerung der Pressefusionskontrolle streiten.

M | Aber was ist zu tun angesichts der Krise auf dem Zeitungsmarkt?

WERNEKE | Viele Zeitungen und Zeitschriften, aber auch der private Rundfunk erleiden in Folge der dramatischen Wirtschaftskrise massive Werberückgänge. Daran gibt es nichts zu deuteln. Der Hebel zu Verbesserungen ist allerdings kein medienspezifischer: Notwendig ist eine aktive staatliche Konjunkturpolitik, eine Stärkung der Binnennachfrage, ein Stoppen der Lohnspirale nach unten, etwa durch einen gesetzlichen Mindestlohn, und die Begrenzung von Leiharbeit. Bei einer konjunkturellen Erholung werden sich auch die Werbe- und Anzeigenmärkte wieder normalisieren. Nach allen bekannten Zahlen schreibt die große Mehrheit der Zeitungsverlage übrigens keine roten Zahlen. Dennoch sehe ich jenseits dieser wirtschaftlichen Momentaufnahme sehr wohl Handlungsbedarf und halte es für politisch angemessen, das Pressewesen zu unterstützen.

M | Mit sofortigem Entsetzen reagiert Springer-Chef Mathias Döpfner, wenn der Begriff Staatshilfen fällt. Damit steht er nicht allein. Auch ver.di ist nicht für eine staatlich finanzierte Presse, oder?

WERNEKE | Eine unabhängige Presse ist ein hohes Gut. Tatsache ist aber auch, dass die Zeitungs- und Zeitschriftenverlage seit vielen Jahren durch den abgesenkten Mehrwertsteuersatz mehrere Hundert



Millionen Euro staatlicher Zuschüsse erhalten. Das ist eine indirekte Subvention, ein Steuerprivileg. Ich habe noch keinen Verleger getroffen, der sich darüber beklagt hat. Das soll meinerwegen auch auf dem jetzigen Niveau so bleiben. Ich bin aber gegen eine völlige Steuerbefreiung, wie sie jetzt immer öfter gefordert wird. Die bringt strukturell nichts und ist angesichts der damit verbundenen Steuerausfälle politisch nicht verantwortbar. Dennoch sind Maßnahmen möglich. Perspektivisch verschlechtert sich die Einnahmehäuser durch sinkende Auflagenzahlen, eine Überalterung der Leserschaft und Rückgänge bei den Anzeigeeinlösen. Das erhöht den Kostendruck und verschlechtert die Arbeitsbedingungen auch der Journalistinnen und Journalisten. Deshalb müssen wir dafür kämpfen, dass Standards gesetzt werden und erhalten bleiben.

Es gibt Felder, die ich für förderungswürdig halte. In den USA wird derzeit über den Aufbau von Stiftungen zur Förderung des investigativen Journalismus nachgedacht – das finde ich interessant. Ein Thema ist die Aus- und Weiterbildung von Journalistinnen und Journalisten, auch der vielen freiberuflichen Kolleginnen und Kollegen. Sinnvoll ist eine bessere Förderung der ja durchaus bestehenden Initiativen zum Thema Medienkompetenz, gerade im schulischen Bereich bis hin zu Jugendabos. Da wird zwar viel geredet, aber finanziell passiert wenig. Wenn schon über steuerliche Begünstigungen nachgedacht wird, dann für die Leserinnen und Leser, etwa bei Tageszeitungsabos.

Wobei es auch Lösungen für die Menschen geben muss, die aufgrund ihrer Einkommenssituation nicht steuerpflichtig sind.

M | *Das sind Forderungen, die die SPD auf ihrem Parteitag im November diskutieren wird.*

WERNEKE | Die Themen werden seit geraumer Zeit bei ver.di und in medienpolitisch interessierten Kreisen diskutiert. Ich finde es erfreulich, dass in der SPD in diese Richtung nachgedacht wird. Beim Thema Pressefusionskontrolle befindet sie sich allerdings auf der Leimspur der Verleger – schade. Immerhin wird in der SPD, im Unterschied zu anderen Parteien, überhaupt vernehmlich über medienpolitische Fragen diskutiert.

M | *Unterstützung durch Steuergelder – einfach so, ohne Bedingungen? Ist das bei schrumpfenden Haushalten überhaupt vertretbar?*

WERNEKE | Öffentliche Förderung sollte eigentlich immer an Bedingungen geknüpft sein. Das gilt erst Recht für zukünftige Maßnahmen, von denen die Presse profitieren soll. Dabei sind zwei Punkte wichtig. Erstens ein Stopp der Flucht aus Tarifverträgen. Dies geschieht derzeit in unterschiedlichen Formen, über Ausgliederungen in tariflich nicht geschützte Unternehmensteile, durch unechte Leiharbeit, bei der Kolleginnen und Kollegen dazu gezwungen werden, Beschäftigungsverhältnisse auf Grundlage des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes einzugehen. Und das zu schlechten Konditionen, obwohl sie dauerhaft für einen Titel arbeiten. Deshalb „unechte Leiharbeit“. Oder schlicht durch erpresserische Einzelverträge, auch bei freien Kolleginnen und Kollegen. Lohndrücker haben kein Anrecht auf Steuerprivilegien oder öffentliche Mittel, das gilt auch für Verleger. Mein zweiter Punkt ist die Sicherung der inneren Pressefreiheit. Etwa durch wirksame Redaktionsstatute. Hier sind die Landesregierungen aufgefordert, wenigstens dieses Maß an innerer Pressefreiheit in den Landespressesetzen vorzugeben.

M | *Verleger diskutieren zurzeit vehement ein Leistungsschutzrecht. Für ver.di fraglich?*

WERNEKE | Zunächst mein professioneller Respekt. Die Verleger haben es geschafft, für eine sehr vage Idee, die sie mit der Überschrift „Leistungsschutzrecht“ versehen haben, innerhalb weniger Wochen eine parteiübergreifende Unterstützung zu finden. Und man muss kein Prophet sein um vorherzusagen, dass diese Überschrift auch den Weg in die Koalitionsverein-

barung finden wird. Das eigentlich Spannende – und bislang von den Verlegern nicht Beantwortete – ist jedoch, was eigentlich genau im Rahmen eines Leistungsschutzrechts für Internetangebote geregelt werden soll. Für uns verbindet sich das mit der Frage, welche Auswirkungen eine solche Gesetzgebung auf die Rechte der Urheberinnen und Urheber hätte.

M | *Droht eine Benachteiligung der Urheberinnen und Urheber?*

WERNEKE | Das kommt auf das Wie an. Kern der Debatte ist, ein tragfähiges Geschäftsmodell für redaktionelle Angebote im Netz zu finden. Das halte ich auch für notwendig. Bislang werden bei den allermeisten Publikationen die Internetangebote durch die gedruckten Ausgaben subventioniert, von wenigen Ausnahmen abgesehen wie Spiegel Online. Das kann auf Dauer nicht funktionieren und erhöht derzeit den Rationalisierungsdruck im Print-Zweig der Medienhäuser – von der Redaktion bis zur Druckmaschine. Die Zeit der weitgehend kostenlosen, oder nur über Werbung finanzierten redaktionellen Inhalte im Netz geht zu Ende, das ist auch alternativlos.

Damit entstehen übrigens neue Anforderungen an die Qualität und Aktualität der Inhalte. Ein Problem bei Aufbau von tragfähigen Geschäftsmodellen im Netz, etwa über Micro-Paymentsysteme, ist die ungeschützte und nicht vergütete Verwertung redaktioneller Inhalte durch Dritte, etwa durch die Googles dieser Welt. Die machen das Geld. Diesen Punkt greifen die Verleger zu Recht auf.

M | *Deshalb pro Leistungsschutzrecht?*

WERNEKE | Ja, wenn die Urheberinnen und Urheber nicht benachteiligt und an den Erträgen angemessen beteiligt werden. Denn sie erbringen die journalistische Leistung, nicht der Verlag oder das Medienunternehmen. Die haben die Marke, den Titel, das sorgt für die Auffindbarkeit im Netz. Sie organisieren die technische Infrastruktur. Werbeerlöse werden auch in Zukunft ihre Bedeutung haben, auch im Netz. Der Kern ist und bleibt aber der journalistische Inhalt und der entsteht durch die schöpferische Leistung von Menschen. Daran messen wir alle Vorschläge zum Leistungsschutzrecht. Ich möchte deshalb auf einen aktuellen Punkt hinweisen, der mich nachdenklich stimmt. Eine Reihe von Verlagen wie Springer und Bauer versuchen, mit Knebelverträgen und entsprechenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen den freien Kolleginnen und Kollegen ihre Verwertungsrechte abzubedingen. Dagegen gehen wir derzeit rechtlich vor,

übrigens mit einigem Erfolg. Auch die seit sieben Jahren laufenden Verhandlungen über Mindestvergütungen für freie Journalistinnen und Journalisten mit den Verlegerverbänden auf Grundlage des 2002 in Kraft getretenen Urhebervertragsrechts können nicht zu Ende gebracht werden, weil die Verleger mauern. Das erhöht nicht gerade die Glaubwürdigkeit der Verleger hinsichtlich eines Leistungsschutzrechts, bei dem die Urheberinnen und Urheber fair und angemessen behandelt werden sollen.

M | *Versuchen wir einen Blick in die Zukunft. Viele Themen, die ver.di wichtig sind, haben für die Union und FDP keine Bedeutung, zum Beispiel die Leiharbeit oder die Vorratsdatenspeicherung. Kein gutes Omen für die Beschäftigten der Medienbranche in den nächsten vier Jahren?*

WERNEKE | Für die Sicherung von Beschäftigung in der Medienwirtschaft, die Bedingungen, unter denen wir arbeiten, haben die in unserem Gespräch angeschnittenen Themen von der Pressefusionskontrolle bis zum sogenannten Leistungsschutzrecht sicher ihre Bedeutung. Entscheidend ist jedoch, ob und vor allem wie es gelingt, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Ob beispielsweise auch die Profiteure zur Kasse gebeten werden, durch eine Vermögenssteuer und eine Börsenspekulationssteuer, ob die Finanzmärkte wirksam reguliert werden oder ob die Krise einseitig auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Durch Einschnitte im sozialen Netz und bei öffentlichen Leistungen, die Erhöhung der Mehrwertsteuer und vergleichbare Maßnahmen würde dagegen die Binnennachfrage weiter geschwächt. Und das würde – neben Zumutungen für die Bevölkerung – auch die Medienbranche negativ treffen. Wenn Schwarz-Gelb keine fairen Bedingungen für Leiharbeit schafft, wovon ich leider ausgehe, ist das unverantwortlich. Im Übrigen handelt es sich dabei ja nicht um ein Phänomen, das isoliert für die Medienbranche oder Journalistinnen und Journalisten zu lösen ist. Wir fordern daher eine Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Leiharbeit, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. Für Leiharbeit muss gelten: gleiche Entlohnung und gleiche Arbeitsbedingungen wie für die Stammbeschäftigten. Das entspräche übrigens der gesetzlichen Praxis der meisten europäischen Länder und wäre fair. In vielen Nachbarstaaten, z.B. Frankreich, gibt es sogar Flexibilitätszuschläge für Leiharbeit. Mit einer solchen, europäüblichen Regelung wäre das Thema Leiharbeit in der Redaktion und anderen Bereichen Geschichte.

Das Gespräch führte Karin Wenk ■



- Startseite
- Programmbeschwerde
- Kontakt
- Jugendschutz
- Werbung
- Gewinnspiele
- Programmgrundsätze
- Medienaufsicht
- Downloads
- Aktuelles

www.programmbeschwerde.de
Eine Initiative der Landesmedienanstalt Saarland

jugendschutz.net

Einfache Idee im komplexen Geflecht

Fachdebatte nach fünf Jahren Bürgerportal Programmbeschwerde.de



Es war zugleich eine Art Geburtstagsfeier: Die Landesmedienanstalt des Saarlandes, Initiator und Koordinator von Programmbeschwerde.de, lud zum 5. Jahrestag der inzwischen relaunten Plattform zum „Dialog in Berlin“ ein. Unter dem Motto „Einspruch! – Beschwerdemanagement in den Medien“ waren Experten und Interessierte am 21. September 2009 in der hauptstädtischen Landesvertretung zum Fachdisput aufgerufen. Der Deutsche Presserat fungierte dabei als Mitveranstalter.

In seinem Eingangsvortrag brach Prof. Dr. Dieter Dörr, Direktor des Mainzer Medieninstituts, eine Lanze für die Beschwerde als Beteiligung der Bürger am demokratischen Prozess. Die „gute und einfache Idee“ der saarländischen Landesmedienanstalt (LMS), den Zuschauerinnen und Zuschauern in der verworrenen privaten TV-Landschaft eine zentrale Einspruchs- und Beschwerdestelle per Internet zu eröffnen, sah er als Möglichkeit der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bei der Programmbeobachtung, als zusätzliche Chance, möglichen „Rechtsverstößen oder journalistischen Fehlleistungen“ der privaten Veranstalter nachzugehen sowie generell als Form der „Rückkopplung“ mit dem Publikum. Dörr betonte die Funktion auch des privaten Rundfunks für die demokratische Meinungsbildung. Private hätten – „nicht im gleichen Umfang“ wie die überwiegend gebührenfinanzierten Öffentlich-Rechtlichen – aber sehr wohl eine kulturelle Funktion und eine „Wertevermittlungsaufgabe“ in der Gesellschaft. Für die Erfüllung dieses auch verfassungsrechtlich fundierten Auftrags besäßen die Zuschauer ein „gutes Gespür“. Das Beschwerdeportal ermögliche, die Einhaltung „offensiv einzufordern“.

Dr. Gerd Bauer, als Direktor LMS einer der geistigen Väter des Bürgerportals Programmbeschwerde, erinnerte an die Entstehungsgeschichte und betonte zugleich

die Servicefunktion. Er informierte, dass nach Vorprüfung auf den sachlichen Gehalt „durchschnittlich 1.000 Beschwerden im Jahr“ an Sender und Gremien zur Bearbeitung weitergegeben würden. „Programmabhängig“ träfen mitunter „bis zu 300 Beschwerden am Tag“ ein. Die LMS fungiere dafür quasi als „Sortierstelle“, da viele Beschwerdeführer den exakten Adressaten ihres Anliegens nicht wüssten. Etwa zwei Drittel der eingehenden Beschwerden beträfen tatsächlich private Veranstalter, das verbleibende Drittel beziehe sich auf das öffentlich-rechtliche Programm und werde weitervermittelt.

■ System zu wenig transparent

Lutz Tillmanns, Geschäftsführer des Deutschen Presserates, berichtete von durchschnittlich 700 bis 800 Beschwerden pro Jahr. Allerdings sei die Zahl gestiegen, seit der Presserat ab Jahresbeginn 2009 auch für die redaktionellen Online-Auftritte der Verlage zuständig ist. So seien bis Anfang September schon etwa 850 Beschwerden eingegangen, die im Rahmen der Selbstkontrolle „am ethischen Normengeflecht“ des Pressekodex gemessen würden.

Dieter Czaja, Jugendschutzbeauftragter bei RTL Television und Vorstandsvorsitzender der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen E.V. (FSF) erläuterte, dass die Aufsicht im Fernsehen „viel detaillierter“ aufgesplittet sei als in der Presse. Neben der FSF, die sich „mit 60 bis 70 relevanten Themen im Jahr“ zu befassen habe, existierten eigene Gremien in jedem Sender, hinzu käme die Kommission für den Jugendmedienschutz und die Landesmedienanstalten überhaupt. Dadurch sei „das Aufsichtssystem für die Bürger nicht transparent“. Prof. Dörr knüpfte daran die grundsätzliche Frage, „wie die Aufsicht künftig gestaltet“ werden solle. Er sah die Entwicklung hin zu einer übergreifenden

„Ländermedienanstalt“, mit der auch die Binnenkontrolle aufgewertet würde, räumte aber sofort strukturelle Schwierigkeiten ein. Czaja verlangte, sich der modernen technischen und Nutzungsentwicklung zu stellen, wobei im Zuge der Medienkonvergenz zunehmend alles „zusammenfließe“. Doch existiere bislang eine „Schiefelage“ zwischen der ausschließlichen Selbstkontrolle in der Presse und der teilweisen Selbstkontrolle bei gleichzeitigem Wirken staatlicher Aufsichtsbehörden im Fernsbereich. Die Zusammenarbeit von FSF und der im Onlinebereich agierenden FSM werde sich nach seiner Überzeugung weiter entwickeln, es sei sinnvoll, auch den Deutschen Presserat einzubeziehen. Ansätze dafür sah Lutz Tillmann bei „drittgenerierten Quellen“ wie über die Medien verbreiteten Inhalten aus Twitter, anderen Netzwerkplattformen oder blogs, die „in allen Medien und von allen Kontrollgremien einheitlich“ behandelt werden sollten.

In der anschließenden Publikumsdebatte fragte ARD-Generalsekretärin Dr. Verena Wiedemann unter anderem nach möglichen gesellschaftlichen Anreizen für mehr Qualität in den Medien. Prof. Dörr warnte vor zu hohen Erwartungen speziell an den privaten Rundfunk. Inhaltliche Anforderungen seien mit den entsprechenden Rundfunkurteilen in den 1980er Jahren auf ein „Mindestmaß“ heruntergefahren worden und juristisch nicht einklagbar. Dieter Czaja sah allenfalls eine Chance für wie immer gestaltete „ökonomische Anreize“ und auch für Lutz Tillmanns liefen solche Bemühungen bestenfalls auf das Wecken „steuerlicher Begehrlichkeiten“ hinaus. „Einfacher wird es nicht“, fasste Dr. Gerd Bauer die Debatte zum Programm-Beschwerdemanagement angesichts der Medienkonvergenz-Herausforderungen zusammen. Doch sei der „richtige Weg eingeschlagen“.

Helma Nehrlich ■

Gegen Überwachung

Freiheit statt Angst – Demonstration für Datenschutz in Berlin

Die dju gehörte zu den Unterstützern, ver.di hatte mitaufgerufen, Frank Bsirske war einer der Hauptredner: In Berlin demonstrierten am 12. September etwa 20.000 Menschen gegen Bespitzelung und Überwachungsstaat, für Arbeitnehmerdatenschutz und Pressefreiheit.

„Überwachung, Bespitzelung, das ist für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in unserem Lande leider zu einem Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit geworden. Hieß es früher, dass uns die neuen Informationstechnologien mehr Demokratie bringen würden und selbstbestimmteres Arbeiten, so müssen wir mittlerweile darum ringen, mühsam erkämpfte Grundrechte zu verteidigen“, sagte ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske unter dem Applaus der Teilnehmer der Demonstration „Freiheit statt Angst“ auf dem Potsdamer Platz im Zentrum der Hauptstadt. Aufgerufen hatten zu der Demonstration gegen Zensur, gegen Schäuble 2.0, gegen Vorratsdatenspeicherung und den Überwachungswahn nicht nur Parteien und Gewerkschaften, sondern über 150 Einzelinitiativen – ein breites Aktionsbündnis.

Unter den zahlreichen Rednern auch Schleswig-Holsteins gerade wiederbestätigter Datenschutzbeauftragter Thilo Weichert: „Es werden nicht nur Daten verarbeitet, es werden Menschen überwacht, diskriminiert und manipuliert. So werden Menschen ihrer Freiheit beraubt.“ Er warnte eindringlich vor den „elektronischen Fuß-, Hand- und Gehirnfesseln“ und forderte mit Blick auf die Pressefreiheit: „Für die Bevölkerung benötigen wir Informations- und Meinungsfreiheit, nicht Totalkontrolle, wir benötigen Angebote zum Selbstschutz, nicht Zensur.“

Und der selbst jahrzehntelang vom Verfassungsschutz überwachte Bremer

Rechtsanwalt Ralf Gössner folgerte aus seiner „Erkenntnis, die uns antreibt, hier und heute gegen politische Angstmacherei, gegen Überwachungswahn und den Angriff auf die Bürgerrechte zu demonstrieren“, dass diese „hohe Anzahl verfassungswidriger Gesetze ... strenggenommen ein Fall für den Verfassungsschutz“ sei. Sein Resümee: „Diesem Zerstörungsprozess und der zugrundeliegenden Sicherheitsideologie müssen Bürgerrechtsgruppen, Gewerkschaften und politisch-soziale Bewegungen, müssen wir alle entgegentreten.“

Gerade den Gewerkschaften falle hierbei eine bedeutende Rolle zu, betonte Frank Bsirske, selbst „als Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di Zielscheibe der Überwachung“ geworden, abschließend in seiner Rede: „ver.di hat gegen die Vorratsdatenspeicherung Klage eingereicht.“ Vom Gesetzgeber forderte er den Arbeitnehmerdatenschutz, die Koalitionsfreiheit, die Meinungs- und Pressefreiheit zu stärken. „Arbeitnehmer, Gewerkschafter, aber auch Journalisten und viele Bürgerinnen und Bürger werden zunehmend bespitzelt und überwacht. Damit muss Schluss sein!“

Es war eine friedliche Demonstration in Berlin am 12. September, bei der die politischen Fahnen orange, rot und grün das Bild bestimmten. Nur am Rande kam es zu einem Polizeiübergreif gegen den „Mann im blauen Hemd“. Dank der Videopräsenz eines Mitglieds des ChaosComputerClubs wurde der Angriff auf den Demonstranten, der sich die Personalien eines Polizisten notieren wollte, dokumentiert, ins Netz gestellt und tausendfach abgerufen. Wegen der Prügelszene wurde Strafanzeige gegen die betreffenden Polizeibeamten gestellt.

*Wulf Beletes,
der am Demotag auch für die
Öffentlichkeitsarbeit des Bündnisses
mitverantwortlich war.*



Foto: Christian von Polenz / transit

Hauptstadtblüte und märkischer Sand

Attraktive Medienmetropole mit knallhartem Wettbewerb auf dem Zeitungsmarkt

Am 5. Februar 1990 hatte die Volkskammer mit ihrem historischen „Beschluss zur Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit“ die gesetzliche Grundlage für eine freie Presse in der absterbenden DDR gelegt. Die Entlassung der alteingesessenen Printmedien in die Marktwirtschaft hatte drastische Folgen: „Mehr als die Hälfte aller früheren DDR-Zeitungen sind vom Markt verschwunden“ resümierte die Kohl-Regierung bereits in ihrem „Medienbericht 98“.

Dem galoppierenden Konzentrationsprozess fielen sowohl Nachwende-Neugründungen wie „die andere“ (Neues Forum) wie alteingesessene Zentralorgane von Parteien und Massenorganisationen zum Opfer (vgl. Artikel „Kurzer Frühling“ in M 8–9/09). Übrig blieben die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen, nun allerdings in Regie westdeutscher Großverlage. Besonders schillernd verlief das Schicksal des traditionsreichen Berliner Verlags. Dieses Filetstück der DDR-Printmedien hatte sich früh Gruner + Jahr gesichert, anfangs gemeinsam mit Robert Maxwell. 1991 wurde Gruner+Jahr alleiniger Eigentümer. Von den bunten Zeitschriftenlogos am Verlagstower unweit vom Berliner Alexanderplatz war bald keines mehr übrig. Ob *Freie Welt*, *Für Dich*, *Horizont*, *F.F.dabei* oder *Wochenpost* – sie alle wurden vom neuen Eigner in kürzester Zeit herunter gewirtschaftet oder verkauft. Auch im Tageszeitungsgeschäft agierte G+J glücklos. Der ehrgeizige Plan des früheren Herausgebers Erich Böhme, das Flaggschiff *Berliner Zeitung* zu einer Art *Washington Post* zu stylen, scheiterte. Spätestens mit der Medienkrise um die Jahrtausendwende, als die Internet-Blase platzte, verlor der Verlag die Lust am Berliner Markt. Ein zunächst geplanter Verkauf an den Holtzbrinck-Konzern zerschellte am Veto des Kartellamts. Nach einem zweijährigen Intermezzo unter der Kontrolle von Renditejäger und Sparkommissar David Montgomery landete der Berliner Verlag Ende 2008 zur Erleichterung vieler Mitarbeiter beim Kölner Verlag Neven DuMont Schauberg. Die letzten Nachrichten über

geplante Ressortzusammenlegungen bei der *Berliner Zeitung* und der gleichfalls von den Kölnern gelenkten *Frankfurter Rundschau* lassen allerdings wenig Gutes für die künftige verlagsinterne publizistische Vielfalt ahnen.

■ Moderate Copypreise

Für die Medienkonsumenten hatte die neue Attraktivität der Medienmetropole Berlin überwiegend positive Effekte. In keiner anderen deutschen Stadt gibt es eine solche Fülle hochwertiger Zeitungstitel. Der Markteintritt von G+J sowie Holtzbrinck, der 1992 den *Tagespiegel* übernahm, knackte definitiv das Springer Fast-Monopol aus Vorwendezeiten. Stammten noch 1989 vier von fünf verkauften Berliner Tageszeitungen aus Springers Meinungsfabrik, so wetteifern nunmehr mit *Berliner Zeitung*, *Berliner Morgenpost* und *Tagesspiegel* gleich drei regionale Qualitätsblätter um das Prädikat „Hauptstadtzeitung“. Auf der Strecke blieb dagegen früh das kleine liberale *Volksblatt Berlin*. Die einstigen Sprachrohre von SED und Freier Deutscher Jugend – *Neues Deutschland* und *Junge Welt* – kämpfen ums Überleben. Dagegen erfreut sich die linksalternative *tageszeitung (taz)* nach wie vor erstaunlich guter Gesundheit. Eine für die Leser angenehme Begleiterscheinung des bundesweit einzigartig harten Wettbewerbs sind extrem moderate Copypreise von unter einem Euro pro Zeitungsexemplar. Während bei der Auflagenentwicklung der *Tagesspiegel* im Vergleich am günstigsten abschneidet (s. Tabelle), hat die *Berliner Zeitung* offenbar den „Ost-West-Spagat“ am besten geschafft. Nach Angaben von Vize-Chefredakteurin Brigitte Fehrle verkauft das Blatt inzwischen 30 Prozent seiner Auflage in den ehemaligen Westbezirken der Hauptstadt. Die hohe Bevölkerungsfluktuation in der Hauptstadt beschleunigt die Lockerung alter Bindungen. Ein echtes Hauptstadtblatt mit überregionaler Strahlkraft ist dagegen nicht in Sicht, wird aber auch kaum vermisst.

Bei den drei früheren SED-Bezirkszeitungen Brandenburgs kamen nach der Wende wie andernorts auch potente Westverlage ans Ruder. Der *Neue Tag* in Frankfurt/Oder nahm pünktlich zum 17. März 1990, einen Tag vor den ersten (und letzten) freien Wahlen zur DDR-Volkskammer den Namen *Märkische Oderzeitung* an. Das Blatt deckt den Norden und Osten der Mark ab und wird heute jeweils zur Hälfte von den Verlagen der Südwest Presse und der Mediengruppe Süd (Stuttgart) unter

Berliner Alexanderplatz im April 1990



dem Dach der Südwestdeutschen Medienholding kontrolliert. Die ehemalige *Märkische Volksstimme* erscheint heute unter dem Namen *Märkische Allgemeine* in Potsdam und bedient hauptsächlich Westbrandenburg. Hundertprozentiger Eigner ist der Verlag der FAZ. Die *Lausitzer Rundschau* in Cottbus ist eine hundertprozentige Tochter der *Saarbrücker Zeitung*, die sich wiederum im Eigentum der Holtzbrinck-

berlin-brandenburg

Gruppe befindet. Der im Frühjahr 2004 gestartete Versuch, mit dem Billigblatt *20cent* zu Dumpingbedingungen eine Art von gebührenpflichtigem Anzeigenblatt im Tabloidformat auf dem Markt zu etablieren, scheiterte. Im Gefolge der Medien- und Finanzkrise wurde *20cent* ebenso wie der saarländische Ableger *20cent saar* Ende Februar dieses Jahres eingestellt. Alle brandenburgischen Regionalblätter leiden angesichts der landfluchtbedingten Abwanderungen unter überdurchschnittlichen Auflageverlusten.

Nach dem Umzug der Bundesregierung von Bonn nach Berlin im Jahr 1999 verstärkte sich der Sog auf Medien und Lobbyorganisationen der Medienwirtschaft. Längst hat Springer die Zentralredaktionen von *Welt* und *Bild* an die Spree geholt. Beim *Freitag* versucht sich Spiegel-Erbe Jakob Augstein an der Entwicklung eines Wochenzeitungsmodells, das die Stärken von Online und Print vereint. 20 Nachrichtenagenturen aus aller Welt sind in Berlin vertreten. Ab Mai 2010 beginnt

Anders als bei den Printmedien verlief die Entwicklung im Rundfunk der Hauptstadtregion eher durchwachsen. Ende 2008 fiel bei der ProSiebenSat.1 Media AG die Entscheidung, den „Familiensender“ Sat.1 nach neun Jahren aus Berlin abzuzie-

hen. Auf der Strecke blieben dabei 350 qualifizierte Arbeitsplätze. Trauriges Ergebnis einer renditeorientierten Geschäftspolitik der Finanzinvestoren Permira und KKR, die den negativen Ruf von Finanzinvestoren nachhaltig festigte. Mit dem Nachrichtenkanal N24 ist die größte Privat-TV-Gruppe in der Hauptstadt aber weiterhin vertreten. Trotz des Weggangs von Sat.1 gilt der Großraum Berlin-Brandenburg als zukunftssträchtiger Standort einer kreativen TV-Produktion. Mit einem Jahresumsatz von rund 320 Millionen Euro ist in Potsdam die UFA-Gruppe, das größte Produktionshaus Europas, zu Hause. Insgesamt 2.000 Film- und Fernsehunternehmen listet der Branchenführer für die Region auf, darunter so bedeutende Firmen wie MME, teamWorx, Studio Hamburg, Ziegler Film und Producers at Work. Berlin Adlershof und Studio Babelsberg bieten gute Produktionsbedingungen für die Film- und TV-Produktion.

■ Fusion zu einer Rundfunkanstalt

Während die private AV-Branche früh die Chancen des Großraums Berlin-Brandenburg erkannte, wurschtelte der öffentlich-rechtliche Rundfunk zunächst separat in beiden Bundesländern herum. Profilierungsgehebe und Verhandlungsungeschick der Beteiligten führten dazu, dass sich Pläne für eine ökonomisch sinnvolle Drei-Länder-Anstalt aus Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern früh zerschlugen. Stattdessen ging 1992 mit dem Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg (ORB) eine „schlanke“ Anstalt für 2,5 Millionen Einwohner auf Sendung, sinnigerweise unter der Intendanz des „West-Imports“ Hans-Jürgen Rosenbauer. In den Folgejahren lieferte sich der Newcomer mit dem alteingesessenen Sender Freies Berlin ein Nahduell um Fragen wie Wirtschaftlichkeit, Qualität und Innovationskraft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Ein Zustand medienpolitischer

Abonnementszeitungen in Berlin-Brandenburg 1989–2009

Verkaufte Auflage in Tsd. Exemplaren Mo–So	Differenz			
	Quartal / Jahr	III / 1989	II / 1998	II / 2009
Berliner Zeitung	439,1	217,2	163,8	– 62,7 %
Berliner Morgenpost	176,2	179,2	142,7	– 19,0 %
Der Tagesspiegel	127,4	132,4	138,8	+ 8,9 %
Tageszeitung (taz)	58,8	61,6	58,8	0,0 %
Neues Deutschland	¹⁾ 128,3	65,4	40,7	– 68,3 %
Märkische Allgemeine	350,8	213,0	147,8	– 57,9 %
Märkische Oderzeitung	212,0	138,1	89,9	– 57,6 %
Lausitzer Rundschau	293,0	172,7	99,3	– 66,1 %

¹⁾1. IVW-Meldung für ND I/1991

Quellen: IVW, BDZV



Foto: Tomi Nemes/Transit

der Umzug von dpa aus Hamburg nach Berlin, mit dem Ziel, alle zentralen Agenturdienste an der Spree zu konzentrieren. Da in Berlin die (politische) Musik spielt, sind mittlerweile fast alle wichtigen Medienverbände hier gelandet: BDZV, VDZ, Zentralverband der Werbewirtschaft, Deutscher Presserat, nicht zu vergessen die Zentrale der Dienstleistungs- und Medien-gewerkschaft ver.di.

Kleinstateerei, der erst 2003 endete, als ORB und SFB nach langjährigen Querelen zum Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) fusionierten. Und damit immerhin mehr Mut zur Veränderung bewiesen als die Politiker beider Bundesländer. Erstmals in der Geschichte der ARD rückte zudem mit Dagmar Reim eine Frau an die Spitze einer öffentlich-rechtlichen Anstalt. Dass aus der Ehe von zwei Armen kein Reicher entstehen kann, war von Anfang an klar. Einen Sender „mit Strahlkraft in der ARD“ hatte sich die Intendantin als Ziel gesetzt. Träume, die an der rauen Wirklichkeit zerbrachen. Als sich Mitte letzten Jahres ein Etatloch von 54 Millionen Euro für die Gebührenperiode 2009–2012 auftat, reagierte die Senderleitung mit harten Schnitten. Mit der Einstellung von Radiomultikulti und dem TV-Zeitgeistmagazin „Polylux“ Ende 2008 traf es ausgerechnet zwei der wenigen Formate, die dem RBB in der Vergangenheit ARD-weit Respekt verschafft hatten. Das RBB-Fernsehen kommt auch nach der Vereinigung von „märkischem Landfunk“ und „Hauptstadt-TV“ nur selten über provinzielles Niveau hinaus.

Dieses Schicksal teilen auch die kläglichen Restbestände des Metropolen-Fernsehens das in den 90er Jahren in der Hoffnung auf eine rasante Expansion des Wirtschaftstandorts gestartet war. Seit dem 1. April 1991 hatte FAB – „Fernsehen aus Berlin“, ein joint venture diverser Klein(st)-produzenten versucht, die Berliner mit einem wirren Mix aus Astro-Show, Gastro-Kritik und Lokalsport in den Bann zu ziehen. Im Frühjahr 2009 ging FAB – „Fernsehen aus Berlin“ in die Insolvenz. 1993 schickte sich der Ex-Filmemacher Ulrich Schamoni an, mit dem Sender „IA Brandenburg“, später „Puls-TV“, das Hauptstadtpublikum zu erobern. Einige Konkurrenz und Besitzerwechsel später läuft der Sender heute unter dem Namen TV.Berlin in Regie der „Germany 1 Media AG“. Ein gutes Viertel der Anteile hält Springer. Wer's nicht kennt, hat wenig verpasst.

Eine gewisse „Vielfaltreserve“ bieten die diversen kleinen brandenburgischen Lokal-TV-Sender, die nach der Wende aus dem märkischen Boden schossen. Viele von ihnen kämpfen aber mit Finanzierungsproblemen und leiden unter lokalpolitischem Filz.

Ende 1991 war mit dem Sendeschluss beim Deutschen Fernsehfunk in Berlin-Adlershof und dem Aus für „Radio Aktuell“ ein gut vierzigjähriges Kapitel (ost)deutscher Rundfunkgeschichte zu Ende gegangen. Die Abwicklung der im deutsch-deutschen Einigungsvertrag als „Einrichtung“ bezeichneten Reste des ehemaligen Rundfunks der DDR besorgte Rudolf Mühlfenzl, der frühere Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks. Nach seinen Schätzungen sollte etwa ein Drittel der mehr als 14.000 Mitarbeiter des zerschlagenen Staatsfunks in einer der neu gegründeten öffentlich-rechtlichen Anstalten wieder Arbeit finden. Besonders pikant war die von den Ländern beschlossene Kooperation beim 1994 neu geschaffenen Deutschlandradio. Fusioniert wurden dabei drei höchst unterschiedlich strukturierte Rundfunkunternehmen. Während der Kölner Deutschlandfunk seine Rolle als politisches Informationsprogramm weiter spielen konnte, sorgte das Zu-

sammengehen des RIAS mit DS Kultur (entstanden 1990 aus der Fusion von Deutschlandsender und Radio DDR II) anfangs für nicht geringe personelle Verwerfungen. Kein Wunder, waren doch die Mitarbeiter des RIAS – „eine freie Stimme der freien Welt“ – und die ehemaligen DDR-Rundfunkmitarbeiter einander feindlich gesonnenen ideologischen Systemen verpflichtet gewesen. 15 Jahre danach ist von der einstigen Konfrontation „kalter Krieger“ kontra „rote Socken“ kaum noch etwas zu spüren. Neben dem Kölner Deutschlandfunk zählt das Berliner Deutschlandradio Kultur zu den verlässlichen Stützen des öffentlich-rechtlichen Qualitätshörfunks in der Republik. Dazu tragen in Berlin-Brandenburg auch die sechs RBB-Programme bei. Vor allem die eher jugendlichen Formate Radio Eins und „Fritz“ genießen bundesweit Anerkennung. Im privaten Hörfunk erwies sich die mutige Lizenzie-



Foto: Toni Nemes/transist

Berlin-Adlershof: Neon-Reklame für das Fernsehen der DDR, 1990

rungspolitik des Medienrats der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) als wahrer Segen. Anders als in vielen Flächenstaaten der Republik kamen auch ungewöhnliche Musikformate wie Jam, Jazzradio oder Motor FM zum Zuge. Auch große Minderheiten wie die türkische und russische Community verfügen mit Radio Metropol und Radio Russkij in der Hauptstadt über eigene Wellen. Dass die heutigen Musikdampfer r.s.2 und Berliner Rundfunk auf Privatisierungen des einstigen öffentlich-rechtlichen Musikkanals RIAS 2 und eines DDR-Senders gleichen Namens zurückgehen, ist den meisten Radiohörern wohl längst nicht mehr bewusst. **Günter Herkel** ■

Aggregieren und verwerten

Verlage auf der Suche nach Erlösmodellen im Netz

Was Suchmaschinen können, können Verleger auch: Nachrichten zusammenstellen und präsentieren. Burda sucht nach neuen Erlösmodellen im Netz und orientiert sich dabei an Google. Die eigentlichen Urheber gehen dabei jedoch leer aus.

Erst vor wenigen Monaten klagte Verlagschef Hubert Burda über „schleichende Enteignung“ der Verleger durch Google und forderte eine Gewinnbeteiligung, da Google von den journalistischen Inhalten anderer profitiere. Aber er scheint sich auch den Leitsatz des amerikanischen Journalistikprofessors Jeff Jarvis zu Herzen genommen zu haben, der seit Jahren predigt, dass Journalisten und Verleger von Google lernen sollten: So startete die Burda-Tochter Tomorrow Focus Technologies Ende September als Alternative zu Google News das

neue Nachrichtenportal Nachrichten.de, das sie gemeinsam mit dem Suchmaschinenspezialisten Neofonie entwickelte.

■ Meldungen von fast 500 Quellen

Nachrichten.de ist ein Nachrichtenaggregator, der inhaltlich ähnliche Meldungen erkennen und Themenbereichen zuordnen soll. Hierfür wertet der Dienst die Meldungen von fast 500 Internetquellen automatisiert aus. Unter den Quellen befinden sich Online-Newsportale und -Tageszeitungen sowie einige Blogs. Die Auswahl der Blogs ist allerdings eher eklektisch: Einschlägig bekannte Angebote wie Netzwerftig.com, das Bildblog.de oder Netzpolitik.org gehören dazu nicht, wohl aber die wesentlich kleineren Blogs Medienrauschen.de und Onlinejournalismus.de. Die

Nachrichten lassen sich nach Quellen, Rubriken und Erscheinungszeitraum filtern – das Filtern nach Quellen funktionierte allerdings Ende September noch nicht.

Der Burda-Nachrichtendienst ist nicht der erste deutschsprachige Nachrichtenaggregator. Der freie Programmierer Frank Westphal hat bereits vor über zwei Jahren mit Rivva einen Dienst nach dem Vorbild des amerikanischen Aggregationsdienstes TechMeme programmiert, der den Nachrichtenstrom in Echtzeit sortiert. Anders als Nachrichten.de setzt Rivva jedoch den Schwerpunkt auf Blogs – folgt aber auch den Newsportalen, die von Blogs öfter zitiert werden. Die Auswahl seiner Quellen trifft Rivva danach, ob sie von anderen verlinkt werden und eigene Inhalte produzieren. Soeben hat Westphal Rivva auch für den Micro-Bloggingdienst Twitter erweitert, damit das Verfolgen der Twitter-Nachrichten wieder etwas übersichtlicher wird.

Rivva ist in der Szene hochgeschätzt, doch bis heute ein Nischenprodukt geblieben. Westphal schreckt zum einen vor einer Vermarktung zurück, zum anderen lässt er aber auch seinen Dienst von Google nicht spiders. Damit bleiben die Zugriffe niedrig. Erstaunlich ist daher, dass Burda bei Westphal für die Entwicklung seines Dienstes nicht einmal angefragt hat.

Nischig ist auch ein Projekt des

Schweizer Tamedia-Verlags geblieben: das 2007 gegründete Facts 2.0. Als der Verlag das Printmagazin Facts einstellte, übernahm ein kleines Projektteam dessen Domain facts.ch, um einen Community-gesteuerten Newsaggregationsdienst aufzubauen. Hier stellt eine kleine Redaktion die aus ihrer Sicht lesenswertesten Nachrichten samt Teaser zusammen. Leser können außerdem die Beiträge kommentieren, bewerten und mit einer Art Lesezeichen markieren. Sie können eigene Quellen zusammenstellen und andere Leser über einen Facts-internen Messagingdienst kontaktieren – etwas, was Nachrichten.de nicht kann. Nach einem Jahr hat der Verlag das Projekt allerdings wieder an die Entwicklungsfirma zurückgegeben, die es seither betreut. Vermarktet werden allein Werbeflächen. Auch hier hätte Burda ein Konzept übernehmen und weiterentwickeln können.

■ Vergütung der Urheber fraglich

Doch die Tomorrow Focus AG hat auf eine eigene Entwicklung gesetzt, deren Alleinstellungsmerkmal wohl vor allem in ihrem Umsatzbeteiligungsmodell liegt. Es beteiligt die Publisher an den Werbeeinnahmen, deren Textauschnitte auf den Übersichtsseiten angezeigt werden. Voraussetzung ist, dass diese mit der Tomorrow Focus AG einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen haben. Das Unternehmen benachrichtigt die Betroffenen allerdings nicht, diese müssen sich von sich aus melden. 20 Prozent der Netto-Umsätze werden nach Abzug der Vermarkterprovisionen ausgezahlt. Wenn Publisher Texte mit mindestens 1.500 Zeichen zur Verfügung stellen, sollen sie 50 Prozent erhalten. Außerdem sollen in diesem Fall fünf zusätzliche Links eingebliendet werden, die auf die neuesten Beiträge des Publishers verweisen. Ausgezahlt wird erst nach einem Umsatz von über 500 Euro, um die Buchungs- und Verwaltungskosten klein zu halten. Die Vergütung der Urheber wird durch das System damit nicht geregelt – falls diese nicht mit den Publishern identisch sind, gehen sie leer aus.

Das Ausschüttungssystem wird zunächst auf Nachrichten.de getestet und soll eventuell nach dem Test auf das Anfang September gestartete Finanzportal Finanzen100 und weitere Themen-Aggregationsportale übertragen werden. Finanzen100 aggregiert seine Börsennews aus rund 12.500 News-Portalen, Unternehmensseiten, Foren, Blogs und Datenbanken. Anders als Google News zeigt Finanzen100 die News allerdings mit Werbung. Jochen Wegner, Geschäftsführer der Tomorrow Focus AG, hofft auf einen Gewinn bereits 2010. Allerdings glaubt er, dass die Publisher zunächst „höchstens ein paar hundert Euro

im Monat“ verdienen werden. Handelsblatt-Blogger Thomas Knüwer glaubt hingegen, dass „eine faktische Auszahlung wohl eher theoretischer Natur sein dürfte“, da bis zur Auszahlung „Jahre vergehen“ dürften. Der Grund ist offensichtlich: Während Google News seine Resultate auch über die Google-Suchmaschine verfügbar macht, sorgen bei Burda allein die Portale für die Seitenabrufe.

Gleichwohl kranken sowohl Google News als auch Nachrichten.de an ein und demselben Problem: Sie belohnen die Masse. Die Nachricht, die aktuell von den meisten aufgegriffen wird, gilt als die relevanteste und wird prominent platziert. Originelle Recherche, die nur von wenigen wahrgenommen wird, erhält so den Anschein von Irrelevanz. Der wesentliche Unterschied zwischen Nachrichten-Webseiten und automatisierten Aggregationsdiensten ist so groß, wie originell die News-Websites sind. Stellen sie vor allem Agenturmeldungen zusammen, ist der Unterschied klein; investieren sie vornehmlich in selbst recherchierte Beiträge, werden diese zum Alleinstellungsmerkmal. Für Lokalzeitungen beispielsweise bedeutet dies, dass ihr Mantelteil im Internet aus Sicht der Suchmaschinen anderen Mantelteilen zum Verwechseln ähnlich sieht – sucht ein Stammleser über eine Suchmaschine wie Google News eine Nachricht, wird er angesichts der Masse ähnlicher, fast gleich lautender Artikel höchstwahrscheinlich bei der Konkurrenz landen. Der Lokalteil hingegen bleibt unverwechselbar. Die eigenen Beiträge sind jedoch vergleichsweise arbeitsaufwändig und damit teuer – und können überdies bei Google News oder Nachrichten.de nie durch Masse auffallen. Ein Verlag wird mit Blick auf die Kosten immer versuchen, einen optimalen Mix von Agentur und eigenem Material zu finden. Dabei ist es letztlich das eigene Material, das ihn von seinen Mitbewerbern unterscheidet.

Das Problem wird durch den schleichenden Niedergang der Anzeigenseiten verschärft: Suchen und Finden ist im Internet inzwischen wesentlich einfacher als auf einer Zeitungsseite. Immer mehr Leser schalten daher ihre Kleinanzeigen im Internet. Von der Entwicklung profitiert unter anderem die Suchmaschine Google, die verspricht, Anzeigen kontextorientiert anzuzeigen und nur bei erfolgtem Klick abzurechnen. Diese Entwicklung ist es, die eigentlich hinter der Enteignungs-Suada von Verlagschef Hubert Burda steckt. Die Verlagsbranche folgte dem Tenor seiner Klage und forderte in der so genannten „Hamburger Erklärung“ mehr Schutz ihres geistigen Eigentums im Internet.

Google selbst hat aber inzwischen auch reagiert und ebenfalls im September einen neuen Online-Nachrichtenaggregator mit

dem Namen „Fast Flip“ gestartet, der wie Nachrichten.de die Verleger an den Werbeerlösen beteiligt. GoogleNews hatte keine Erlöse ausgeschüttet, aber auch keine Werbung geschaltet. „Fast Flip“ zeigt wie in einem Magazin die auf einer Druckseite gelayouteten Artikel an, die sich schnell durchblättern lassen. Knapp 50 US-Publikationen wie die *New York Times*, *Washington Post*, *Atlantic*, *Salon*, *ProPublica* und *Newsweek* sind mit dabei, aber auch die BBC ist mit ihrem Online-Angebot vertreten. Leser können Artikel nach Themen oder Autoren filtern und zu einem eigenen Magazin zusammenstellen, das sie auch auf ihrem Smartphone lesen können. Das Beteiligungssystem besteht darin, dass pro Beitrag ein grafisches Werbeelement eingebliendet wird. Wie die Erlöse zwischen Google und den Verlegern aufgeteilt werden, ist vertraulich. Falls das Modell sich als erfolgreich herausstellt, will Google den Dienst auch auf andere Regionen erweitern.

■ Auf die Inhalte kommt es an

Das Problem ist nur: So lange Verlage ihre Inhalte kostenfrei im Netz zur Verfügung stellen, werden netzaffine Leser einfach ihren RSS-Reader wie „Fast Flip“ konfigurieren und sich so ihr persönliches Magazin zusammenstellen. Google hat nicht von ungefähr seinen beliebten RSS-Reader gerade eben auch mit einem neuen Empfehlungsfeature ausgestattet: Leser können Nachrichten weiterempfehlen und kommentieren. Der Google-Reader empfiehlt wiederum die Lektüre der Leser-Empfehlungen, die den eigenen Empfehlungen ähnlich sind. Außerdem zeigt er zu jedem Beitrag an, welche und wie viele Leser einen Beitrag empfohlen haben. Damit macht Google zwar weniger Nachrichten.de, sondern eher Twitter Konkurrenz, über das viele Links empfohlen werden. Doch den Leserinteressen dürfte die Neuentwicklung allemal entgegen kommen.

Die Entwicklung zeigt, dass es eigentlich nicht auf den Dienst, sondern auf die Inhalte ankommt. Daher ist es nur konsequent, wenn Medienmogul Rupert Murdoch sein „Wall Street Journal“ für iPhone-Leser nur noch gegen Bezahlung anbietet. Und letztlich dürften nicht nur die Verleger, sondern auch die Urheber an den Erlösen beteiligt werden. Doch das schließen die zahlreichen Verträge, die die Verlage mit ihren Autoren in den letzten Jahren abgeschlossen haben, in der Regel ausdrücklich aus. Die Autoren sollen wohl darauf hoffen, dass die Verlage als ihre derzeitigen Mittelsmänner in der medialen Wertschöpfungskette rechtzeitig neue Erlösquellen erschließen, bevor sie sich selbst in zahlreichen medienfernen Nebenjobs diversifizieren müssen. *Christiane Schulzki-Haddouti* ■

Zusammen und jeder auf seine Art

Funktionierende Partnerschaften – Journalistenbüros in Deutschland

Eine aktuelle Online-Befragung unter Journalistenbüros in Deutschland zeigt: Wenn sich freie Journalisten in einem Büro zusammenschließen, dann kann diese Kooperation die verschiedensten Formen annehmen. Die Möglichkeiten dafür sind in den letzten Jahren enorm gestiegen, der Erfolg jedoch nicht immer garantiert. Auch wenn sich in Krisenzeiten das Umfeld der Auftraggeber verändert, eine funktionierende Partnerschaft bringt das so schnell nicht auseinander. Das bestätigt eine Studie der Autorin Maxie Thielemann aus Leipzig.

Die Zahl der Journalistenbüros in Deutschland ist ungezählt, eine Definition schwer möglich, die Forschungen zum Thema gehen gegen Null. Mitte der 1980er Jahre noch als neues „Phänomen“ beschrieben, finden sich heute nach kurzer Internetrecherche allein über 100 Websites von Redaktions-, Medien- und Journalistenbüros. In einer 2009 veröffentlichten Studie über freie Journalisten gaben 19 Prozent der Befragten an, in einem Journalistenbüro oder in einer Redaktionsgemeinschaft zu arbeiten. Sie finden unter dem Deckmantel einer Arbeitsgemeinschaft berufliche und persönliche Vorteile, wie psychischen Rückhalt, Arbeitsteilung oder auch Motivation und Inspiration. Die Masterarbeit an der Universität Leipzig hat sich nun mit der Organisation und Ökonomie von Journalistenbüros auseinandergesetzt, auch in Bezug auf die aktuellen Veränderungen in der Medienwirtschaft. Die Ergebnisse der Online-Befragung unter 63 Büros zeigen, das typische Journalistenbüro gibt es nicht.

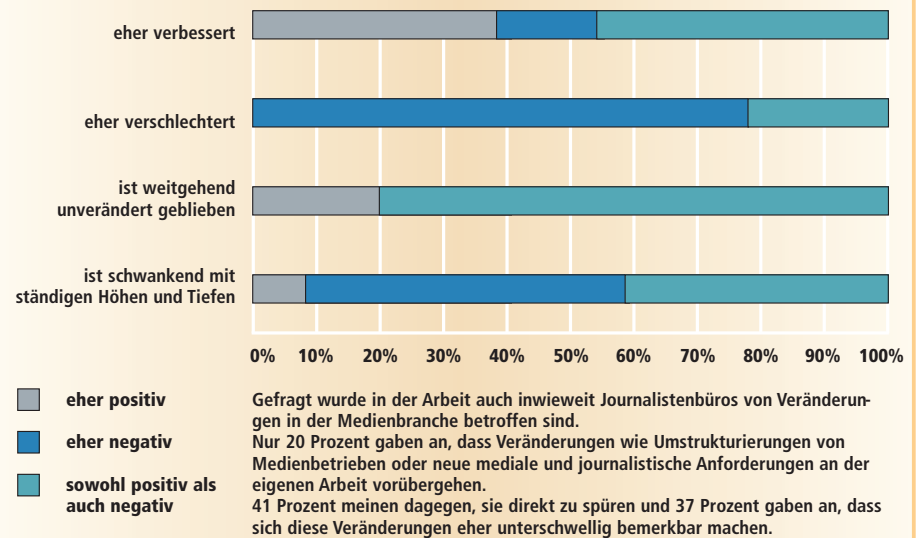
Journalistenbüros sind breit im gesamten Bundesgebiet verstreut, siedeln sich aber vor allem dort an, wo das Mediengeschäft brummt: in Nordrhein-Westfalen, in Hamburg und Berlin. Doch kaum eines ähnelt dem anderen. Da finden sich in manchen Bürogemeinschaften gerade mal zwei Kollegen zusammen, in anderen arbeiten bis zu 30 feste und freie Mitarbeiter. Die werden manchmal von einem Büroleiter zusammengehalten, manchmal verteilt sich die Verantwortung auf mehreren Schultern oder alle Mitarbeiter sind gleichberechtigt. Was alle miteinander verbindet: im Journalistenbüro sammeln

sich Freiberufler, die ihre Vorstellung von einem perfekten Arbeitsplatz zwischen fester Redaktion und freiem Einzelgängerum verwirklichen wollen. Und scheinbar arbeiten die Kooperationen genau dann am besten, wenn jeder seine Fähigkeiten voll einsetzen kann und sich diese innerhalb der Gruppe ergänzen. Betrachtet man Journalistenbüros anhand von organisatorischen und ökonomischen Merkmalen, dann lassen sich in einem groben Raster sechs Typen voneinander unterscheiden.

Journalistenbüros des Typs „Redaktion“ ähneln am ehesten einer typischen Zeitungsredaktion. Als zentrale Anlaufstel-

formationen und halten sich so auf dem neuesten Stand ihres Fachs. Im Grad der Spezialisierung ähneln sie den „Redaktionen“, doch sind sie weniger stark organisiert. Ein gemeinsames Büro oder regelmäßige Redaktionskonferenzen sind für die Zusammenarbeit nicht zwingend notwendig. Beim Typ „Dienstleistungszentrum“ verhält es sich genau umgekehrt. Hier möchte sich ein Journalistenbüro nach außen professionell präsentieren, wofür sich eine gemeinsame Zentrale als Anlaufstelle anbietet. Thematisch sind die Mitarbeiter eines „Dienstleistungszentrums“ möglichst breit aufgestellt. Dabei werden weder ver-

Wirtschaftliche Lage der Journalistenbüros



Grafik: Maxie Thielemann

le dient das gemeinsame Büro, wo die Mitarbeiter an ihren Schreibtischen sitzen und sich regelmäßig zu Redaktionssitzungen treffen. Meistens bedienen diese Büros nur eine bestimmte Medienbranche, konzentrieren sich auf wenige Themengebiete oder spezialisieren sich auf eine bestimmte Region. Auch die Journalistenbüros des Typs „Expertenrunde“ zeichnen sich durch ihren besonderen Themenfokus aus. Ob nun Wirtschaftsberichterstattung, Sportjournalismus oder Reisereportagen, diese Journalistenbüros sind Experten auf ihrem Gebiet. Die Mitarbeiter bündeln in-

schiedene Medien noch Themengebiete gescheut und darüber hinaus auch Dienstleistungen in den Bereichen Webdesign, Übersetzungen oder PR angeboten. „Wir suchen individuell nach anderen Einnahmeföglichkeiten (z.B. als Unternehmensberater)“, schreibt ein Mitarbeiter eines Journalistenbüros aus Nordrhein-Westfalen. Ähnlich wie der Typ „Dienstleistungszentrum“ arbeiten die Journalistenbüros des Typs „Allrounder“. Für jeden potentiellen Kunden aus jeder Medienbranche haben die „Allrounder“ etwas parat: sei es ein Auslandsbericht, eine komplett gestaltete

Zeitungsseite oder Werbetexte. Ein Hamburger Journalistenbüro umschreibt das so: „Die Bündelung verschiedener Fähigkeiten erweitert schlagartig das mögliche Aufgabengebiet“. Dann können auch schon mal bis zu 150 Kunden bedient werden. Insgesamt bieten sich für diesen Typ weniger feste Kooperationsformen an, deren Offenheit es ermöglicht, die „Fühler in alle Richtungen auszustrecken“.

Auch die Journalistenbüros des Typs „Marke“ legen weniger Wert auf feste Verbindungen, gemeinsame Räumlichkeiten oder regelmäßigen Austausch, als vielmehr auf die Wirkung einer Marke, „die einzig zum Ziel hat, gemeinsame Akquise und Außen darstellung zu realisieren“, wie der Mitarbeiter eines nordrhein-westfälischen Journalistenbüros erklärt. Unter diesem Dach profitieren die einzelnen Kollegen von den gemeinsamen Kontakten, arbeiten sonst jedoch am ehesten in losen Netzwerken, sprechen sich über große Entfernungen per E-Mail, Messenger, Chat oder Videokonferenz ab. Ihr Themenspektrum ist schon durch die geogra-

fische Verteilung eher breit aufgestellt. „Die klassische Bürogemeinschaft“ ist schließlich der Typ, der sich am schwersten von den anderen abgrenzen lässt, da er von allen etwas in sich vereint. Hier treffen sich die Mitarbeiter häufig im gemeinsamen Büro, sind aber nicht so straff organisiert wie die „Redaktionen“. Thematisch haben sie sich auf bestimmte Themengebiete und Medien spezialisiert, bieten aber längst nicht so ein breites Spektrum wie die „Allrounder“. Jeder Mitarbeiter kann sich mit seinen thematischen und medialen Vorlieben einbringen. Damit sind diese Journalistenbüros in ihrer Struktur besonders flexibel.

Der Medienmarkt verändert sich. Festangestellte klagen über Outsourcing, Leiharbeit, Tarifumgehungen, freie Journalisten dagegen über Knebelverträge, Bürgerjournalismus und schlechte Zahlungsmoral. Auch in den meisten Journalistenbüros sind die Entwicklungen in der Medienbranche direkt oder unterschwellig zu spüren, doch nicht nur negativ. Denn wenn Verlage oder Rundfunkanstalten ihre Ar-

beit mehr und mehr auslagern, haben Journalistenbüros plötzlich wieder mehr zu tun. Manche nutzen die gute Auftragslage und erweitern ihren Kundenkreis, „sofern sie sich an die raschen Veränderungen in der Medienszene anpassen können“, wie ein Mitarbeiter eines Leipziger Journalistenbüros klarstellt. Andere Bürogemeinschaften haben mit weniger Aufträgen, gekürzten Honoraren oder neuen medialen Anforderungen zu kämpfen. Sie kämpfen, indem sie mehr arbeiten und sich insgesamt breiter aufstellen, die finanziellen Abhängigkeiten auf mehr Kunden verteilen. Mitarbeiter entlassen und neue einstellen, das wagen die wenigsten. Und das macht Journalistenbüros eben zu dem, was viele so schätzen: zu einem sozialen Verbund. Das Team steht an erster Stelle und wird als letztes aufgegeben, auch in Krisenzeiten. Die meisten Journalistenbüros sehen ihre Zukunft deshalb optimistisch und bleiben ansonsten, wie eine Bremer Kollegin, pragmatisch: „Ja, das Leben geht weiter, wir müssen Geld verdienen, Journalismus ist ein toller Beruf.“ ■

Abbildung und im Internet zu bestellen bei: www.buchhandel.de



► Buchrezension: Die Falschmünzerrepublik

Von Politblendern und Medienstrichern

Manches gute Buch, das man am liebsten selbst geschrieben hätte, erscheint auf keiner Bestsellerliste, damit auch nicht auf dem vordersten Ladentisch oder gleich neben der Kasse. Womit wir schon beim Thema wären, nämlich bei der Rundum-Manipulation des homo sapiens teutonicus, soweit dieser als Wahlvieh, Soldat oder Verbraucher noch von Interesse ist. Und darum geht es in Volker Bräutigams „Die Falschmünzer-Republik. Von Politblendern und Medienstrichern“. Ich empfehle es allen, die sich fragen, warum sie sich

mehr und mehr vom Fernsehen, von

Volker Bräutigam lässt seinen Laubenpieper saftiges Deutsch sprechen: „Hilfe gegen die Vogelgrippe: Erst sommers wieder im Freien vogeln.“ Dreiunddreißig scharf gewürzte Kapitel, darunter „Tierlieb – werde Metzger“, „Fuck the Poor“, „Giftspinnen im Äther“ oder „Bilderle gucken, Bilderle fälschen“.

Bitterer wird es, wenn der ehemalige Redakteur und Personalrat des Norddeutschen Rundfunks in seinen Erinnerungen kramt und schildert, wie verantwortungsvolle journalistische Arbeit und der Informationsauftrag öffentlich-rechtlicher Medien zu methodischer Desinformation verkommen. Erst recht, wenn er bewusst zurückgehaltene Informationen nachreicht, zum Beispiel wie staatliche Forschungseinrichtungen mit der Rüstungsindustrie bei der Entwicklung grausamster „nicht-tödlicher Waffen“ (Non Lethal Weapons) zusammenarbeiten – Waffen zur „Kontrolle“ der Zivilbevölkerung, an deren Langmut die Regierungsbänkler rechtens zweifeln. Gegenpart des pointiert argumentierenden Kompostspezialisten ist seine Zwillingsschwester, die pffiffig Contra gibt, ihren hochweisen Dalai Lama verteidigt und erst stoppt, wenn der Bruder sie sanft sokratisch zu wichtigeren Fragen hinhugsiert: Was suchen deutsche Soldaten in Afghanistan? Warum kommt der Dalai Lama so häufig nach Deutschland? Warum verfälschen öffentlich-rechtliche Medien Fakten über China? Und – nach BSE, SARS, Vogel- und nunmehr Schweinegrippe – wen wird die deutsche Journaille wohl als nächsten durchs Dorf jagen? In wessen Auftrag und Interesse?

Bräutigam liefert kritische Analyse und den Nachweis, dass die Massenmedien unisono mit Falschinformation bestehende gesellschaftliche Missverhältnisse fördern. Falschmünzer im Sold jener Eliten, die unbegrenzt Reichtümer aufhäufen und ohne jede demokratische Legitimation unbeschränkte Macht ausüben.

www.scheunenverlag.de/books/3-938398-90-6 Wolf Gauer ■

Volker Bräutigam:
„Die Falschmünzer-Republik“

Kückenshagen 2009,
Scheunen-Verlag,
308 Seiten,

Karikaturen von
Klaus Stuttmann

ISBN
978-3-938398-90-6
12,00 €

den Illners, Kerners und Wills abwenden und wieder zu einem Buch greifen. Und sich dabei auch unterhalten wollen, diesmal sogar unter Tränen: des Zorns und der Komik.

Man hätte sie gern selbst verfasst, diese Abrechnung, wenn man den Mumm und die Erfahrungen hätte, die der alte Laubenpieper mitbringt. In der Rolle eines schreibergärtnernden Pensionärs nämlich plaudert da einer aus der Schule: aus 45 Jahren Medien-erfahrung als Macher bei Druckmedien, bei der „Tagesschau“ oder als Dozent in Ostasien. Er hat erlebt, wie sehr sich China von den Zerbildern unterscheidet, die uns täglich von Leuten aufgetischt werden, die schon vom krummen Weg Europas nichts verstehen noch verstehen wollen und uns beispielsweise – Freud freut sich – die Ideale der Französischen Revolution als Egalité, Légalité (sic) und Fraternité verkaufen (Caren Miosga, „Tagesthemen“).

Fair Radio

Wer das Radio einschaltet, glaubt Authentisches zu hören. Mitunter klafft jedoch eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Oft wird etwas vorgegaukelt!

Die Fair Radio Initiative sammelt Beispiele, über die M in dieser Rubrik berichtet.

Fair Radio hat eine Beschwerde gegen „Hit Antenne Niedersachsen“ bei der zuständigen Landesmedienanstalt eingereicht. Die Ent-rüstung der Fair Radio-Mitglieder war eindeutig: So etwas darf man nicht machen, weil so das Radio und wir Radiomacher unglaublich werden, der Hörer belogen und betrogen wird. Was ist geschehen?

Insgesamt 27 Privatradios sowie die Lokalra-dios in NRW beteiligten sich an der Aktion „Merkel gegen Steinmeier – das große Finale im Radio“. Am Sonntag eine Woche vor der Wahl wollten die Radiosender die zwei Kontra-henten präsentieren. Dafür führte Marc Weiß, im Hauptberuf Nachrichtenchef von „Radio NRW“, zwei Tage zuvor im Auftrag der beteilig-ten Stationen in Berlin 30-minütige Interviews mit Merkel und Steinmeier und zeichnete diese auf. Und alle senden dann auch dieses so produzierte Finale in der radioüblichen Form. Nur einer tanzt aus der Reihe: „Hit Radio Antenne Niedersachsen“ beschneidet die Interviews und sendet diese als Eigenproduktion. Der Pri-atsender tut so, als sei das Ganze allein „auf seinem eigenen Mist“ gewachsen. Kein Witz, der uns vorliegende Mitschnitt belegt, dass Nachrichtenchef Georg Poetzsch auftritt und die Interviews als „Hit Radio Antenne Nieder-sachsen“ und „exklusiv“ auf dem Sender ver-kaufte. Poetzsch stellte die Fragen, nicht Weiß. Ich frage mich wirklich, wie arrogant und gut-gläubig muss man eigentlich sein, um einen solchen Fake abzuliefern, der von so vielen un-mittelbar bemerkt werden kann.

„Mit der gemeinsamen Aktion ‚Merkel gegen Steinmeier – das große Finale im Radio‘ woll-ten deutsche Privatradios ihr Informationsima-ge aufpolieren“, ist auf der Website blogme-dien zu lesen. „Schlimm an der Sache ist, dass Hit-Radio Antenne Niedersachsen mit diesen Mauseheien nicht nur die befragten Kanzlerkandidaten und die eigenen Zuhörer hinters Licht führte. Schlimm ist vor allem, dass so genannte Fake-Interviews inzwischen übli-che Praxis bei vielen Stationen sind und sich Hörer nur ganz selten darüber beschwerten.“ Das sei ein Indiz dafür, dass viele Radiosender von ihren Hörern einfach nicht mehr ernst ge-nommen werden“, meinen die Blogschreiber. Georg Poetzsch wurde über die eigene Website von „Hit Radio Antenne Niedersachsen“ auf-gefordert, zu den Vorwürfen Stellung zu neh-men und sich auf der www.fair-radio.net Homepage zu äußern. Bislang gibt es keine Reaktion. *Seiwert-Fauti* ■

Höhere Gehälter bei Deutscher Welle

Erfolgreicher Tarifabschluss für Feste und Freie

Bei der Deutschen Welle in Bonn kam es am 17. September zu einem erfolgreichen Tarifabschluss. Danach erhalten alle fest Angestellten ab 1. Dezember 2009 eine tabellenwirksame Sockelanhebung ihrer Gehälter von 50,00 Euro. Darauf aufge-setzt werden die Vergütungen linear um weitere 2,1% erhöht. Ab dem 1. Februar 2011 werden die Vergütungen linear um weitere 2,2% erhöht. Mit dem Oktober-gehalt 2009 erhalten die Beschäftigten eine Einmalzahlung in Höhe von 350 Euro. Der Familienzuschlag wird zum je-weiligen Zeitpunkt ebenfalls um die line-aren Prozentsteigerungen erhöht.

Die Ausbildungs- und die Volontärsver-gütungen steigen ab dem 2. Ausbildungsjahr bzw. dem 2. Halbjahr für Volontäre zum jeweiligen Zeitpunkt ebenfalls um die ent-sprechenden Prozenterhöhungen. Die Ver-sorgungsempfänger/Rentner erhalten ab

1. Dezember 2009 eine Erhöhung von 2,6% sowie eine weitere Erhöhung ab 1. Februar von 2,2%.

Das Mindesthonorar für Freie erhöht sich ab 1. Dezember 2009 um 3,2% sowie ab 1. Dezember 2010 um weitere 2,2%. Darüber hinaus wurde vereinbart, dass alle unter den Tarifvertrag fallenden Freien eine Einmalzahlung in Höhe von 1,5 Pro-zent auf Grundlage des Jahreshonorars 2008, maximal 380 Euro, erhalten. Die Einmalzahlung erhalten die Freien, die im Jahr 2008 an mindestens 72 und im Jahr 2009 (bis einschließlich 30.09.) an mindes-tens 42 Tagen (innerhalb eines Zeitraums von 6 Monaten) für die Deutsche Welle tä-tig waren. Diese Einmalzahlung soll noch in diesem Jahr ausbezahlt werden. In der Bewertung wurde damit ein Tarifabschluss erzielt, der auf dem Niveau des ZDF-Ab-schlusses liegt. ■

NDR: Solidarität mit Reinigungskräften

Am 2. Oktober fanden in den NDR-Betriebsteilen Hamburg (Rothenbaum und Lokstedt) Warnstreiks der Reinigungskräfte statt. Aufgerufen hatte die IG Bau-ent-Agrar-Umwelt. Sie hatte den laufenden Ta-rifvertrag gekündigt und fordert 8,7 Pro-zent mehr Lohn in der gesamten Branche.

Für gerade einmal 8,15 Euro pro Stun-de machen die Kolleginnen und Kollegen im NDR Büros, Werkstätten und Studios sauber, reinigen Toiletten, Flure und Tre-pen – meist in der Nacht und in den ganz frühen Morgenstunden, vor dem regulä-ren Dienstbeginn der NDR-Belegschaft – bei gleichzeitig ständig zunehmender Ar-beitshetze. Heute muss in 3,5 Stunden ge-schaffen werden, wozu früher 4 Stunden Zeit war und das mit immer weniger Leuten. Sie erhalten dafür von den für den NDR arbeitenden Fremdfirmen einen Lohn, der zum Leben mehr schlecht als recht reicht.

Die Arbeitgeber drohen nun im Gegenzug damit, den gekündigten Tarifver-trag dazu zu nutzen, die Löhne um 30%

auf 5,71 Euro pro Stunde abzusenken. Gleichzeitig schüren sie die Angst, der NDR könne angesichts von Lohnerhöhun-gen die Verträge mit den jetzigen Reini-gungsfirmen kündigen und billigere An-bieter beschäftigen.

Gegen diese Erpressungsversuche set-zen sich die Reinigungsdienste gemeinsam mit der IG BAU zur Wehr. ver.di im NDR unterstützt die Aktionen der Kolleginnen und Kollegen. ver.di fordert den NDR auf, „diese miesen Beschäftigungsverhältnisse endlich zu beenden und den Reini-gungskräften wieder sichere, anständig bezahlte Arbeitsplätze im NDR zu schaffen.“ Das gleiche gelte für die Wachdienste, die von ihren Firmen mit 6,85 Euro Stundenlohn abgespeist werden.

„Der NDR muss endlich aufhören, in seinen Programmen solche miesen prekären Beschäftigungsverhältnisse als moder-ne Form der Sklaverei zu brandmarken und sie gleichzeitig selbst zu praktizieren“, heißt es in einem ver.di-Flugblatt. *Red* ■

Warnstreik im RBB

Gehälter und Honorare sollen ARD-Niveau erreichen

„Diese Kröte schlucken wir nicht.“ Mit der kämpferischen Ansage reagieren die Beschäftigten auf das Angebot der RBB-Geschäftsleitung für die zukünftig im Sender zu zahlenden Gehälter und Honorare bei dem Verschlechterungen im Manteltarif gegengerechnet werden sollen. Mit einem dreistündigen Warnstreik vor dem Berliner Fernsehzentrum verliehen sie am 1. Oktober ihren Forderungen Nachdruck.

Nachdem die Gewerkschaften nach der ersten Verhandlungsrunde am 20. August noch verhalten positiv gestimmt waren, erklärten ver.di und DJV die zweite Runde am 18. September für gescheitert und verließen den Verhandlungstisch. Wie es hieß, habe die RBB-Geschäftsleitung dort erneut ein verbessertes Angebot für Gehaltserhöhungen davon abhängig gemacht, dass die Gewerkschaften gleichzeitig über Verschlechterungen im Manteltarifvertrag verhandeln. ver.di und DJV lehnen dies ab. Die angestellten und freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Senders seien in den vergangenen Jahren weit hinter das Einkommensniveau der anderen ARD-Sender zurückgefallen.

Da mit Auslaufen des Tarifvertrags am 30. September die Friedenspflicht endete, konnten die Gewerkschaften für den 1. Oktober zu einem Warnstreik aufrufen. Rund 500 feste und freie Mitarbeiter aus allen Standorten nahmen daran teil, solidarisch unterstützt von einigen Kolleginnen und Kollegen vom NDR und MDR. Unter dem Motto „Genug gespart am Programm und denen, die es machen“ protestierten sie gemeinsam gegen das bisherige Angebot der Geschäftsleitung, das für die Festen eine Gehaltserhöhung von 2 x 2,2 Prozent vorsieht und die Zahlung eines geforderten Sockelbetrags ablehnt. Den Honorarerhöhungen für die freien Mitarbeiter lägen veraltete Tarife zugrunde, nicht die tatsächlich gezahlten, so die Gewerkschaften. Real erhöhe sich damit das Einkommen der Freien um keinen Cent, so die Freienvertretung rbbpro.

■ Sendebetrieb eingestellt

Der Streik führte dazu, dass Inforadio seinen Sendebetrieb einstellen musste, stattdessen wurde auf Programme des MDR zurückgegriffen. Auf der moderierten Kundgebung gaben Vertreter von ver.di und DJV Statements ab, mit Live-Musik und kabarettistischer Einlage wurde

für Unterhaltung gesorgt. Viele Streikende trugen den rot umrandeten Button mit der durchgestrichenen Kröte. Auf Transparenten mit Sprüchen wie „Kappungsgrenze weg!“, „Auch beim RBB: Honorare auf ARD-Niveau“ oder „Zahlen! Nicht klagen, HAGEN“ drückten sie ihre Stimmung aus. Der angesprochene RBB-Verwaltungsdirektor Hagen Brandstätter bezeichnete in seiner Erklärung die Ansprüche der Gewerkschaften als realitätsfern. Er forderte sie auf, keine Tarifschlachten wie vor Jahrzehnten zu schlagen. Das Gebot der Sparsamkeit für ARD und ZDF angesichts geringer werdender Gebührengelder gelte für den RBB erst recht.

Allerdings will der RBB offenbar vor allem beim „Fußvolk“ sparen. Susanne Stumpfenhusen, Vorsitzende des ver.di-Landesbezirks Berlin-Brandenburg, wies in ihrer Rede darauf hin, dass die Zahl der außertariflichen Verträge inzwischen höher sei, als sie es bei ORB und SFB gemeinsam jemals war. Stellen sollten ausschließlich bei den „Indianern“ abgebaut werden, von 55 gestrichenen Arbeitsplätzen sei lediglich eine Führungskraft betroffen. Hingegen seien Auslagerungen von Produktionen, Redaktionen und Betriebsteilen an der Tagesordnung. „Zukunftsfeste Programme brauchen engagierte, motivierte Beschäftigte. Und die verdienen eine angemessene Bezahlung!“, unterstrich die ver.di-Landesvorsitzende.

Für den 9. Oktober haben Geschäftsleitung und Gewerkschaften einen weiteren Verhandlungstermin vereinbart. Sollte sich die Geschäftsführung nicht bewegen, wird es weitere Streikaktionen geben, hieß es bei ver.di. ucb ■



Verhandlungen für Freie beim MDR stocken

Die Verhandlungen von ver.di und DJV mit der Geschäftsleitung des MDR über die Absicherung der arbeitnehmerähnlichen freien Mitarbeiter/-innen im Krankheitsfall sind am 18. September ins Stocken geraten. Der Unterschied in den Positionen der MDR-Geschäftsleitung und der Gewerkschaften ist zu erheblich. Deshalb wurde Anfang Oktober in mehreren Informationsveranstaltungen die weitere Vorgehensweise in den Verhandlungen mit den Mitarbeitern in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Halle diskutiert. Die Gewerkschaften fordern unter anderem – eine Verlängerung des Übergangstarifvertrages bis ein Verhandlungsergebnis vorliegt, längstens bis zum Jahresende. Der MDR hat einer Verlängerung lediglich bis 31. Oktober zugestimmt. – Die Ausgestaltung der Konditionen für den Krankheitsfall, die einer Entgeltfortzahlung gleichkommt. Das heißt, der MDR zahlt ein Krankengeld vom 1. bis 42. Krankheitstag und das bei jeder neuen Krankheit. – Eine Stichtagsregelung für die Feststellung der Arbeitnehmerähnlichkeit, was den Prüfaufwand beim MDR bei Beantragung von sozialen Leistungen aus dem Tarifvertrag reduzieren würde. Die Verhandlungen sollen am 16. Oktober fortgesetzt werden. ■

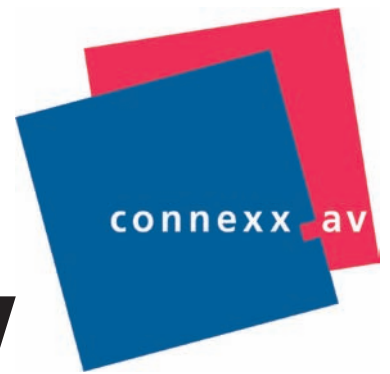
Altersteilzeit verlängert

Die Gewerkschaften ver.di, sjv und vrff und die Geschäftsleitung des Saarländischen Rundfunks haben sich am 6. Oktober in Saarbrücken auf eine neue Altersteilzeitregelung geeinigt. Danach muss die Altersteilzeit wie bisher im Blockmodell genommen werden. Der Tarifvertrag gilt nur für die Kolleginnen und Kollegen, die vor dem 1. Januar 2010 mit der aktiven Altersteilzeit beginnen und das 55. Lebensjahr vollendet haben, d.h. für die Jahrgänge bis einschließlich 1954.

Kollegen in Altersteilzeit erhalten in der aktiven Phase 90 Prozent ihres letzten Nettolohns, in der passiven Phase 80 Prozent. Der Beitrag zur Rentenversicherung wird vom Arbeitgeber während der kompletten Altersteilzeit auf 90 Prozent der bisherigen Höhe aufgestockt.

Kollegen, die in Altersteilzeit gehen wollen, müssen ihr Interesse bis zum 31. Oktober 2009 anmelden. Verhandlungen über eine Altersteilzeitregelung für jüngere Jahrgänge im SR werden im November aufgenommen. ■

Streetworker auf dem Datenhighway



ver.di-Innovationsprojekt connex.av wird zehn Jahre alt

Geplant waren drei, dann sechs Jahre. Inzwischen fungiert connex.av seit einem Jahrzehnt als Modell für moderne Gewerkschaftsarbeit, gilt gar als eines der größten Innovationsvorhaben deutscher Gewerkschaftsgeschichte. Unkonventionell, kreativ, nicht selten kritisch beäugt, infiltriert das ver.di Projekt Branchen, die gewerkschaftlichem Einfluss eher abhold sind: privater Rundfunk, audio-visuelle Medien, Film- und Fernsehproduktionen und Internetwirtschaft.

„Ist ja toll, Ihr kommt extra wegen uns?!“ Etwas ungläubig gehen Filmbeschäftigte auf den ver.di Karren zu, an dem Säfte und Infos angeboten werden. Mehrere Septembertage lang zogen „connexianer“ ihren selbstgebauten Wagen von einem Berliner Filmset zum anderen, darunter eine Ziegler-Produktion, Drehs für „Ein starkes Team“ und einen Spielfilm. „Wir waren leicht nervös, denn unsere Aktion an solch sensiblen Orten war ein Experiment“, bekennt Kathleen Eggerling von connex.av Berlin. „Drehorte haben wir undercover erkundet. Nur in den Pausen konnten wir mit den Filmleuten reden. Sie sind während der Drehs sehr angespannt, haben oft einen völlig verschobenen Tagesablauf, essen auch mal um 22 Uhr zu Mittag. Sie identifizieren sich in hohem Maße mit ihrer Produktion, ihrem Unternehmen, akzeptieren nicht selten klaglos eine 72 Stunden Woche und stehen zudem unter großem Konkurrenzdruck.“

Mit dem connex-Wagen am Set für den Film „Alles für Lila“ von Regisseur Marc Rothemund in Berlin-Mitte

Einige schüttelten dann auch den Kopf: Was brauchen wir ver.di? Viele aber zeigten sich interessiert und überraschend kundig, findet connex.av-Projektleiter Wille Bartz. Sie ließen sich für den ver.di Newsletter eintragen, wussten von der „5 statt 12“-Aktion zu Anrechnungsmonaten fürs Arbeitslosengeld, hatten zahlreiche sozialrechtliche Fragen. Auch am Kanzleramt und am Brandenburger Tor war das so. Dort suchten die connex-Leute den Kontakt mit dem Personal für die Fernsehübertragungen zur Bundestagswahl.

■ Ohne Arbeitskämpfparolen mit umwerfendem Charme

Wenn es auch nicht zu Masseneintritten in die Gewerkschaft kam: „Letztlich war das Pilotprojekt Filmset – unser Einstieg in eine suggerierte Glitzerwelt, in der Gewerkschaft üblicherweise ein Unwort ist – ein Riesenerfolg“, wertet Bartz. „Wir werden an anderen Filmstandorten weitermachen.“ Unkonventionelles Vorgehen in

einer traditionell auf Arbeitskampf ausgerichteten Organisation zeichnet das Innovationsprojekt aus. „Arbeitskampffarolen greifen in einem gewerkschaftsfeindlichen Umfeld nicht“, schätzt connex.av Mitbegründer Peter Völker ein. „Und Polarisieren ist der falsche Weg“, meint Wille Bartz.

Völker, einst IG Medien Bundesgeschäftsführer für Rundfunk und Film, dazu Manfred Moos vom Hauptvorstand, Gerd Nies, stellv. Vorsitzender der IG Medien und bis 2003 auch von ver.di, sowie Eberhard Kügler-Schmidt von der DAG hatten die Idee. Sie nannten das Kind connex.av – „übrigens ein reiner Fantasiebegriff, der Kommunikation und Modernität suggerieren sollte.“ Kügler-Schmidt, so ist in der Broschüre zum 5. connex-Geburtstag zu lesen, „musste den kompletten DAG Vorstand davon überzeugen, noch vor ver.di Gründung Geld für ein Projekt locker zu machen, das organisatorisch weitgehend an die IG Medien angebunden war. Sein Charme muss umwerfend gewesen sein.“

Bis dahin hatten IG Medien und DAG nahezu erfolglos versucht, Mitglieder bei privaten Rundfunksendern zu werben, Betriebsräte zu gründen oder wenigstens Ansprechpartner zu gewinnen. Losgelöst von regionalen und branchenbezogenen Strukturen, ungeachtet alter Ressentiments beider Gewerkschaften etablierten die Gründer 1999 das Projekt an Standorten in Hamburg, München, Köln und Berlin. Frankfurt am Main kam später hinzu.

Wille Bartz löste sich aus einem beruflichen „Patchwork-Lebenslauf“, der ihn vom Germanistik- und Geschichtsstudium über das Zwischenspiel bei einer Punkband zur Rundfunkproduktion und dort zur Betriebsratsarbeit führte. Er übernahm die Leitung von connex.av.

„Es lief nicht gleich ohne Schwierigkeiten als gemeinsames Projekt“, erinnert sich Gerd Nies. „Ein gewisser Widerstand in den Organisationen hemmte auch. Vor allem im Raum Köln wurde das Innovationsvorhaben nicht richtig unterstützt.“ Dennoch, so sieht er es heute: „Es war insgesamt der richtige Schritt für ver.di.“

Was der Organisation noch bevorstand, testete connex.av bereits aus. Neue Wege mussten gefunden, Beschäftig-



Fotos: Jörg Keunecke-Lotte

te aus weitgehend gewerkschaftsfremden Branchen in der ihnen vertrauten Sprache angesprochen werden. connexx.av hat experimentiert, Diskrepanzen abgebaut und diese Erfahrungen in die Fusion zur Großgewerkschaft eingebracht.

Völker plaudert aus dem Nähkästchen: Wie durch einen logistischen Trick 1.500 E-Mail-Adressen von Pixel-Park Beschäftigten europaweit mit einem „Letter of Trade Union“ beschickt wurden, auf den mehr als 500 Rückmeldungen kamen – überwiegend zustimmende, mit Fragen, Problemen, Vorschlägen. Auf dieser kommunikativen Basis aufbauend, konnte 2001 mitten in der platzenden New Economy Blase der erste Betriebsrat in einem Internetunternehmen gegründet werden – zugleich der vielbeachtete Durchbruch von connexx.av. Medien entdeckten die Gewerkschaft neu, versahen die connexx-Leute mit Etiketten wie „Streetworker auf dem Datenhighway“ oder „dynamische Manager, statt Gewerkschaftsfunktionäre alter Schule“, das Projekt selbst mit dem eines „Arbeitnehmer-ADAC“.

Große Durchbrüche, kleine Schritte und auch Niederlagen, all das gehört zur connexx-Geschichte. Den misslungenen Versuch, bei e-bay 2005 einen Tarifvertrag durchzusetzen, bucht Bartz in die Negativspalte. „Für unser übliches Vorgehen, eine Kerngruppe im Unternehmen zu bilden, Vertrauensleute hinzu zu ziehen und ein Klima für gewerkschaftliche Organisation zu schaffen, haben wir uns nicht genug Zeit gelassen. Wir haben die Leute bei e-bay zu sehr unter Druck gesetzt, einen Betriebsrat zu gründen und einen Tarifvertrag durchzusetzen. Das ging schief.“ Die Lehre daraus hat Bartz verinnerlicht: „viel mehr auf die Resonanz im Unternehmen zu achten, sehr genau hinzuhören und hinzusehen.“

■ Spuren legen

„Ja, wir wollten Spuren legen“, sagt Angela Kluncker, erfahrene Ex-Betriebsrätin und ehrenamtliche Seminar-Teamerin, fast von Anbeginn Projektassistentin bei connexx.av. „Das ist größtenteils auch gelungen.“ Vernetztes Team, vernetztes Arbeiten, vernetzte Technik, ein durchgestylter Auftritt – vor zehn Jahren keine Selbstverständlichkeit. Weder Technik noch Organisationsformen von DAG und IG Medien passten ursprünglich zusammen. Es gab keinen gemeinsamen Datenzugriff, keine gemeinsamen Adressbücher, keine für alle connexxianer zugänglichen Terminplaner, die Software war komplett



Wille Bartz (Leiter connexx, re.) und Jörg Reichel (connexx München)

inkompatibel. Dennoch sollten die Mitglieder bei einem Anruf in Hamburg nicht davon irritiert sein, dass man sie vielleicht vom Münchner Büro aus beriet. Die schnelle und unbürokratische Beantwortung von Anfragen und Wünschen und das flexible Herangehen wurden in späteren Umfragen ausdrücklich gelobt.

Damit alle mit Gemeinschaftsgeist und auf gleichem Wissensstand arbeiten können, werden regelmäßige Teamtreffen und zweimal jährlich eine Klausur veranstaltet. „Kastendenken wurde von Anfang an ausgeschlossen“, erinnert sich Angela Kluncker. „Manchmal fühlen sich Verwaltungsangestellte wie ich abgetrennt von Entscheidungsprozessen. Bei connexx.av war das von Anfang an anders. Ich bin immer dabei, kann meine Erfahrung und Meinung einbringen.“

■ Stammtische und Medienbrunch

Nur bezugsgruppenspezifische, auf lokale Bedürfnisse zugeschnittene Konzeptionen sind erfolgreich, konstatierte Ralf Steinle bereits 2005 zur Auswertung einer wissenschaftlichen Analyse des Innovationsprojektes durch Sozialforscherin Hanna Knorr. Dieses connexx-Prinzip zeitigte Erfolge. Stammtische wurden ins Leben gerufen, an denen sich Film- und Medienleute ungezwungen treffen. Lange Zeit war die MA-Party, die Fete am Tag nach der Media-Analyse für die Radiosender, ein Anziehungspunkt. Auch der sonntägliche Branchenbrunch an besonderen Orten mit Zeit für gemütliche, ausgiebige Gespräche kam gut an.

Nicht alles hat überlebt. Immer wieder müssen Konzepte auf ihre Tragfähigkeit hin abgeklopft und, wenn nötig, aktualisiert oder verworfen werden. So wird der Berliner Stammtisch jetzt gemeinsam mit den Journalistinnen und Kollegen der dju veranstaltet – Synergieeffekte in einer medial mehr und mehr vernetzten Welt, in der sich die Probleme ähneln: Arbeits- und Auftragssituation in freien Berufen, Absicherung während arbeitsloser Zeiten, Interessenvertretung und Einflussnahme. Auch die Seminar- und Gesprächsangebote sind offen gehalten, richten sich nach den Wünschen der Teilnehmenden. Flexibilität hat sich als das A

und O erwiesen. Dabei hat es auch das Team kräftig durchgerüttelt. Einst zählte connexx.av 16 Beschäftigte, jetzt sind es neun. Viele, die beim Innovationsprojekt gestartet sind, haben später anderswo Karriere gemacht, ausgerüstet mit den Erfahrungen einer spannenden Zeit.

Inzwischen ist connexx.av an den Standorten Hannover, Köln, Frankfurt am Main, München, Leipzig und Berlin mit den ver.di Strukturen verwoben. Das kann einerseits als Reaktion auf die Kritik aus der Analyse 2005 gewertet werden, in der das unpräzise formulierte Verhältnis zu ver.di und ein unscharfes Leistungsprofil von connexx.av bemängelt wurden. Zum anderen ist die Arbeit anders nicht zu schaffen. Denn was früher als Problem aufgerissen und weitergereicht werden konnte, wird heute vor Ort bearbeitet. „Das volle Programm“, wie Wille Bartz sagt. „Wir sind längst nicht mehr das kleine Schnellboot.“ Der Verquickung von privaten Unternehmen, öffentlich-rechtlichem Rundfunk, Film- und Fernsehproduzenten mit vielfältigen neuen Problemen muss Rechnung getragen werden. Aus dem aktuellen Aufgabenkatalog seien – willkürlich – die Unterstützung für Beschäftigte des Bayrischen Rundfunks, des MDR in Leipzig, bei Wiesbaden Enterprise oder ein Projekt beim WDR genannt. Ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen sollen künftig weitaus stärker in die Arbeit eingebunden werden.

■ Klar sind wir ver.di

connexx.av fungiert – und das verwirrt ein wenig – seit 2004 als GmbH mit eigenem Leistungsprofil und ständig aktualisierten Serviceangeboten nicht nur für Mitglieder. Dabei ist connexx.av eine 100prozentige ver.di Tochter geblieben, denn allein kann sich das Projekt trotz geänderter Rechtsform nicht tragen. „Wenn es je das Gefühl gab, wir sind was anderes, verschwindet das“, beschreibt Bartz einen gewissen Zwiespalt. „Wir haben unsere eigenen Sichtweisen entwickelt, uns aber immer auch ver.di zugehörig gefühlt. Wenn jemand fragt: Klar sind wir ver.di!“

Genau diesen Spagat zwischen Verzahnung und eigenständiger Wahrnehmung noch besser hinzukriegen, den Dialog zwischen Gewerkschaft und der Medienszene zu forcieren, ist Ziel von Wille Bartz bis 2011. Dann tagt der nächste Gewerkschaftskongress. Und der entscheidet, wie es mit connexx.av danach weitergeht.

Bettina Erdmann ■

ver.di-Preis zur 52. DOK Leipzig

Auch beim 52. Internationalen Festival für Dokumentar- und Animationsfilm DOK Leipzig (26.10. bis 1.11.2009) wird der „Preis der ver.di – Fachbereich Medien und Kunst“ an einen der zwölf Filme des deutschen Wettbewerbs in der Kategorie Dokumentarfilm vergeben. Er kann in diesem Jahr mit 2.500 Euro dotiert werden. 1.000 Euro mehr als in den Vorjahren. Damit steigt ver.di in die Riege der „Freunde der DOK“ auf und wird überall genannt. Ermöglicht wird dies durch die finanzielle Beteiligung des Bundesfilmverbandes. „Tolle Werbung für uns!“, freut sich ver.di-Juryvorsitzender Jürgen Kauz. Ver.di kann dadurch auch Infomaterialien in die rund 750 Postfächer des DOK-Organisationsbüros verteilen. Wer sich aktiv an ver.di-Werbeaktionen auf der DOK beteiligen will, kann sich melden bei:

Kathlen.Eggerling@connexx-av.de gl ■

Tarifeinigung für Filmschaffende

Zu der Einführung von Maximalarbeitszeiten und über die Tarifierhöhungen für die rund 25.000 Filmschaffenden, die auf Produktionsdauer beschäftigt werden, gibt es eine Einigung zwischen den Produzentenverbänden und ver.di. Bis Ende Oktober soll der Tarifvertragtext abschließend verhandelt und dann zur Gremienberatung vorgelegt werden. Ab Januar soll der neue Tarifvertrag in Kraft treten.

Künftig gilt dann bei Filmproduktionen eine Tageshöchst Arbeitszeit von 13 Stunden, die nur in definierten Ausnahmefällen überschritten werden kann. Außerdem werden die Zuschläge für Mehrarbeit nach der 13. Stunde auf 100 Prozent angehoben, um die ausufernden Arbeitszeiten einzudämmen. Eine verbindliche Dokumentation der Arbeitszeiten soll einer transparenten Arbeitszeitkontrolle in Filmprojekten dienen.

Ab Januar 2010 sollen die Gagen einheitlich zunächst um 1,75 Prozent und ab Januar 2011 um weitere zwei Prozent steigen. Ergänzend werden vorab einzelne Tätigkeiten im Filmteam überproportional angehoben, um deren gestiegener Bedeutung gerecht zu werden. Dieser Schritt macht im Durchschnitt 1,75 Prozent zusätzliches Volumen des Tarifabschlusses aus. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis Ende 2011.

„Die Tarifierhöhungen blieben hinter unseren Erwartungen zurück, aber bedingt durch das schwierige Marktumfeld der Sender und Filmproduktionen war der Verhandlungsspielraum an dieser Stelle stark eingeschränkt. Das Gesamtvolumen des Abschlusses bewegt sich mit 5,5 Prozent im Bereich der Tarifabschlüsse von ver.di für öffentlich rechtliche Sender“, so ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel. ■

► Filmrezension: „Die Bucht“

Delfine nahezu unbemerkt abgeschlachtet

Die japanische Küstenstadt Taiji ist ein Ort des Grauens. Jedes Jahr schlachten Fischer in einer abgelegenen Bucht auf barbarische Weise rund 23.000 Delfine ab. In der Öffentlichkeit wurde davon nichts bekannt bis sich der Aktivist Ric O'Barry aufmachte, die Sache aufzudecken. O'Barry hadert mit seiner Vergangenheit als „Flipper“-Trainer, seit ihm Anfang der 1970er Jahre bewusst wurde, wie sehr die Meeressäuger unter ihrer Gefangenschaft in den Delfinarien und bei Delfinshows leiden. Fortan rettet und befreit er die Tümmeler, und schon mehrfach wurde er im Zuge einer Kampagne verhaftet.

Sein Film „Die Bucht“ ist O'Barrys ehrgeizigstes Projekt und einer der wichtigsten Dokumentationen des Jahres, weil er endlich die Wahrheit ans Licht bringt und die Verantwortlichen von Taiji, die auf der internationalen Walfang Kommission stets das Blaue vom Himmel erzählen, als Heuchler entlarvt.

Einige Sequenzen von Killern, die ihre Opfer brutal mit Harpunen zu Tode martern, sind kaum auszuhalten. Aber dass O'Barry es gemeinsam mit Regisseur Louie Psihoyos überhaupt gelungen ist, diese Bilder einzufangen, die nun die Chance bieten, eine größere Öffentlichkeit zu mobilisieren, ist eine Sensation. Denn unter großen, unabsehbaren Gefahren, im Visier von Spionen und Polizisten, installiert ein Spezialistenteam von Tauchern und Unterwasserfilmern raffiniert getarnte Nachtsichtgeräte und Wärmekameras rund um das Blutbad. Was dann im Laufe weiterer Recherchen ans Licht kommt, möchte man kaum glauben: Angesichts der industriellen Verschmutzung der Ozeane sind Delfine eigentlich Gift. Ihr Fleisch kommt unter falschem Etikett auf den Markt, weil sie die meisten Japaner gar nicht essen wollen. Es kam bereits zu dramatischen Folgen, ohne dass die Bevölkerung jemals aufgeklärt worden wäre: In Minamata er-

krankten Menschen schwer und gebaren behinderte Kinder. In Taiji wurde gar das quecksilberverseuchte Delfinleisch als Schulspeisung verordnet!

Gleichermaßen spannend, hoch emotional und informativ ist „Die Bucht“, mehrfach mit Publikumspreisen ausgezeichnet, ein brisanter Film, der wütend und traurig stimmt. Und bewirkt hat er auch schon etwas: Der Fischereiminister wurde mittlerweile gefeuert, die giftige Schulspeisung eingestellt, und erstmals in diesem Sommer haben die japanischen Behörden von 100 großen Tümmelern 70 freigelassen. Noch ist allerdings viel zu tun, damit das Leben der Delfine auch in Zukunft gesichert ist. Da ist jeder Kinobesucher mit seinem Protest gefragt. Schade nur, dass die Partner-Organisationen, die

sich für den Schutz von Walen und Delfinen einsetzen, nicht zusammenarbeiten. Der Filmverleih hatte die schwierige Aufgabe,

sich entscheiden zu müssen, wen er als Unterstützer ins

Boot holt. Sowohl das Wal- und Delfinschutz-Forum,

dem Rick O'Barry persönlich vorsteht, als auch die

Münchner „Gesellschaft zur Rettung der Del-

fine“ blieben dabei auf der Strecke. Da

reibt man sich nur verwundert die

Augen ... Kirsten Liese ■

USA 2009.

R: Louie Psihoyos.

Dokumentation. 90 Minuten

Verleger wollen Einkommen senken

Erste Verhandlung zum Manteltarifvertrag für Zeitschriftenredakteure

Zum Verhandlungsaufakt über den von den Verlegern zum Ende des Jahres gekündigten Manteltarif für die Redakteure und Redakteurinnen an Zeitschriften am 18. September wurde vom Verlegerverband VDZ ein einschneidendes Forderungspaket vorgelegt. Der Manteltarif soll nur dann wieder neu abgeschlossen werden, wenn die Gewerkschaften in Einkommensverluste, die Absenkung der Arbeitgeberbeiträge zur Presseversorgung und die Verlängerung der Arbeitszeiten einwilligen. Die Verhandlungskommission der dju in ver.di hat das abgelehnt.

„Es gibt keinen Grund dafür, dass die in den letzten Jahren gestiegene Leistung der Redakteurinnen und Redakteure nun auf einmal deutlich weniger wert sein soll“, sagte ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel. „Die Arbeitgeber nutzen den hohen Arbeitseinsatz der Beschäftigten, ihre Kreativität und umfangreiche journalistische Kompetenz aus, um mit immer weniger Personal erfolgreich zu sein. Wir werden uns deshalb gegen die Verlegerforderungen zur Verschlechterung des Manteltarifvertrages wehren“, kündigte von Fintel an.

Im Einzelnen stellt sich der VDZ folgendes vor:

- Die tarifliche Jahresleistung (95 % des Tarifgehalts) und Urlaubsgeld (85 % des tatsächlichen Monatsgehalts jedoch maximal 3.681,30 Euro) sollen zusammengeführt werden zu einer einmaligen Zahlung in Höhe von 100 % des Tarifgehalts. Also eine Einkommensabsenkung um etwa 80 % eines Monatsgehalts.
- Die tarifliche Arbeitszeit von 36 Wochenstunden soll auf 40 Stunden (evtl. als Zeitkorridor 38–42 Stunden) verlängert werden. Damit würde sich jede zehnte Planstelle durch diese pauschale Mehrarbeit erübrigen und die entsprechende Vergütung von Mehrarbeit entfallen.
- Der bisherige Ausgleichszeitraum für Mehrarbeit von bislang 8 Wochen soll ausgedehnt werden.
- Bisher ist erst ab einem Gehalt, das um 25 % über dem höchsten aktuellen Tarifgehalt (Gehaltsgruppe II 10. Berufsjahr) liegt, Mehrarbeit pauschal abgegolten. Diese Prozentzahl soll deutlich verringert werden.



- Die tarifvertraglichen Kündigungsfristen sollen auf die gesetzlichen reduziert werden. Damit wollen die Verlage bei Entlassungen Abfindungen einsparen und schneller Personal entlassen.
- Der bisherige Zuschuss zum Krankengeld ab der siebten Krankheitswoche soll gestrichen werden. Dann bliebe nur noch der gesetzliche Krankengeldsatz.
- Die bezahlte Freistellung für Umzugstage soll eingeschränkt und die Kontoführungsgebühr gestrichen werden.
- Schließlich fordern die Verleger, dass die Beiträge der Verlage zum Presseversorgungswerk halbiert werden. Bisher zahlt der Verlag 5 %, der/die Redakteur/in 2,5 % des Bruttogehalts in die obligatorische Altersversorgung ein. Zukünftig wollen die Verleger nur noch 2,5 % zahlen. Entsprechend ergäben sich für Redakteure/innen über die Jahre entweder erhebliche Einbußen bei der Vorsorge fürs Alter oder eine faktische Absenkung des Gehalts, wenn die 2,5 % vom Arbeitnehmer aus dem Einkommen zugeschossen werden.

Am 23. November wird in Hamburg die Verhandlung zwischen VDZ und den Gewerkschaften DJV und dju in ver.di fortgesetzt. ver.di wird zuvor mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Verlagen und am 15. Oktober in der dju-Tarifkommission über dieses Forderungspaket beraten. Klar ist schon jetzt: Ohne deutliche Reaktionen aus den Verlagen und Redaktionen wird ein Erhalt der Tarifrechte nicht zu erreichen sein. *Red. ■*

AP soll an ddp verscherbelt werden

Der Deutsche Depeschendienst (ddp) will den deutschen Dienst von Associated Press (AP) kaufen. Das haben Ende September sowohl ddp als auch die Londoner AP-Zentrale bestätigt. Die Verhandlungen laufen. Einzelheiten über die Form der Beteiligungen oder künftige Strukturen oder gar über die Zukunft der rund 120 AP-Beschäftigten sind bis Redaktionsschluss nicht bekannt. Wen wundert es, dass die Verunsicherung unter den Betroffenen groß, die Stimmung schlecht ist. Schwer zu glauben, dass ddp mit seinen mehr als 140 fest angestellten Wort- und Bildredakteuren AP ohne Abstriche am Personal übernimmt. Erschwerend kommt hinzu, dass AP über einen Tarifvertrag verfügt, ddp dagegen nicht. Das heißt für die dju in ver.di, dass „wir uns im Falle eines Verkaufes für den Erhalt der Arbeitsplätze der AP-Mitarbeiter einsetzen. Und dann wäre das doch eine gute Gelegenheit, endlich Verhandlungen über den lange geforderten Haustarifvertrag auch für ddp aufzunehmen“, so Ulrike Maercks-Franzen, dju-Bundesgeschäftsführerin. *wen ■*

Inakzeptable Angebote für Verlagsangestellte

Vertreter von ver.di und dem Verband Nordwestdeutsche Zeitungsverlage (VNZV) haben sich am 25. September zu einem Sondierungsgespräch getroffen. Dabei ging es um einen neuen Gehaltstarifvertrag (GTV) für die Angestellten des Zeitungsgewerbes und die Kündigung des Manteltarifvertrages (MTV) durch die Verleger zum Jahresende, wofür eine Erklärung ausblieb. Die Verleger machten klar, dass es keinen Verhandlungsspielraum für Gehaltserhöhungen bei den Verlagsangestellten gebe. Keine Einmalzahlung und keine Prozent-Erhöhung. Bis spätestens Anfang Dezember wollen die Verleger nunmehr ihre MTV-Forderungen vorlegen.

In Rheinland-Pfalz/Saar wurde am 2. Oktober für Angestellte in Zeitungsverlagen verhandelt. Die Arbeitgeber legten folgendes Angebot vor: Der MTV bleibt. Ein neuer GTV für 24 Monate mit zwei Einmalzahlungen zu je 200 Euro und keine lineare Erhöhung. Dies wurde von ver.di abgelehnt.

In NRW fanden am 5. Oktober Tarifverhandlungen für Angestellte statt. Auch hier wurde das Verleger-Angebot von ver.di zurückgewiesen. Nächster Termin ist der 22. Oktober. *wen ■*

Lokale Engpässe

Stellenabbau bei der WAZ-Mediengruppe geht weiter

Der Personalabbau in den Redaktionen der vier Zeitungstitel der WAZ-Mediengruppe ist abgeschlossen. Ohne eine betriebsbedingte Kündigung. Dies gaben Ende September auf einer gemeinsamen Pressekonferenz die Geschäftsführung der WAZ-Mediengruppe und die Betriebsräte bekannt. Weitere Kürzungen soll es nun im Verlagsbereich geben.

Nach aktuellem Stand sind 287 tarifvertraglich geschützte Arbeitsplätze eingespart worden. „Durch zahlreiche Alterszeit-Regelungen konnten wir erreichen, dass die Jungen bleiben konnten und die Alten gegangen sind“, sagte der Betriebsratsvorsitzende der *Westfälischen Rundschau*, Jörg Tuschhoff. Die Personaleinsparungen, die einem Konzept der Unternehmensberatung Schickler folgten, haben allerdings, so die Betriebsräte, zu einer „extremen Arbeitsbelastung“ in den Lokalredaktionen geführt. Diese sind im

Vergleich mit den neu eingerichteten zentralen Contentdesk in Essen und den Regio-Desks personell stark unterbesetzt. WAZ-Gruppengeschäftsführer Bodo Hombach meinte, es sei normal, dass es nach einem so massiven Umbau der Zeitungstitel zu Problemen komme. WAZ-Chefredakteur Ulrich Reitz versprach die Klagen der Kollegen ernst zu nehmen, und die Engpässe zu beheben. Hombach machte aber auch klar, dass es nicht zu Neu-Einstellungen kommt. „Wir haben mit der Tradition der Quersubventionierung gebrochen, jeder Titel muss sich jetzt betriebswirtschaftlich selber tragen.“ Wenn man die Kosten der Abfindungen herausrechnete, würden die NRW-Titel mit Ausnahme der *Westfälischen Rundschau* inzwischen wieder schwarze Zahlen schreiben. Die anhaltenden Auflagenverluste der Titel nannte Hombach „ärgerlich“.

Weitere Personaleinsparungen stehen

nun für die anderen Verlagsbereiche an. Hombach berichtete von einer Vertriebs-Kooperation mit anderen Zeitungsverlagen im Verbreitungsgebiet der WAZ-Titel, die etlichen Zustellern den Job kosten dürfte. Zu 40 Kündigungen ist es bereits bei den Beschäftigten der 44 Leserläden gekommen, die zukünftig in ein Shop-in-Shop-System überführt werden sollen. Bei der WAZ KG in Essen sollen insgesamt 186 Stellen eingespart werden. Dies wurde der Belegschaft Anfang Oktober auf einer Betriebsversammlung bekannt gegeben. 60 bis 70 Stellen sollen im Finanz- und Rechnungswesen wegfallen. Diese werden innerhalb von 18 Monaten, sobald die EDV vereinheitlicht ist, wahrscheinlich nach Erfurt zur Zeitungsgruppe Thüringen verlagert. Andere Bereiche wie die Hausmeisterei und die Poststelle sollen outsourct werden. Bodo Hombach erklärte, dass sich die Geschäftsleitung bemühen wird, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Bei den nun anstehenden Gesprächen über den Sozialplan sollen ähnliche Regelungen (Teilzeit, Alterszeit, Abfindungen) gefunden werden wie beim Personalabbau in den Redaktionen.

Frank Biermann ■

Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

hohenlohe-ungefiltert.de

Kritische Berichterstattung aus der Region – das wollen die Macher von www.hohenlohe-ungefiltert.de. Seit dem 20. Februar diesen Jahres gibt es die Internetseite, sie wird vom gleichnamigen Verein betrieben und funktioniert rein ehrenamtlich. Zu finden sind hier sowohl – gekennzeichnete – Pressemitteilungen von Parteien und Verbänden, Veranstaltungshinweise als auch Reaktionen auf Berichte in den Lokalzeitungen und eigene Artikel, wie Interviews mit den örtlichen Direktkandidaten für den Bundestag. Bis auf den CDU-Kandidaten und Abgeordneten Christian von Stetten haben alle die Fragen von [hohenlohe-ungefiltert.de](http://www.hohenlohe-ungefiltert.de) beantwortet. Und dass ausgerechnet der CDUler nicht mitmachte, ist kein Zufall. Mehrere Beiträge beschäftigen sich kritisch mit dem Mann. Meist stammen sie von Ralf Garmatter, einem der beiden Hauptakteure von [hohenlohe-ungefiltert.de](http://www.hohenlohe-ungefiltert.de). Der Journalist erlangte in der Medienszene eine gewisse Popularität, als er sich vor zwei Jahren öffentlich gegen das *Hohenloher Tagblatt* wehrte. Dort war er jahrelang fester Freier, bis er über einen lokalen Dokumentarfilm berichtete, der sich

kritisch mit von Stetten beschäftigte. Garmatter gab diese Kritik wieder – und bekam daraufhin kaum noch Aufträge.

„In den Lokalzeitungen findet überhaupt keine kritische Auseinandersetzung mit der hier stärksten Partei, also der CDU, statt“, sagt Garmatter. Und sein Mitspreiter Axel Wiczorke stellt fest: „Wir haben hier einen Sumpf von Presse und Wirtschaft.“ Wiczorke war einer der Macher des Films, über den Garmatter berichtet hatte. Beide haben hautnah erfahren, wie es ist, wenn man die lokalen Seilschaften nicht respektiert.

Mit dem Internet hat nun jeder die Möglichkeiten, seine Wahrheiten zu veröffentlichen. Als Journalist legt Garmatter Wert auf Qualität. Unter der Rubrik „Über uns“ sind die journalistischen Grundsätze

von [hohenlohe-ungefiltert.de](http://www.hohenlohe-ungefiltert.de) aufgelistet. Sie entsprechen weitgehend dem Verhaltenskodex von Netzwerk Recherche. „Das sind sehr hohe Ansprüche“, so Wiczorke. „Und man muss ehrlicherweise sagen, dass die nicht immer eingehalten werden können.“ Er selber sei weniger der Schreiber, er suche woanders Artikel, auf die er dann mit einem Anriss verlinkt. „Da geht es um Hintergründe zu Themen, die auch vor Ort wichtig sind, zum Beispiel Riester-Rente. Über die würde in unseren Zeitungen nie etwas Kritisches stehen.“

Zwischen 1.200 und 2.900 Zugriffe verzeichnet [hohenlohe-ungefiltert.de](http://www.hohenlohe-ungefiltert.de) pro Tag. „Gerade die Artikel, die sich mit lokaler Medienkritik befassen und mit der Person Christian von Stetten werden häufig angeklickt“, sagt Garmatter. Für ihn ein Beleg, dass die Menschen mehr interessiert als das, was in den lokalen Blättern steht.

Axel Wiczorke würde gerne das Layout der Seite ändern: „Das ist noch zu unübersichtlich.“ Insgesamt aber sieht er das Projekt auf einem guten Weg: „Schön wäre es, wenn sich mehr Menschen beteiligen würden und die Hohenloher irgendwann sagen: Wenn ich mich informieren will, klicke ich auf www.hohenlohe-ungefiltert.de.“

Gesa von Leesen ■

Hohenlohe-ungefiltert

... was Sie sonst nirgends LesenSehenHören können ...

RSS Kommentare



Bauer-Regeln rechtswidrig

Wesentliche Regelungen, die der Bauer-Verlag freien Fotojournalistinnen und -journalisten diktieren wollte, sind rechtswidrig. Mit diesem Richterspruch per Einstweiliger Verfügung haben die Journalistengewerkschaften dju in ver.di und DJV am 22. September einen weiteren Erfolg gegen die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) erzielt, die selbstständige Medienschaffende per Pauschalvertrag um ein angemessenes Honorar prellen wollen.

Der in den AGB des Bauer-Verlag vorgesehene Total-Buy-out, bei dem gegen ein Pauschalhonorar sämtliche Leistungen und Rechte abgeboten sein sollen, ist nach dieser Entscheidung ebenso wenig legal wie die Bestimmung, mit dem Honorar seien

auch Nutzungen durch Dritte sowie zukünftige verwandte Schutzrechte schon bezahlt. Damit ging das Landgericht Hamburg über seine Entscheidung vom Juli hinaus, in der es sich bereits mit diesen AGB beschäftigt hatte. Für ungültig erklärt hatte es in der ersten Entscheidung nur eine einzige Klausel, weil die Fotografenorganisation FreeLens auch nur diese angegriffen hatte (M08-09.2009). Diese Verfügung wurde von der Wettbewerbskammer des Landgerichtes Hamburg am 22. September bestätigt. Mit der neuen Einstweiligen Verfügung vom gleichen Tag ist nun zusätzlich klar gestellt, dass weitere und wesentliche Bestimmungen der Bauer-AGB rechtswidrig sind. www.mediafon.net ■

Verurteilt

Der frühere Sportchef des MDR-Fernsehens Wilfried Mohren wurde am 29. September in Leipzig wegen Bestechlichkeit in 19 Fällen, Vorteilnahme, Betrug sowie Steuerhinterziehung zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren sowie zu einer Geldstrafe verurteilt. Mohren hatte auf eigene Rechnung öffentlich-rechtliche Sendezeit an Sportverbände und Unternehmen verkauft. Auf diese Weise sollen ihm fast 331.000 Euro zugeflossen sein, die er nun dem MDR neben den Prozesskosten in Höhe von 50 000 Euro zurückerstatten muss. ■



Karikatur: Reinhold Löffler

Verwaltungsgerichtshof gegen PC-Rundfunkgebühren

Mit dem Verwaltungsgerichtshof (VGH) Hessen hat sich erstmals eine höhere Instanz der Verwaltungsgerichtsbarkeit gegen die Rundfunkgebührenpflicht für beruflich genutzte Internet-PCs ausgesprochen: Der VGH ließ eine Berufung des hessischen Rundfunks (HR) gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Wiesbaden am 22. September gar nicht erst zu. Dieses Urteil, das die Gebührenpflicht verneinte, ist damit rechtskräftig (Aktenzeichen 10A 2535/08.Z).

Am 19. November 2008 hatte das Verwaltungsgericht Wiesbaden entschieden, dass ausschließlich beruflich genutzte PCs üblicherweise nicht zum Rundfunkempfang genutzt werden und deshalb auch nicht der Gebührenpflicht unterliegen. Zu-

dem sei der PC im damals vorliegenden Fall ohnehin als Zweitgerät von der Gebührenpflicht befreit, da er im häuslichen Arbeitszimmer in einer Wohnung stand, in der bereits ein privater Fernseher angemeldet war. Dafür, dass in diesem Fall nicht der Wortlaut der gesetzlichen Bestimmungen gelten solle „hätte es einer ausführlichen Begründung ... bedurft“. Diese habe der HR aber nicht geliefert.

Der VGH Hessen ist damit aus der Phalanx der Oberverwaltungsgerichte ausgeschieden, die in ihren bisher ergangenen drei Entscheidungen alle pro Gebührenpflicht geurteilt hatten. Auf der Verwaltungsgerichtsebene steht es bisher sieben zu zwei contra Gebührenpflicht. zz ■

Google Settlement wird neu verhandelt

Das Google Book Settlement (zuletzt M 5-6/2009) wird neu verhandelt. Der ursprüngliche Vergleich zwischen dem Internet-Konzern und der US-Autoren-gewerkschaft Authors Guild sowie dem US-Verlegerverband vom Oktober 2008 ist vom Tisch. Das erklärte der zuständige Richter Denny Chin bei einer „Status Conference“ am 7. Oktober im Federal District Court in Manhattan. Er verpflichtete die Verhandlungsparteien dem Gericht bis zum 9. November 2009 ein revidiertes Settlement vorzulegen.

Ursprünglich sollten am 7. Oktober bei einem „Fairness Hearing“ die zahlreichen Einwendungen zu dem Vergleich erörtert werden. Solche „Objections“ hatte unter anderem der Börsenverein beim Gericht in New York eingereicht. Auch das deutsche Justizministerium hatte in einer Amicus-Curiae-Schrift erhebliche Bedenken übermittelt. Denn das Settlement hat nach US-Recht als „Class Action“ bindende Wirkung auch für deutsche Autoren und Verlage, deren Bücher zu den mittlerweile 10 Millionen von Google eingescannten gehören.

Das Settlement sieht Zahlungen von 60 Dollar pro gescanntem Buch vor, den Aufbau eines Internet-Buch-Registers sowie eine individuelle Beteiligung von Autoren und Verlagen in Höhe von 63 Prozent an künftigen Erlösen durch dort verfügbare Texte. Die Rechte für Autoren und Verlage werden in Deutschland von der VG Wort wahrgenommen. Das gilt auch für ein revidiertes Settlement. Denn die Verwertungsgesellschaft kann seit Mai digitale Nutzungen von vergriffenen Werken lizenzieren und bei lieferbaren Büchern die Anzeige von bibliografischen Angaben im Internet erlauben.

Zu Fall gebracht hat das ursprüngliche Settlement die Stellungnahme des Departments of Justice. Das US-Justizministerium kam zu dem Ergebnis, dass das Settlement gerichtlich nicht gebilligt werden sollte, sondern die Parteien neu verhandeln müssten, um es in Übereinstimmung mit Urheber- und Kartellrecht zu bringen. Die kurze Frist bis zum 9. November macht allerdings deutlich, dass es nicht um eine völlige Neufassung geht. Zu erwarten ist, dass insbesondere bei vergriffenen Werken die bisherige Opt-out- durch eine Opt-in-Regelung ersetzt wird, sprich die Rechteinhaber aktiv zustimmen müssen, bevor diese Werke bei Google zugänglich sind. *lü* ■

Tauwetter im Pagodenland?

Rigide Zensurvorschriften beherrschen noch die Medien in Burma

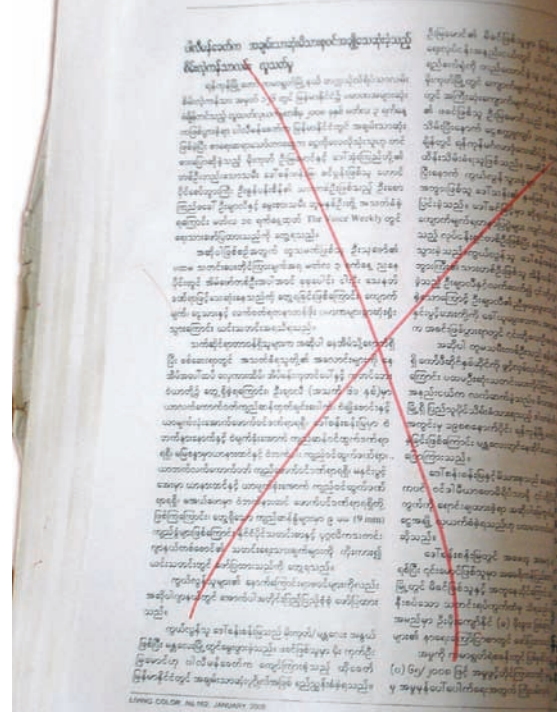
Medien sind häufig gute Indikatoren für Veränderungen im Lande. In Burma gründen sich vor den Wahlen 2010 private Medien, finden Journalistenkurse statt. Ein neues Mediengesetz wird diskutiert. Aber nach wie vor werden auch Journalisten wegen ihrer Arbeit verhaftet.

Während des Anflugs auf Rangon, Hauptstadt von Burma, wechseln sich immer wieder überflutete Reisfelder, kleine Dörfer und die braunen Fluten der lehmigen Flüsse ab bis am Horizont die sagenumwobene Shwedagon-Pagode golden aufblitzt. Nachdem die Militärjunta das Land in Folge der von Mönchen angeführten „Safran Revolution“ aus dem Jahre 2007 hermetisch gegen Journalisten abgeschottet hatte, wurden mir und einem amerikanischen Journalisten im Juli zum ersten Mal wieder offiziell Journalisten-Visa ausgestellt. Die halbstaatliche „Myanmars Writers and Journalist Association“ hatte mich eingeladen, um nach 30 Jahren nicht vorhandener Journalisten-Ausbildung zum ersten Mal wieder einen anerkannten Trainingskurs für junge Journalisten durchzuführen. Bis dahin hatte die Ausbildung durch internationale Journalisten immer nur im Ausland stattgefunden, nunmehr konnten wir direkt vor Ort mit Kollegen staatlicher und privater Einrichtungen arbeiten.

Die größte Stadt des Landes, welche nach Verlegung des offiziellen Regierungssitzes nach Naypyidaw, immer noch das geistige Zentrum des Landes darstellt, empfing mich mit einer Mischung aus Nostalgie und Aufbruch in eine andere Zeit. Auf den ersten Blick war den Wohnhäusern und Straßen der jahrelange internationale Boykott anzusehen. Uralte Taxen wetteiferten mit Pferdefuhrwerken um den Teil der Straße, die nicht durch tiefe Straßenlöcher unbefahrbar geworden waren. In den Teeshops der Straßen trafen sich Jung und Alt mit den Mönchen bei Kerzenbeleuchtung zum Philosophieren und Touristen sind am Nationalheiligtum, der Shwedagon-Pagode, überhaupt nicht mehr anzutreffen. Doch daneben ist die Moderne schon längst angebrochen, wie ich bei meinem ersten Besuch im Internet-

Cafe feststellen konnte. Mit einem deutlichen Verschlüsselungsprogramm umgehen die burmesischen Jugendlichen nicht nur gekonnt die Internetzensur der Regierung, sondern spielen auch ungestört „Counterstrike“ und bestücken nebenher ihre Blogs. Diese freie Internet-Idylle wird nur durch die Pieps-Töne gestört, wenn mal wieder das Notstrom-Aggregat den wechselhaften Strom ersetzt. Aber davon lassen sich die Wenigsten stören. Ich hatte im Vorfeld meiner Burma-Reise die einschlägigen Medien studiert, versucht, mich durch die Fachliteratur zur wechselseitigen Geschichte des asiatischen Landes zu kämpfen und dachte gut vorbereitet zu sein – aber Rangon war ganz anders als erwartet.

Nach einigen Tagen mit den 50 jungen Journalisten, die an dem sechswöchigen Kurs der „Myanmar Association for Writers and Journalists“ teilnahmen, konnte ich auch die Medienlandschaft besser einschätzen. Neben der staatlichen Zeitung *New Light of Myanmar*, die täglich in schwarz-weiß erscheint, gibt es in Burma über 100 wöchentliche Zeitungen. Dabei werden vorrangig eingängige Themen behandelt, wie Literatur, Musik oder die internationale Celebrity. Aber auch politische Magazine wie *Living Color* oder englischsprachige Zeitungen wie *Myanmar Times* sind zunehmend mit harten News und weltweiter Berichterstattung auf dem Zeitungsmarkt vertreten. In der internatio-

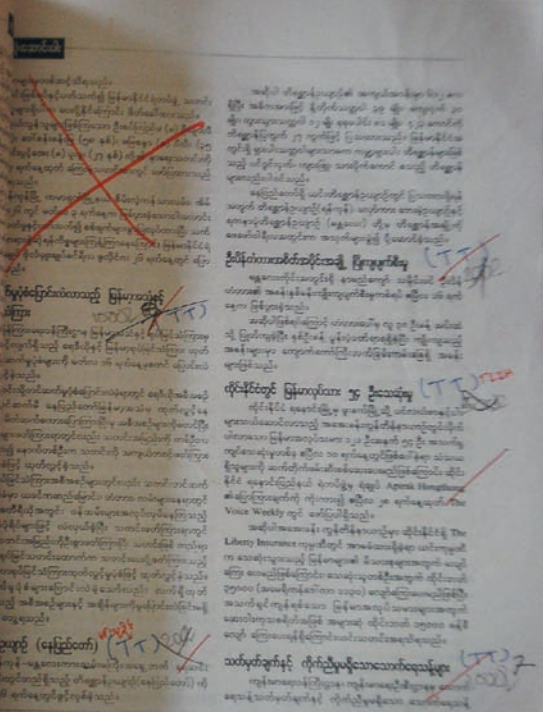


nen Berichterstattung über Burma werden die Medien häufig als komplett verstaatlicht dargestellt – aber das Gegenteil ist der Fall. Private Firmen geben wöchentlich etwa 35 Zeitungen mit einer Auflage zwischen 10.000 und 35.000 Exemplaren heraus und sogar ein TV-Sender wird als staatlich-privates „Joint Venture“ betrieben. Dabei unterstehen alle Zeitungen den rigiden Zensurvorschriften der Regierung, die durch eine Zensurbehörde im Informationsministerium kontrolliert werden. Einmal in der Woche müssen alle Chefredakteure ihre Zeitungen zur Vorzensur bei dieser Zensurbehörde abgeben. Zwei Tage später erhalten sie die mit rotem Stift zensierten Ausgaben wieder, welche sie nach nochmaliger Überarbeitung wieder einreichen und erst nach endgültiger Freigabe in Druck geben können. Solch eine Zensur hinterlässt ihre Spuren im Journalismus und auch in der Berichterstattung, häufig wird bereits die „Scheren im Kopf“ eingeschaltet und kritische Themen erscheinen nur noch als kreative Features.

Aber seit die Zensurbehörde vor fünf Jahren vom Verteidigungs- ins Informationsministerium gewandert ist, lockern

Die Medienlandschaft in Burma differenzierte sich gerade in den letzten Jahren sehr stark – mehr als 100 Zeitungen werden herausgegeben, davon auch 35 private.





Fotos: Björn Richter

Alle Zeitungen in Burma müssen wöchentlich der Vorzensur im Informationsministerium vorgelegt werden, die ihre Änderungen klassisch mit dem Rotstift anmerkt.

sich die Zensurbedingungen und es findet ein informeller Dialog statt. Momentan wird hinter verschlossenen Türen über ein neues Mediengesetz beraten, welches

klarere Regeln für Medien schaffen soll, damit Zensur nicht mehr so willkürlich wie bisher stattfindet. Denn trotz der Lockerungen in der Medienlandschaft Burmas steht das Land immer noch auf viertletztem Platz der „Reporter ohne Grenzen“-Rangliste. Regelmäßig verschwinden kritische Journalisten im Gefängnis.

Nach der Ankündigung der Militärjunta im nächsten Jahr Wahlen abzuhalten, ist im Pagodenland die Medienlandschaft in Bewegung geraten. Gerade für die Wahlen braucht das herrschende Militär landesweite Medien zur Übermittlung von Botschaften, deshalb arbeitet das Verteidigungsministerium auch emsig an neuen staatlichen Angeboten. Auch die 50 jungen Journalisten aus unserem Trainingskurs haben mitbekommen, dass sich etwas ändert und wollen in den nächsten Monaten ausprobieren, wie weit die Freiheit geht und was „unter dem Radar“ an Medienfreiheit erlaubt ist. Die internationale Gemeinschaft unterstützt die Kollegen dabei vor Ort mit vielfältigen Aktivitäten, wie beispielsweise UNICEF, die Journalistenkurse über Kinderrechte anbietet. Denn aufgrund der nicht vorhandenen Journalistenausbildung sind viele Journalisten ausgebildete Ärzte, Ingenieure oder

Dolmetscher und haben sich autodidaktisch nur rudimentäre Kenntnisse beigebracht. Genauso wie die Mitarbeiter der Zensurbehörde kennen sie häufig Grundlagen wie Stilformen oder journalistische Schreibweisen nicht, was die Medienarbeit erschwert. Trotzdem wollen sie ihre Chance zu den Wahlen 2010 nutzen. Um die Medienaktivitäten direkt zu unterstützen, kommen einige Burmesen selbst aus festen Jobs im Ausland in die Ungewissheit nach Rangon zurück. „Ich will mithelfen die Chancen durch die Wahlen zu nutzen, um mir nicht in 20 Jahren vorwerfen zu müssen, dass ich nicht alles versucht habe. Wir gehen dabei nicht von freien und fairen Wahlen in unserem Land aus, aber es gibt danach vielleicht die Möglichkeit über Opposition und Medien ohne Repressionen seine Meinung zu äußern. Dafür müssen wir alles versuchen“, fasst eine NGO-Mitarbeiterin die Aufbruchsstimmung in der Medienlandschaft zusammen. Dabei würden sich die burmesischen Journalisten über eine Unterstützung durch gute internationale Berichterstattung freuen, die vor Ort in Burma meist differenzierter aussieht als von den Redaktionsbüros in Deutschland aus.

Björn Richter ■

Abhören und Anschwärzen

Stilfibel für Journalisten im Staatsdienst diktiert Geschichtsschreibung in Kolumbien

„Die Auflösung des Geheimdienstes ist zwar ein positives Signal, aber damit ist es nicht getan. Es muss aufgeklärt werden, was die Agenten in den letzten Jahren im Auftrag der Regierung getrieben haben, aber dabei stehen wir erst am Anfang“, sagt Hollman Morris mit fester Stimme. Morris, ist einer der international bekannten Journalisten Kolumbiens und gemeinsam mit fünfzehn Kollegen, zahlreichen Menschenrechtsanwälten, Gewerkschaftern und Oppositionellen systematisch ausspioniert worden.

„Meine E-Mails wurden abgefangen, mein Telefon abgehört, meine Kinder fotografiert“, so der 41-jährige Journalist, der mit seinen kritischen Fernsehreportagen die andere Seite der kolumbianischen Wirklichkeit aufgedeckt hat. Das hat ihm zahlreiche polemische Angriffe des Präsidenten Álvaro Uribe Vélez eingebracht, der ihn sowie aber auch andere kritische Journalisten als Mitglieder der fünften Kolonne der FARC bezeichnet hat. Die FARC ist Kolumbiens größte Guerillaorganisation und bei einer Geiselübergabe im

Februar war Morris als einer der ersten vor Ort. Das reichte dem Präsidenten um Morris als Komplize der Guerilla anzuschwärzen.

In Kolumbien sind derartige Anschuldigungen lebensgefährlich. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass 2008 erstmals seit Jahren kein Journalist ermordet wurde. Kritischer Qualitätsjournalismus ist riskant und er ist in den letzten Jahren seltener geworden, analysiert nicht nur Morris. „Im Fernsehen ist eine Tendenz zur offiziösen Berichterstattung feststellbar“. Eine Ansicht, die auch Kollegen von Morris wie der Journalist und Universitätsdozent Jaime Barrientos teilen. Dabei hilft die Regierung kräftig mit. Jüngstes Beispiel ist der „Manual de Estilo“. Die kleine Fibel für die Journalisten im Staatsdienst und solche die es werden wollen, liefert nicht nur Kapitel über Interviewtechnik, Pressemeldung und Interpunktion, sondern auch handfeste Beispiele dafür wie es die Pressestelle im Präsidentenpalast gern hätte.

So sollen die gängigen Großbuchstaben bei der Abkürzung der illegalen be-

waffneten Akteure von FARC über ELN bis zur AUC durch die Kleinschreibung ersetzt werden. In den offiziellen Pressemeldungen ist das schon lange der Fall, da werden die beiden Guerillaorganisationen FARC und ELN genauso auf Maß gebracht wie die Paramilitärs der AUC. Mit einem Großbuchstaben sollen, so sieht es die Stilfibel vor, hingegen Wörter wie Vaterland, Nation oder Regierung beginnen. Nationaler Pathos scheint nunmehr Pflicht und die Fibel findet sich, gespendet von der Regierung in den Bibliotheken der journalistischen Fakultäten. Programm scheint es zu sein, die Dinge so benennen wie es der Staatschef tut. Der degradiert den 45 Jahre alten Bürgerkrieg zum Konflikt und die vier Millionen Binnenflüchtlinge zu Binnenmigranten.

Für María Jimena Duzán, einflussreiche Kolumnistin der größten Wochenzeitung *Semana*, ist die Stilfibel schlicht Teil einer Strategie die Geschichte neu zu schaffen. Eine Einschätzung, die auch Hollman Morris teilen dürfte.

Knut Henkel ■



Österreichische Drucker gehen für faire Löhne auf die Straße

Demonstration in Wien für bessere Tarife

Die Demonstration der österreichischen Gewerkschaft für Privatangestellte Druck – Journalismus – Papier (GPA-djp) am 29. September durch die Wiener Innenstadt war der Auftakt für geplante mehrwöchige Arbeitskämpfe um bessere tarifliche Verträge. Nach mehr als sieben monatigen Verhandlungen mit dem Verband Druck- und Medientechnik ohne Einigung sei jetzt die „Kompromissbereitschaft am Ende“, sagte der Verhandlungsführer für die Drucker

Franz Bittner. Deshalb gingen 2000 Druckereibeschäftigte unterstützt von Mitarbeitern aus den Redaktionen auf die Straße. Sie fordern „eine faire rückwirkende Lohn- und Gehaltserhöhung, keine Verschlechterungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie einen einheitlichen Kollektivvertrag für alle Druckereibeschäftigten“.

Für die Journalisten verhandelt die Journalistengewerkschaft in der GPA-djp gemeinsam mit dem Verband österreichi-

scher Zeitungen seit dem Frühjahr bisher ohne Ergebnis. Anfang September trafen sich Betriebsräte aller Tages- und Wochenzeitungen, des Privatfunks, des Österreichischen Rundfunks (ORF) und der Austria Presse Agentur (APA) um „Mindeststandards“ für einen neuen Journalisten-Kollektivvertrag zu definieren und um sich auf einen möglichen Arbeitskonflikt vorzubereiten. Im Vordergrund stand dabei der Trend zahlreicher Unternehmen, Mitarbeiter und ganze Abteilungen ausgliedern und sie damit in branchenfremde Kollektivverträge (z.B. Handwerk und Gewerbe) zu schlechteren Bedingungen zu zwingen. Auch bei Neuanstellungen wird versucht, die branchenspezifischen bestehenden KVs zu umgehen.

„Wir wollen den Geltungsbereich des künftigen KV klar definieren und möglichst erweitern. Auf jeden Fall sollen die Onliner wieder mit hinein. Denn sie wurden durch Ausgliederungen aus den Vereinbarungen von 1999 wieder rausgekegelt“, erklärte Judith Reitsstätter, von der Journalistengewerkschaft in der GPA-djp. Schlupflöcher gegen KV-Flucht sollen ausgeschlossen werden und die Freien sollen mehr Schutz erhalten. „Die Bereitschaft sich zu wehren, wächst derzeit in den Medienunternehmen“, so Reitsstätter. Das zeige nicht zuletzt die Beteiligung an der Aktion in Wien. Auch die Verhandlung für die Journalisten am 2. Oktober verlief ergebnislos. wen ■

Von Helden und Handlangern

„Die Zukunft der russischen Medienlandschaft wird sich in der breiten Fläche des Landes entscheiden und nicht allein in der Hauptstadt Moskau.“ Mit diesem Fazit schließt ein aktueller 80seitiger Bericht von Reporter ohne Grenzen (ROG) „Helden und Handlanger. Die Arbeit von Journalisten und Medien in den russischen Regionen“. Fünf landeskundige deutsche Journalisten zeichnen ein differenziertes Bild der Arbeit der russischen Kollegen in sieben ausgewählten Provinzen, der Versuchungen und Bedrohungen, denen sie ausgesetzt sind. „Wer die Musik bezahlt, bestimmt, was gespielt wird“ – die meisten russischen Journalisten haben sich an diese Regel längst gewöhnt, so ein Tenor des ROG-Reports, der in Kurzfassung auch in englischer und russischer Sprache unter www.reporter-ohne-grenzen.de nachzulesen ist. ham ■

Gegen Maulkorbpolitik

In Rom demonstrierten am 3. Oktober Zehntausende Journalisten, Gewerkschafter und besorgte Bürger für Meinungsfreiheit und gegen „Einschüchterungsversuche“ durch Silvio Berlusconi. „Nein zum Informations-Maulkorb“ lautete ein Slogan auf der Kundgebung, zu der der nationale Journalistenverband FNSI aufgerufen hatte. Auslöser der Proteste waren Schadenersatzforderungen in Millionenhöhe, mit denen Berlusconi gegen die linken Zeitungen *La Repubblica* und *L'Unità* wegen der kritischen Berichterstattung über seine angeblichen Sex-Affären und wilden Feste vorgeht. Journalisten prangern diese Forderungen als Versuch an, sie zum Schweigen zu bringen. Für Berlusconi war die Demonstration eine „absolute Farce“, da die Medien in Italien frei seien.

Auch in Berlin demonstrierten am 3. Oktober Vertreter der deutschen und der italienischen Presse vor der Italienischen Botschaft für die Verteidigung der

Pressefreiheit. In einem solidarischen Grußwort der dju in ver.di erklärte Bundesgeschäftsführerin Ulrike Maercks-Franzen: „Pressefreiheit und die Vielfalt von Information und Meinung sind Voraussetzung für gelebte, lebendige und auch lebhaft Demokratie.“ Auch in unserem Land müsse man sich gegen Bestrebungen wehren, die Vielfalt abzubauen und die Einfalt zu forcieren. Es gebe keine Gesellschaft, in der die Pressefreiheit und die anderen Grundrechte ein für alle Mal gesichert wären. „Diese Freiheiten müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und erkämpft werden.“

Die dju sicherte ihren italienischen Kolleginnen und Kollegen nachdrückliche Unterstützung in ihrem Kampf gegen die „absolut unerträgliche Konzentration von politischer und medialer Macht“ zu, gegen den Druck und die ständigen Angriffe der italienischen Regierung auf ihre Unabhängigkeit. wen ■

Journalismus aktuell

ABP, München. 9. bis 11. November: Redigieren – Zeitung. 14./15. November: Bücher schreiben – Sachbuch II. 18./19. November: Presserecht. 23. bis 25. November in Kulmbach: Redigieren – Zeitschrift. 30. November bis 1. Dezember: Redigieren – Zeitschrift. 3./4. Dezember: Kreatives Schreiben – Zeitschrift II.

ABZV, Bonn. 11./12. November in Aschaffenburg: Presserecht aktuell für Lokalredaktionen. 16./17. November in Stuttgart: Journalisten als Erzähler.

ADB, München. 9./10. November: Professionelle Buchproduktion – Vom Manuskript bis zur Auslieferung. 16./17. November: Logischer Aufbau, klare Struktur – Fachmanuskripte prüfen und überarbeiten.

AFP, Hamburg. 19./20. November: Humor im Blatt.

BKB, Wolfenbüttel. 13./15. November: Text-TÜV – Kritische Lektüre eigener Manuskripte. 20. bis 23. November: Basiskurs Erzählen extra – Große Projekte.

BPB, Bonn. 9. bis 13. November in Darmstadt: Politik bringt Quote – Lust statt Last.

JA, München. 14. November: Den passenden Verlag für ein Buch finden – Grundwissen für Autorinnen und Autoren (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).

JHB, Hagen. 9. bis 11. November: Sprache und Stil – Schreibtraining für Fortgeschrittene.

KEP, Wetzlar. 20./21. November: Sprache und Redigieren. 27./28. Nov.: Einführung in das Presse- und Medienrecht.

KLARA, Berlin. 11. November: Themen finden und Exposés schreiben. 25. November: Texte verbessern. 30. November bis 2. Dezember: Erstes journalistisches Kleintext-Festival.

MH, Hamburg. 16. bis 20. November: Journalistisches Schreiben.

NA, Hamburg. 9. November in Zürich: Effizientes Korrekturlesen. 25./26. November in Zürich: Schreib- und Redigierwerkstatt.

TA, Augsburg. 11./12. November in Stuttgart: Textwerkstatt I + II. 17./18. November in Frankfurt, 1./2. Dezember in München: Kreativitätstechniken I + II.

VDZ, Berlin. 12. Dezember: Online-Recht für Verlage.

Journalistische Themen

ABZV, Bonn. 23./24. November in Blaubeuren: Gerichtsberichte in der Tageszeitung. 30. November/1. Dezember in

Blaubeuren: Der Haushalt der Gemeinde.

AM, Düsseldorf. 25./26. November: Print-Workshop Kultur-Journalismus. 26./27. November: Print-Workshop Glosse – Von der Idee zum pfiffigen Text.

JHB, Hagen. 25. bis 27. November: Wirtschaftsjournalismus.

JSR, Essen. 11./12. November: Wirtschaftsseminar. 30. November bis 4. Dezember: Politikberichterstattung.

MAZ, Luzern. 9. bis 11. November: Tatort Gericht – Schauplatz Medien.

Journalistische Formen

ABP, München. 16. bis 20. November: Strategien und Psychologie der Interviewführung.

ABZV, Bonn. 19./20. November: Kommentar und Glosse.

AFP, Hamburg. 16. bis 18. November: Das Porträt. 23. November: Titel, Vorspann und BU.

FES, Bonn. 9. bis 11. November in Hamburg: Die Welt im Kleinen – Lokaljournalismus und wie er Spaß macht! (Basismodul Medienpraxis) 23. bis 27. November in Hamburg: Die Nachricht – Hintergrund und crossmediale Produktion (Basismodul Kernkompetenzen).

JHB, Hagen. 23. bis 25. November: Schreibtraining Porträt.

JSR, Essen. 16./17. November: Interview-Training. 18./19. November: Interview-Training.

KLARA, Berlin. 2. Dezember: Die Überschrift.

MAZ, Luzern. 30. November bis 3. Dezember: Das Porträt – Du sollst dir (k)ein Bildnis machen.

MH, Hamburg. 7./8. November: Kleintexte.

Journalismus online

ABZV, Bonn. 9./10. November: Journalistische Darstellungsformen im Internet.

AFP, Hamburg. 30. November bis 1. Dezember: Online-Angebote für Kinder.

DGB, Hattingen. 8. bis 13. November: Homepages mit Joomla einfach selbst gestalten – Möglichkeiten und Grenzen der freien Meinungsäußerung bei der Veröffentlichung von Informationen im Netz. 29. November bis 4. Dezember: Suchen, finden und kommunizieren im Internet – Wie Suchmaschinen und neue elektronische Dienste unsere Gesellschaft verändern und was ältere Interneteinsteiger wissen sollten.

JA, München. 14. November: Für Suchmaschinen optimiert schreiben (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).

JHB, Hagen. 23. bis 25. November: Schreiben fürs Internet.

KEP, Wetzlar. 19. November: Schreiben fürs Web.

MAZ, Luzern. 1. Dezember: Multimedia-Storytelling – Geschichten in mehreren Formaten.

MH, Hamburg. 20. bis 22. November: Onlinejournalismus.

PFA, Frankfurt. 7. November: Onlinejournalismus.

RTL, Köln. 12./13. November: Bilder fürs Radio – Onlinevideokonzepte für den Hörfunk. 16./17. November: WebTV – Chancen für TV-Produzenten (Modul 2 aus der Workshopreihe „Produktionsmanagement“).

TA, Augsburg. 24. November in München: Texten in Internet und E-Mails. 24. November in München: Suchmaschinenoptimierung.

VDZ, Berlin. 19. November: Durch Web-Controlling die Website optimieren.

Layout / Infografik

KEP, Wetzlar. 13. November: Gestaltung von Flyern und Broschüren. 13. bis 15. Nov.: Bildbearbeitung für Einsteiger.

MAC, München. Ab 5. November werden an den Standorten München, Stuttgart, Köln, Osnabrück, Hamburg und Berlin zahlreiche mehrtägige Kurse in den Bereichen Grafik, Bildbearbeitung, AV, 3D-Animation, Multimedia und Internet angeboten. Kurse gibt es etwa zu Print Design, InDesign, Photoshop, Adobe Illustrator, Freehand und QuarkXpress, Flash, Dreamweaver, CSS oder Typo 3. Informationen zu den genauen Terminen bitte im Internet suchen oder telefonisch erfragen (siehe Kasten).

PFA, Frankfurt. 21. November: Gute Gestaltung – Feedback auf eigene Publikationen.

Volontäre

ABP, München. 9. bis 20. November in Kulmbach: Grundkurs II – Zeitung. 16. bis 27. November: Grundkurs II – Zeitschrift. 23. November bis 4. Dezember: Grundkurs II – Zeitung.

ABZV, Bonn. 16. bis 27. November: Grundlagen journalistischer Arbeit.

IFP, München. 8. bis 20. November: Grundkurs II.

JHB, Hagen. 23. November bis 18. Dezember: Volontärseminar.

Fotografie

AFP, Hamburg. 13. November: Bildrechte.

KLARA, Berlin. 18. November: Bilder vermarkten über die Datenbank.

21./22. November: Alltägliches besser fotografieren.

Hörfunk

AM, Düsseldorf. 30. November bis 2. Dezember: Basiskurs Hörfunk.

IFP, München. 25. bis 27. November: Grundkurs Sprechen für Hörfunk und Fernsehen.

MAZ, Luzern. 20. November: Professionelle Präsentation II – Damit Ton und Stil stimmen. 30. November/1. Dezember: Musik, Mix, Moderation – Bring Drive in deine Sendung! 2./3. Dezember: Der Kommentar am Radio – Knapp und klar.

MEZ, Berlin. Diverse, frei zusammenstellbare Seminare vor allem zum Radio- aber auch zum TV-, Web- und Printjournalismus unter: www.medienkonkret.de.

MH, Hamburg. 28./29. November: Hör-Spiel.

MQ, Köln. 14. November (+ 4 Abendtermine): Aircheck vom Profi. 16./17. Moderationstraining für Frauen. 16. November: Stimme für Trainer. 17. November: Medientraining – Souverän und erfolgreich vor der Kamera auftreten. 18./19. November: Qualitätsmanagement im Sender – Ziele, Standards und Kriterien. 4. bis 6. Dezember: Ausbildung zum Moderationstrainer Hörfunk – Modul V.

PFA, Frankfurt. 7. November: Meldungen schreiben und präsentieren. 21. November: Sprechen und Präsentieren vor dem Mikrofon II.

Film & TV

ABP, München. 2. bis 4. Dezember: Fernsehmoderation – Aufbauseminar.

AFP, Hamburg. 16. November bis 11. Dezember: Kompaktkurs für Fernseh-Volontäre.

AKAD, Berlin. 12. November: Beginn des 3-wöchigen Online-Kurses „Drehbuch schreiben“.

AM, Düsseldorf. 14./15. November: Texten für TV – Kurs Rundfunkjournalismus. 25. November: Präsentation von Hörfunknachrichten – Rundfunk-Journalismus Spezialkurs.

AVM, Kirchentellinsfurt (bei Tübingen). 2./3. November: Avid Media Composer Trainings. 28./29. November: 5.1-Produktion mit Digidesign pro Tools.

FCP, München. 14. November in Köln: Corporate TV.

FHB, Hamburg. 14./15. November: Genre Komödie. 28./29. Nov.: Genre Liebesfilm. 4. bis 6. Dezember in Berlin: Einführung in das Drehbuchschreiben.

FHF, Frankfurt. 13. bis 15. November: Aufnahmeleitung für Film und Fernsehen.
FM, Münster. 30. Oktober bis 1. November: Storyboardzeichnen – Grundlagen für angehende Filmemacher.
 2./3. November: Digitaler Videoschnitt mit Final Cut Pro. 4./5. November: DVD Authoring mit DVD Studio Pro.
 6. November: Video Postproduction.
 13. bis 15. November: Licht I – Technik und Gestaltung. 20. bis 22. November: Kameraassistenten. 21./22. November: Drehbuchschreiben – Eine Einführung.
 29. November: Einführung in die Sony HD PMW EX3-Videokamera. 2. bis 6. Dezember: Drehbuchseminar „Appell an die Phantasie“ – Workshop zur Entwicklung fiktiver Filmstoffe.
IFFMA, München. 13. bis 15. November: Aufnahmeleitung. 13. bis 15. November: Filmkamera – Grundkurs.
 16. bis 18. November: RED Workshop.
 19./20. November: Colour Correction – Workshop Farbkorrektur.
IP, Stuttgart. 8./9. November: 8-Sequenz-Modell. 3. Dezember: Senderprofile. 4. Dezember: Dramaturgisches Handwerkzeug.
KFH, Köln. 6. bis 8. November: Casting. 7./8. November: Kamera – Masterclass.
 14./15. November: Dramaturgisch Schneiden. 19. bis 22. November: Drehbuch – Masterclass. 20. bis 22. November: Kamera – Intensivkurs RED.
 28./29. November: Postproduction.
 4. bis 6. Dezember: Licht – Masterclass.
 4. bis 6. Dezember: Sitcom und Komödie.
KLARA, Berlin. 23. bis 25. November: Das beste Web-Video aller Zeiten.
 30. November bis 11. Dezember: Radio und Fernsehen für Einsteiger.
MAZ, Luzern. 9. bis 11. November: Anchorwoman, Anchorman I – Die Kunst des Moderierens am TV.
MFW, München. 7./8. November: Digital Filmmaking 2010 – Professionelle Rohdatenworkflows.
 7./8. November: Deep Character 1 + 2.
 13./14. Nov.: Deep Character 3 + 4.
 21./22. November: Visual Effects für Filmschaffende. 28./29. November: Berufsrecht für Filmschaffende.
NA, Hamburg. 19./20. November: Bewegtbild in der Kommunikation – Online-Videos produzieren und einsetzen.
RTL, Köln. 30. Nov./1. Dezember: Storytelling Masterclass mit Walthermedia.
VSM, München. 6./7. November: Videofilmer-Workshop – Schritte zur Professionalität. 21. November: HD-Workshop und Videofilmen in 16:9 mit HDV- und AVCHD-Camcordern in München und auf Tournee. 28. November: CASABLANCA Grundseminar für perfekten Schnitt, Effekte, Titel und Vertonung mit SmartEdit 6/7 und BOGART SE.

► Kontakt zu den Seminaranbietern

Die Adressen zu unten stehenden Kontakten sind im Internet abrufbar unter: <http://mmm.verdi.de>

ABP Fon 089/49 99 92 – 0, www.a-b-p.de	030/269 35 – 73 03, www.fes.de	www.macromedia.de
ABZV Fon 02 28/259 00 – 0, www.abzv.de	FHB Fon 040/399 099 31, www.filmschule-hamburg-berlin.de	MAZ Fon 00 41/41/226 33 33, www.maz.ch
ADB Fon 089/29 19 53 84, www.buchakademie.de	FHF Fon 069/13 37 99 94, www.filmhaus-frankfurt.de	MEZ Fon 030/68 30 20 90, www.medienkonkret.de
AFP Fon 040/41 47 96 – 0, www.akademie-fuer-publizistik.de	FM Fon 02 51/230 36 21, www.filmwerkstatt.muenster.de	MFW Fon 089/20 333 712, www.muenchner-filmwerkstatt.de
AKAD Fon 030/61655 – 0, www.akademie.de	IFFMA Fon 089/89 39 89 60, www.iffma.de	MH Fon 040/306 201 140, www.medienbuero-hamburg.de
AM Fon 02 11/43 69 01 50, www.medienverband.de	IFP Fon 089/54 91 03 – 0, www.ifp-kma.de	MQ Fon 02 21/29 93 05 – 31, www.medienqualifizierung.de
AVM Fon: 071 21/531 60 70, www.av-mediatraining.de	IP Fon 07 11/997 86 91, www.interspherial.com	NA Fon 040/41 13 – 28 42, www.newsaktuell.de
BKB Fon 053 31/808 – 418, www.bundesakademie.de	JA Fon 089/16 751 – 06, www.journalistenakademie.de	PFA Fon 069/92 10 72 22, www.ev-medienhaus.de
BPB Fon: 018 88/51 55 58, www.bpb.de	JHB Fon 023 31/365 – 6 00, www.hausbusch.de	PRE Fon 04 21/789 13, www.akademie-pressearbeit.de
COP Fon 02 21/739 32 62, www.cop-morrien.de	JSR Fon 02 01/80 41 961, www.journalistenschule-ruhr.de	RTL Fon 02 21/82 02 – 0, www.rtl-journalistenschule.de
DGB Fon 023 24/50 80, www.hattingen.dgb-bildungswerk.de	KEP Fon 064 41/91 51 66, www.cma-medienakademie.de	TA Fon 08 21/41 90 36 – 0, www.textakademie.de
DJU Fon 030/88 66 41 06, www.dju-berlinbb.de	KFH Fon 02 21/222 710 – 0, www.koelner-filmhaus.de	VDZ Fon 030/72 62 98 – 113, www.zeitschriften-akademie.de
FCP Fon 089/34 07 79 77, www.forum-corporate-publishing.de	KLARA Fon 030/690 415 85, www.KLARABerlin.de	VSM Fon 089/83 51 91, www.videoschule.de
FES Fon 02 28/883 – 0 und	MAC Fon 089/544 151 – 74,	ZKB Fon 030/26 34 01 72, www.kommunikation-beruf.de

28. November: HD-Bearbeitung mit CASABLANCA in München und auf Tournee – Spezialkurs Smart Edit 8 und BOGART SE-2.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 9. bis 13. November: Public Relations für Non-Profit-Organisationen. 12. November: Freie Journalisten – Selbstmarketing II.
 16./17. November: Management in Redaktionen (MiR) – Blattmachen Zeitung. 23. bis 25. November: Rhetorik.
 26./27. November: Kreatives Schreiben – PR I. 30. November bis 1. Dezember: Krisen-PR – Aufbau-seminar.
ABZV, Bonn. 12./13. November in Dresden: Zeitmanagement in der Redaktion. 23. November in Hannover: Datenschutz in Redaktionen – freiwillige Selbstkontrolle.
ADB, München. 12./13. November: Autorenmanagement.
AFP, Hamburg. 20./21. November: Management von Fachmagazinen. 25. bis 27. November: Die Mitarbeiterzeitschrift. 30. November bis 1. Dezember: Rhetorik II.
AM, Düsseldorf. 12./13. November: In Reden emotional überzeugen – Rhetorik-Training. 23./24. November:

Corporate Publishing – Mitglieder-, Kunden- und Mitarbeitermagazine.
 26./27. November: Strategien für den Notfall – Training Krisen-PR.
 1./2. Dezember: Podiumsdiskussionen spannend moderieren.
COP, Köln. 23./24. November in Köln: Sinnstiftende Perspektiven und Karrieren für Medienschaffende. 27./28. November in Bochum: Nomadenwissen für Medienschaffende – Handlungssicher unter allen Umständen. 30. November/1. Dezember in Hamburg: Phönix-Coaching für Presse-Profis – Erfolgreich Neuanfänge wagen.
 Weitere Coaching- und Karriereseminare unter: www.cop-morrien.de.
DJU, Berlin. 10. November: Tagesseminar „Existenzgründung für Journalisten, Medienberufler und Künstler“.
FCP, München. 11. November: Journalistisch und kundenorientiert schreiben. 23./24. November: Der Erfolgstest für Mitarbeiter- und Kundenmedien – Qualitative und quantitative Aspekte.
JA, München. 21. November: Krisen und Skandale meistern – Was kann man tun, um Klippen zu umschiffen?
 4. bis 6. Dezember: Die Kundenzeitschrift – Vom Konzept zum fertigen Heft (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).
JHB, Hagen. 9. bis 11. November: Grundlagen der PR-Arbeit.

16. bis 19. November: NewsDesign – Gestaltung in der PR-Arbeit. 30. November bis 4. Dezember: Organisation und Strategie der PR-Arbeit.
KLARA, Berlin. 18. November: Wie man Kontakte zu Redaktionen knüpft.
MAC, München. 25./26. Oktober: Onlinemarketing. 19. November in Köln: Suchmaschinenoptimierung.
MAZ, Luzern. 23./24. November: Atem und Stimme – Entspannte Spannung.
MH, Hamburg. 13. bis 15. November: Pressearbeit. 4./5. Dezember: Frei und erfolgreich arbeiten.
MQ, Köln. 14./15. November: Seminar für Frauen – Sorgfältiger Umgang mit den Ressourcen Finanzen, Zeit, Gesundheit.
NA, Hamburg. 9./10. November: Medientraining. 11./12. November in Zürich: Erfolgreiche PR-Konzepte.
 16./17. November in Düsseldorf: Storytelling. 30. November/1. Dezember in Berlin: PR-Konzeption für Einsteiger. Eine Vielzahl weiterer Seminare zu Strategien und Umsetzungen von PR-Maßnahmen kann in Hamburg, Berlin, Frankfurt, Zürich, Düsseldorf und Köln besucht werden. Informationen bitte im Internet suchen oder telefonisch erfragen (siehe Kasten).
PRE, Bremen. 12./13. November: Würziges Update für die Pressearbeit –

Crossmediale Entwicklung, Copyright und Zulieferer. 14./15. November: Sachtexte für die Sinne. – Kreatives Schreiben von Presstexten.

TA, Augsburg. 10. November in Düsseldorf, 26. November in Berlin: Die erfolgreiche PR-Meldung.

VDZ, Berlin. 25. Nov.: Community Management – Wie man Zeitschriften-Communities am besten organisiert und betreut. 2. Dezember: So organisieren Sie Ihre Crossmedia-Redaktion.

ZKB, Berlin. 7. November: Workshop Perspektive 40plus. 18. November: Themenabend Burn Out. 21. Workshop Standortbestimmung Persönliche Kompetenzen.

termine

Journalismus

Medienpreis Politik

des Deutschen Bundestages

BERLIN. Prämiiert werden publizistische Arbeiten aller Mediensparten, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen und zur Beschäftigung mit den Fragen des Parlamentarismus anregen. Die Beiträge müssen nach dem 30. November 2008 erschienen sein. Dotierung: Insgesamt 5.000 €. Bewerbungsschluss: 30. Oktober. Kontakt: Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Fachbereich WD 1 – Geschichte, Zeitgeschichte und Politik, Fon: 030/227-386 30, E-Mail: vorzimmer.wd1@bundestag.de, www.bundestag.de/parlamentspreise/medienpreis/.

COR-Preis Wohnen und Design

RHEDA-WIEDENBRÜCK. Der Preis fördert journalistische Leistungen, die als Beitrag zur Wohn- und Kommunikationskultur beleuchten, wie Formgebung, Gestaltung und Design das Leben beeinflussen. Zugelassen sind Beiträge aller journalistischen Stilformen, die in einem deutschsprachigen Printmedium in Deutschland, Österreich oder der Schweiz zwischen dem 6. November 2008 und dem 8. November 2009 erschienen sind. Dotierung: Hauptpreis 6.500 €, Nachwuchspreis für Bewerber unter 35 Jahren 3.500 €. Einreichschluss: 10. November.

Kontakt: COR Sitzmöbel GmbH, Berthold Strüve, Fon: 052 42/41 02 – 240, E-Mail: b.strueve@cor.de, www.cor.de.

Publizistikpreis Biomedizin

MÜNCHEN. Die GlaxoSmithKline Stiftung würdigt Arbeiten, die biomedizinische

Themen bzw. ihren wissenschafts- und strukturpolitischen Hintergrund einer breiten Öffentlichkeit in Print, Hörfunk, TV oder Internet allgemein verständlich darstellen. Die Beiträge sollen bisher unprämiiert und nicht vor November 2008 publiziert sein. Dotierung: Insgesamt ca. 15.000 €. Einsendeschluss: 15. November. Kontakt: GlaxoSmithKline Stiftung, Tel. 089/360 44 – 86 90, E-Mail: gsk-stiftung@gsk.com, Internet: www.glaxosmithkline.de/html/forschung/publizistikpreise.html.

Andere Zeiten-Journalistenpreis

HAMBURG. Der Verein „Andere Zeiten“ will mit seiner Ausschreibung „Mach mal Sonntag“ Lust machen, sich diesem Ausnahmetag zu widmen – religiös, politisch, gesellschaftlich oder familiär. Wie vielfältig erleben die Menschen die 52 Seeleninseln im Jahr? Beiträge aller journalistischen Stilformen müssen zwischen dem 15. Mai 2009 und dem 15. November 2009 in einem deutschsprachigen Printmedium oder im Hörfunk veröffentlicht worden sein. Dotierung: Insgesamt 6.000 €. Einsendeschluss: 30. November. Kontakt: Andere Zeiten e.V., Iris Macke, Fon: 040/47 11 27 50, E-Mail: macke@anderezeiten.de, Internet: www.anderezeiten.de, www.machmalsonntag.de.

Liberty Award 2010

BERLIN. Der Preis würdigt im Ausland tätige Korrespondenten und Reporter, die Außergewöhnliches für die Freiheit leisten – die Freiheit der Medien, der Gesellschaft und damit für die Freiheit

eines jeden Einzelnen. Bewerben können sich hauptberuflich tätige Auslandskorrespondenten und -reporter aller Mediengattungen, die für deutschsprachige Medien arbeiten. Dotierung: Insgesamt 15.000 €. Bewerbungsschluss: 15. November.

Kontakt: Liberty Award 2010, c/o conny-blicke Kommunikation, Conny Blicke, Rosa-Luxemburg-Str. 17, 10178 Berlin, Internet: www.liberty-Award.

Film

Kinder- und Jugendkurzfilmfestival

BERLIN. Für das Internationale Kinder- und Jugendkurzfilmfestival KUKI vom 1. bis 8. November in Berlin wurde aus über 740 Einreichungen aus aller Welt ein buntes Festivalprogramm zusammengestellt. In einer großen Eröffnungsveranstaltung am 1. November wird unter anderem der Film „Durch die dicke dumme Wand“ uraufgeführt, der im Rahmen der Initiative „Kinder machen Kurzfilm!“ entstanden ist. In der Folgewoche sind fünf Wettbewerbsprogramme für Kids ab 4, 6, 10, 12 und 14 Jahren zu sehen, unter anderem mit Filmen rund um die Themen „Mauer und Grenzen“ oder „Schau auf die Welt“. Infos: Public Relations interfilm Berlin, Kristin Brachhaus, Natascha Korol, Fon: 030/6 93 29 59, Internet: www.kuki-berlin.com, www.kindermachenkurzfilm.de.

Thomas Strittmatter-Preis

STUTTGART. Die MFG Filmförderung Baden-Württemberg schreibt den

Thomas Strittmatter-Preis für Drehbuchautoren aus. Eingereicht werden können deutschsprachige Drehbücher aller Genres für einen abendfüllenden Spielfilm, vorausgesetzt der Autor hat seinen Wohnsitz in Baden-Württemberg oder die Handlung ist eindeutig dort lokalisiert. Dotierung: Insgesamt 25.000 €. Bewerbungsfrist: 3. November. Kontakt: MFG Baden-Württemberg, Stichwort „Drehbuchpreis“, Fon: 07 11/907 15 – 400, E-Mail: filmfoerderung@mfg.de, Internet: www.mfg-filmfoerderung.de.

Kasseler Dokfest

KASSEL. Vom 10. bis 15. November findet in Kassel das 26. Kasseler Dokumentarfilm- und Videofest statt. Gezeigt werden ca. 230 Dokumentarfilme sowie experimentelle und künstlerische Arbeiten, die aus über 2.600 Einreichungen ausgewählt wurden. Viele Regisseure stellen ihre Filme persönlich vor und diskutieren im Anschluss mit dem Publikum. Komplettiert wird das Dokfest durch die Ausstellung „Monitoring“, die 17 internationale Medieninstallationen zeigt, die Fachtagung „interfiction“ sowie die Dokfest-Lounge mit audiovisuellen Performances und VJ-Kunst. Informationen: Kasseler Dokfest, Fon: 05 61/707 64 21, E-Mail: dokfest@filmladen.de, Internet: www.filmladen.de/dokfest.

Landshuter Kurzfilmfestival

LANDSHUT. Für das Landshuter Kurzfilmfestival, das vom 17. bis 21. März 2010 die besten Kurzfilme aus Deutsch-

SCHWEIGEN, LÜGEN UND VERTUSCHEN

Wenn die Wahrheit nicht mehr öffentlich wird

Informationen sowie das Programm findet man im Internet www.mainzermediendisput.de

Es wird eine Organisationspauschale in Höhe von 20 Euro (Studierende und Auszubildende mit entsprechendem Nachweis 10 Euro) erhoben.

Anmeldeschluss ist der 30. Oktober

Senden Sie Ihre Anmeldung per Post an: MainzerMedienDisput, Geschäftsführung c/o MGS Marketing GmbH, Haus Forst Mittelstraße 5, 56579 Hardert oder per Fax: 0 26 34/96 88-19 Kontakt: Tel.: 0 26 34/96 88-12/13/14, E-Mail: info@mediendisput.de

land, Österreich und der Schweiz zeigt, können Filme aller Formate und Genres mit einer Spielzeit bis zu 50 Minuten eingereicht werden. Preise werden vergeben in den Kategorien Kurzspiel-, Dokumentar-, Kinder- und Experimental-film sowie Computeranimation und Animation. Zusätzlich gibt es den Focus Niederbayern für Beiträge von Filmschaffenden, die in Niederbayern leben und arbeiten. Insgesamt werden Preise in Höhe von 10.000 € vergeben. Anmeldeschluss für Filmbeiträge: 15. November. Informationen: Dynamo Kurzfilm e.V., Michael Orth, Fon: 089/62 30 34 16, E-Mail: m.orth@dynamo-kurzfilm.de, www.landshuter-kurzfilmfestival.de.

GREEN ME Story

BERLIN. Die Aktion der Filmemacher-Initiative „Green Me“ in Kooperation mit dem NABU Berlin konzentriert sich auf „grüne“ Inhalte eingereicherter Drehbücher. Mit seiner naturschutzfachlichen Kompetenz will der NABU über die Natur ohne erhobenen Zeigefinger informieren. Grüne Stoffe sollen genreübergreifend gefördert werden und dazu beitragen, dass sich Mensch und Natur durch die Kraft filmischen Erzählens näher kommen. Eingereicht werden können Dokumentar- sowie Spielfilmstoffe.

Dotierung: 35.000 € für maximal drei Projekte. Bewerbungsschluss: 30. November. Kontakt: NABU Landesverband Berlin, Gertrudis Kinscher, Fon: 030/986 08 37 19, Internet: www.nabu-berlin.de.

Internationales Trickfilm-Festival

STUTTGART. Das Internationale Trickfilm-Festival Stuttgart vom 4. bis 9. Mai 2010 fördert den künstlerischen Animationsfilm und junge Talente. In den Wettbewerbsprogrammen mit Preisgeldern von mehr als 50.000 € werden die besten Animationsfilmproduktionen aus aller Welt präsentiert. Filme, die nach dem 1. Oktober 2008 produziert wurden, können bis zum 1. Dezember für eine der folgenden Wettbewerbskategorien eingereicht werden: Internationaler Wettbewerb, Young Animation (Studentenfilm-Wettbewerb), Tricks for Kids (Wettbewerb für Kinderfilme), AniMovie (Langfilm-Wettbewerb). Bis 15. Januar 2010 können Filme für die Kategorie Under Commission (Internationaler Wettbewerb für Auftragsfilme) eingereicht werden. Informationen: Andrea Bauer, Fon: 07 11 / 925 46 – 115, E-Mail: bauer@festival-gmbh.de, Internet: www.itfs.de.

Fotografie

Tage der Fotografie

DARMSTADT. Das Thema der „Darmstädter Tage der Fotografie“ vom 23. bis 25. April 2010 lautet „Jetzt – Die erzählte Zeit“. In der kuratierten Hauptausstellung zeigen etablierte Fotografen ihre Exponate, im Rahmenprogramm erhalten Nachwuchskünstler die Chance, ausgewählte Arbeiten zum Jahresthema zu präsentieren. Dafür können sie bis 14. November Arbeiten oder Serien einsenden. 35 Einsendungen werden für die Ausstellung ausgewählt, die drei besten werden mit dem Merck-Preis der Darmstädter Tage der Fotografie prämiert. Dotierung: 5.000 €. Informationen und Bewerbungsunterlagen: Darmstädter Tage der Fotografie e.V., Kittlerstr. 34, 64289 Darmstadt, Internet: http://www.dtdf.de.

Förderung Bildkunst

BONN. Zweimal jährlich vergibt das Kulturwerk der VG Bild-Kunst rund 100.000 € an förderungswürdige fotografische und grafische Projekte. Gefördert werden fotografische Arbeiten im eigentlichen Sinn, aber auch Ausstellun-

gen, Kataloge und Festivals. Berücksichtigt werden ausschließlich professionelle Projekte, etwa solche, für die es auf dem kommerziellen Markt kaum Realisierungschancen gibt. Bewerben können sich Urheber aus dem Bereich Foto und Design mit ständigem Wohn- oder Geschäftssitz in Deutschland. Die Fördersumme kann bis zu 49 Prozent der Projektkosten, höchstens jedoch 8.000 € betragen. Einsendeschluss: 15. November. Informationen: Kulturwerk der VG BILD-KUNST GmbH, Dr. Britta Klöpfer, Reinhard Meyer, Fon: 02 28 / 915 34 13, Internet: www.bildkunst.de

Photoshop Convention

MÜNCHEN. Der Kongress am 26. und 27. November wendet sich an erfahrene Mediengestalter, Illustratoren, Digitalfotografen, Designer sowie Mitarbeiter aus Druckvorstufe und EBV in Agenturen oder Fachabteilungen. Kreative und technische Themen werden in über 40 Vorträgen behandelt, Teilnehmer können sich ihr Programm individuell zusammenstellen und Workshops belegen. Karten für den Kongress inkl. Vorträge, Catering und Rahmenprogramm: 399 €. Kontakt: Macromedia Akademie der

Medien, Janin Krüger, E-Mail: j.krueger@macromedia.de, Fon: 089 / 961 60 80 – 76, Internet: www.macromedia-seminare.de, www.photoshop-convention.de.

Sony World Photography Awards

LONDON. Der Sony World Photography Awards steht Profi-Fotografen und Foto-Amateuren offen. Der Profi-Wettbewerb umfasst zwölf Kategorien in den Genres Kommerzielle Fotografie, Fotokunst sowie Fotojournalismus / Dokumentarfotografie. Die Kategorien heißen Architektur, Kunst und Unterhaltung, Werbung, Konzeptkunst und Bildende Kunst, zeitgenössische Themen, Zeitgeschehen, Mode, Landschaft, Musik, Naturkunde, Porträt und Sport. Eingereichte Fotos müssen 2009 aufgenommen worden sein. Dotierung: 25.000 US-Dollar sowie Sony-Kamera-Ausrüstungen. Die Arbeiten der Finalisten in den einzelnen Kategorien werden 2010 und 2011 weltweit ausgestellt. Information: www.worldphotographyawards.org.

Stipendien

Medien-Mittler zwischen den Völkern

BERLIN. Die Robert Bosch Stiftung und die Berliner Journalisten-Schule bieten deutschen Journalisten bis zu 35 Jahren dreimonatige Stipendien bei Medien in Polen, Tschechien, Ungarn, der Slowakei und Slowenien – je nach Neigung in Print-, Hörfunk- oder TV-Redaktionen. Sie sollen von dort als „Korrespondenten auf Zeit“ berichten. Vor der Abreise erhalten die Stipendiaten Kenntnisse über die aktuelle politische, wirtschaftliche und kulturelle Situation und die Medienlandschaft des Gastlandes. Dotierung: Monatlich 1000 €. Bewerbungstermin: 1. November. Kontakt: Robert-Bosch-Stiftung, Marc Bermann, Fon: Telefon 07 11 / 460 84 – 154, E-Mail: marc.bermann@bosch-stiftung.de, Internet: www.medien-mittler.de.

Deutsch-Lateinamerikanisches Journalistenstipendium

BERLIN. Fünf deutsche Journalisten im Alter von 25 bis 30 Jahren können 2010 für zwei Monate in einem spanisch- bzw. portugiesischsprachigen Medium als Gastredakteur arbeiten. Austauschländer sind unter anderem Mexiko, Chile, Argentinien, und Brasilien. Zeitversetzt wird das Stipendium für Journalisten aus Lateinamerika ausgeschrieben, die sich für einen zweimonatigen

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift,
erscheint neun Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030 / 69 56 23 26

Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030 / 69 56 36 76

E-Mail: karin.wenk@verdi.de

Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen:

Network Media GmbH
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Ansprechpartner: Michael Blum (Leiter)
Tel: 030 / 255 94 – 150
Fax: 030 / 255 94 – 190
E-Mail: blum@nwmd.de

Gültige Anzeigenpreisliste:

Nr. 14 gültig ab 1.1.2009

M im Internet

http://mmm.verdi.de

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57

Titelbild: Hermann J. Haubrich,
Berlin, Tel. 0171 / 343 88 10

Druck und Vertrieb:

alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:

36,- € einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung:

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711 / 700 15 30. Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen zahlen 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:

„Kunst & Kultur“
verantwortlich: Burkhard Baltzer
„Druck + Papier“ verantwortlich:
Henrik Müller 030 / 69 56 – 10 76

Redaktionsschluss:

M 10.2009: 1.10.2009

M 11.2009: 1.11.2009

ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Arbeitsaufenthalt in Deutschland bewerben können. Dotierung: Einmalig 3.300 € als Zuschuss für Reisekosten, Unterbringung und Verpflegung während des Auslandsaufenthaltes. Ein Eigenbeitrag wird erwartet. Bewerbungsfrist: 10. November. Kontakt: Internationale Journalisten-Programme (IJP), Martin Spiewak, E-Mail: spiewak@ijp.org, Internet: www.ijp.org.

Journalist in Residence

KÖLN. Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Köln) schreibt unter anderem mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung für 2010 das Journalistenprogramm „Journalist in Residence“ aus. Redakteure aus den Ressorts Gesellschaft, Politik und Wirtschaft sowie freie Journalisten mit mindestens fünf Jahren Berufserfahrung können an einem oder zwei Instituten ihrer Wahl sechs bis zwölf Wochen recherchieren. Während des Aufenthalts werden ein Forschungs- und Recherchestipendium bis zur Höhe des entgangenen Verdienstes – höchstens 5.000 € monatlich – sowie zusätzliche Mittel für Sach- und Reisekosten gezahlt. Bewerbungsschluss: 16. November. Informationen: www.mpifg.de/service/pressestelle/jir_de.asp.

Deutsch-Asiatisches Journalistenstipendium

HAMBURG. Das Deutsch-Asiatische Journalistenstipendium ermöglicht jedes Jahr jeweils sechs bis acht deutschen und asiatischen Journalisten im Alter von 28 bis 38 Jahren einen Arbeitsaufenthalt im jeweils anderen Land. Die Stipendiaten hospitieren acht Wochen in asiatischen (englischsprachigen) bzw. deutschen Redaktionen und recherchieren Themen für ihre Heimatmedien. Gastländer sind Indonesien, Südkorea, Vietnam und Indien sowie die Volksrepublik China. Dotierung: Einmalig 3.600 € für Reisekosten, Verpflegung und Unterkunft sowie Krankenversicherung, zusätzlich 300 € für Sprachkurse in der jeweiligen asiatischen Sprache. Eine Vergütung der Arbeit vor Ort ist nicht vorgesehen. Bewerbungsschluss: 30. November. Kontakt: Internationale Journalisten-Programme (IJP), Martina Johns, E-Mail: johns@ijp.org, Internet: www.ijp.org.

Deutsch-Nordeuropäisches Journalistenstipendium

BERLIN. Fünf deutsche Journalisten erhalten die Möglichkeit, von April bis Juni 2010 bei einem Medium in Dänemark, Finnland, Island, Norwegen oder Schweden zu arbeiten. Das Programm

wird zeitgleich in den nordischen Ländern ausgeschrieben. Bewerben können sich Journalisten zwischen 18 und 39 Jahren, die als freie Mitarbeiter, Volontäre oder Redakteure bei deutschen Medien tätig sind. Sprachkenntnisse einer nordischen Sprache sind nicht Voraussetzung. Arbeitsfähige Englischkenntnisse werden jedoch erwartet. Dotierung: Einmalig 2.500 € für Reisekosten, Verpflegung und Unterkunft. Eine Vergütung der Arbeit vor Ort ist nicht vorgesehen, ein Eigenbeitrag wird erwartet. Zusätzlich wird für Tagungen ein Reisekostenzuschuss von bis zu 500 € gewährt. Bewerbungsschluss: 30. November. Kontakt: IJP e.V., Vassilios Theodosiou, Fon: 030/345 00 402, E-Mail: theo@ijp.org, Internet: www.ijp.org

Stipendien der Heinz-Kühn-Stiftung
DÜSSELDORF. Für die Aus- und Weiterbildung junger nordrhein-westfälischer Journalisten bis zu 35 Jahren vergibt die Heinz-Kühn-Stiftung sechs- bis zwölfwöchige Auslandsstipendien. Außer für Entwicklungsländer werden Stipendien für Staaten in Osteuropa und für Israel vergeben. Gleichzeitig finanziert die Stiftung für Bewerber aus solchen Ländern bis zu sechsmonatige Aufenthalte in Nordrhein-Westfalen. Dotierung: Zuschüsse für Lebensunterhalt und Reisen im Gastland, Flug- und Reisekostenpauschale, Sachkostenzuschuss. Bewerbungsschluss: 30. November. Informationen: Heinz-Kühn-Stiftung, Ute Maria Kilian, Fon: 02 11/837 12 74, E-Mail: umkilian@stk.nrw.de, Internet: www.heinz-kuehn-stiftung.de.

Varia

Krieger-Identitäten

BERLIN. „Identität Krieger? Junge Männer in mediatisierten Lebenswelten“ lautet das Motto einer Fachtagung der Medienarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM). Behandelt werden unter anderem bestehende medial geprägte Männerbilder, die Faszination medialer Gewalt auf Jungen sowie die Zusammenhänge zwischen Medien und Geschlechterbildern bzw. -rollen. Termin und Ort: 1. Dezember, 10.30 bis 17.00 Uhr, Zentrum am Hauptbahnhof, Lehrter Str 68, 10557 Berlin. Kontakt: Kommission für Jugendmedienschutz (KJM), Cornelia Freund, Fon: 089/638 08 – 330, E-Mail: cornelia.freund@blm.de, Internet: www.kjm-online.de.

Korruption und Recherche

BERLIN. Korruption ist auf dem Vormarsch. Häufig wird korruptes Handeln gar nicht aufgedeckt – und noch viel seltener strafrechtlich verfolgt. Vor welchen Herausforderungen Journalisten stehen, die Korruptionsfälle aufdecken wollen, welche Recherchetechniken und Wege es dafür gibt, soll bei einer Fachtagung des Netzwerk Recherche (nr) vom 30. Oktober bis 1. November in der Evangelischen Journalistenschule in Berlin geklärt werden. Teilnahmegebühr: nr-Mitglieder 90 €, Nicht-Mitglieder 120 €. Programm und Anmeldung: Tina Groll, Fon: 030/68 08 25 32, E-Mail: tina.groll@aol.com, Internet: www.netzwerkrecherche.de/termine/index.php?pageid=332.

Politik bringt Quote

DARMSTADT. Politische Berichterstattung beschränkt sich in vielen Lokalredaktionen auf triste Sitzungsberichte, langweilige Parteiumfragen und auf Sensationsmeldungen: Das knackige Zitat, der Fehltritt des Politikers und die populistische Entscheidung stehen im Mittelpunkt. Ein Modellseminar der Bundeszentrale für Politische Bildung vom 9. bis 13. November vermittelt Wege zur besseren Politikvermittlung, Gespräche mit Experten und gute Beispiele aus Lokalzeitungen. Seminargebühr: 120 € inkl. Verpflegung und Unterkunft. Kontakt: Bundeszentrale für politische Bildung, Berthold Flöper, E-Mail: floeper@bpb.de, Internet: www.bpb.de.

leute

Holger Andersen, bisher Bereichsleiter Comedy bei RTL (Köln), wechselte als Programmdirektor zu RTL II (München). Bei RTL übernahm **Markus Küttner** die Bereichsleitung Comedy & Real Life; **Barbara Thielen**, Bereichsleiterin Fiction, ist zusätzlich für Sitcoms und Comedy-Movies zuständig.

Der Autor und Regisseur **Lars Becker**, Erfinder der erfolgreichen „Nachtschicht“-Krimireihe des ZDF, wird mit dem in diesem Jahr erstmals vergebenen Ehrenpreis des Filmfests Hamburg ausgezeichnet. Der Preis zeichnet Persönlichkeiten aus, die sich um das Filmfest und den Filmstandort Hamburg besonders verdient gemacht haben, und hört auf den Namen „Hamburger Filmfestbesteck“. In diesem Jahr trägt das „Filmfestbesteck“ den Titel „Das Gelbe

vom Ei“ auf seinen vier Silber-Löffeln; mit der gleichnamigen ZDF-Komödie hatte der Hamburger Regisseur vor Jahren auf sich aufmerksam gemacht.

Katharina Borchert, derzeit Geschäftsführerin der WAZ NewMedia GmbH und Chefredakteurin des Webportals derwesten.de, wird zum 1. April nächsten Jahres Geschäftsführerin der Spiegel Online GmbH.

Claudia Brahim-Mazari, bisher stellv. CvD bei dem hessischen Privatsender Hit Radio FFH, rückte zur CvD auf.

Clemens Bratzler, Reporter, Moderator („Zur Sache Baden-Württemberg!“) und Redakteur beim SWR, löste als Leiter der Fernseh Abteilung Wirtschaft des SWR in Stuttgart **Sabine Gaschütz** ab. Bratzler wird auch die Servicesendung „Plusminus“ (ARD) präsentieren.

Lara Fritzsche, bisher als Redakteurin beim Kölner Stadt-Anzeiger und als freie Journalistin (u.a. Die Zeit, NZZ, GEO, Spiegel Online) tätig, tritt in die NEON-Redaktion ein.

Der Jesuit **Bernd Hagenkord**, früher Jugendseelsorger in Hamburg, löst als Leiter der deutschsprachigen Sektion von Radio Vatikan **Eberhard von Gemmingen** ab.

Thomas Leif, Chefreporter und Moderator beim SWR sowie Vorsitzender von „Netzwerk Recherche“, wird Honorarprofessor am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Koblenz-Landau, an dem er schon seit einiger Zeit als Lehrbeauftragter wirkt.

Stephan Lochner, bisher Redakteur und Moderator in der SWR-Fachredaktion Wirtschaft und Soziales, löste als Korrespondent und Studioleiter in London **Alfred Schmit** ab, der in die Hörfunk-Fachredaktion Wirtschaft des Senders nach Stuttgart wechselte. Die SWR-Hörfunkjournalistin **Evi Seibert**, Reporterin und Moderatorin für Radio und Fernsehen, folgte als Studioleiterin im Pariser Gemeinschaftsbüro von SWR, BR und MDR auf **Claudia Deeg**, die bei SWR1-Rheinland-Pfalz in Mainz tätig sein wird.

Andreas Möser, bisher Kanzlerkorrespondent bei der Nachrichtenagentur Reuters, folgt als Pressechef der Landeshauptstadt Hannover auf **Dieter Sagolla**.

Martin Müller ist neuer Leiter der Abteilung „Journalistische Unterhaltung“

beim SWR. Er folgt in dieser Position **Sylvia Storz** nach, die seit 1. Mai 2009 in der Nachfolge von **Ingrid Felgenträger** die Hauptabteilung Programmkoordination und Service in der Fernsehredaktion in Baden-Baden leitet.

Dr. **Stephan Ory**, Vorsitzender des Medienrats der Landesmedienanstalt Saarland (LMS) sowie Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Privater Rundfunk, wurde von der Universität des Saarlands, an der er schon lange als Lehrbeauftragter wirkt, zum Honorarprofessor für das Fachgebiet Rundfunk und Urheberrecht ernannt.

NDR-Verwaltungsrat: Dr. **Wolfgang Peiner**, Wirtschaftsprüfer und früherer Finanzsenator von Hamburg, wurde zum Vorsitzenden des Gremiums gewählt; stellv. Vorsitzende ist Dr. **Rosemarie Wilcken**, Bürgermeisterin (SPD) von Wismar.

Marina Rizovski-Jansen, zuletzt medienpolitische Beraterin des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, wurde Leiterin der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen e.V. (DZNE) in Bonn.

Friedrich Roeingh, derzeit Chefredakteur der Westdeutschen Zeitung (Verlag W. Girardet KG), wird zum 1. Februar 2009 Chefredakteur der Allgemeinen Zeitung (Verlagsgruppe Rhein Main) in Mainz. Er folgt auf **Klaus Beck**, der nach einer krankheitsbedingten Pause den Posten aufgab.

Johannes Scherer, Moderator und Comedian, dessen Wechsel von Hit Radio FFH (Bad Vilbel) zum HR schon angekündigt war, bleibt jetzt doch bei dem privaten Rundfunksender.

Peter Schink, bisher als Head of Development bei der Axel Springer AG u.a. zuständig für den Relaunch von Welt Online, verließ das Unternehmen und gründete zusammen mit **Steffen Büffel**, u.a. Redaktionschef bei blogpiloten.de, eine Agentur für digitale Medien.

Christian Sievers, bisher als Moderator („ZDF-Morgenmagazin“) und Reporter beim ZDF tätig, löste als Leiter des ZDF-Studios in Tel Aviv **Karin Storch** ab.

Klaus Smentek, derzeit stellv. Chefredakteur des Kicker-Sportmagazins (Olympia-Verlag), löst als Chefredakteur zum 1. Januar 2010 **Rainer Holzschuh** ab, der Herausgeber des Fußball-Fachblatts

wird. Der bisherige Herausgeber **Karl-Heinz Heimann** geht in den Ruhestand. Neue stellv. Chefredakteure werden **Jörg Jakob**, bislang Chef vom Dienst des Blatts, und **Jean-Julien Beer**, bisher Sportchef beim Kölner Express. Mitglied der Chefredaktion wird auch Chefreporter **Rainer Franzke**.

Corinna Teuner, langjährig bei der Mediengruppe RTL Deutschland tätig, zuletzt als Redaktionsleiterin des Frauenportals Frauenzimmer.de, wurde Leiterin der Kommunikationsabteilung von VOX und ist für die Online-Angebote des Senders zuständig. Sie folgte auf **Gabriela Leibl**.

Boris Tomic, bisher Chefredakteur der Stadtillustrierten Journal Frankfurt, wurde Leiter der Stadtreaktion der Frankfurter Neuen Presse.

Ulrike Trampus, bis 2007 Chefredakteurin des Wiesbadener Kuriers, zuletzt Dozentin für Pressejournalismus an der Universität Mainz, übernimmt die Chefredaktion der Ludwigsburger Kreiszeitung von **Isabell Funk**, die als Chefredakteurin des Triererischen Volksfreunds **Walter Wolfgang Weber** ablöst.

preise

Fatih Akin (Deutschland) wurde beim Internationalen Filmfestival von Venedig für „Soul Kitchen“ (Koproduktion NDR) mit dem Spezialpreis der Jury und dem Publikumspreis Young Cinema Award ausgezeichnet.

Die ARD-Reihe „Lauter Lyrik – Der Hör-Conrady“ (SWR/RB, Regie: **Stefan Hilsbecher**) wurde als einziges Hörbuch mit dem „Jahrespreis der deutschen Schallplattenkritik“ ausgezeichnet.

Der ARD/ZDF-Förderpreis für Frauen und Medientechnologie wurde zum ersten Mal für herausragende Abschlussarbeiten zu technischen Fragestellungen aus dem Bereich der audiovisuellen Medienproduktion und -distribution an deutschsprachigen (Fach-) Hochschulen und Universitäten ausgeschrieben.

1. Preis: **Zora Schärer** (TU Berlin) für „Kompensation von Frequenzgängen im Kontext der Binauraltechnik“; 2. Preis: **Janine Liebal** (TU Ilmenau) für „Entwicklung eines Leitfadens für die softwareergonomische Gestaltung von Software für Kinder“; 3. Preis: **Friederike Maier** (Leibniz Universität Hannover)

für „Untersuchung der erforderlichen Sendeparameter des DRM+ Systems bei Senderdiversität“. Der Preis ist mit insgesamt 10.000 € dotiert.

Thomas Behrend wurde beim 3. Internationalen Naturfilmfestival Green Screen in Eckernförde für „Eisbären können nicht weinen“ (Sendereihe „Expeditionen ins Tierreich“, NDR) der mit 5.000 € dotierte Heinz Sielmann Filmpreis verliehen, den die gleichnamige Stiftung vergibt.

Benjamin Biehn und **Daniel Adam** erhielten von der FFA für ihr in der „Werkstatt Bavaria“, einem Förderprogramm der Bavaria Film, entwickeltes Treatment „Als der Weihnachtsmann vom Himmel fiel“ nach einem Roman von Cornelia Funke eine Drehbuchförderung in Höhe von 20.000 €.

11. Deutscher Fernsehpreis – Fernsehfilm: „Mogadischu“ (ARD/SWR/BR) von **Roland Suso Richter** (Regie) und **Maurice Philip Remy** (Buch); Mehrteiler: „Wir sind das Volk – Liebe kennt keine Grenzen“ von **Thomas Berger** (SAT.1/ORF); Serie: „Der Lehrer“ (RTL); Dokumentation: „Freundschaft! Die Freie Deutsche Jugend“ von **Lutz Hachmeister** und **Mathias von der Heide** (ARD/NDR/WDR/RBB); Reportage: „Die Bombe“ von **Claus Kleber** und **Angela Andersen** (ZDF); Informationssendung/Moderation Information: „ZDF-Wahlforum“; Unterhaltungssendung/Moderation Unterhaltung: „Wetten dass ...?“ vom 13.12. 2008 mit **Thomas Gottschalk** (ZDF/ORF/SF); Comedy: „TV-Helden“ mit **Jan Böhmermann**, **Caroline Korneli** und **Pierre M. Krause** (RTL); Sportsendung:

„Leichtathletik-WM“ (ZDF); Regie: **Nikolaus Leytner** für „Ein halbes Leben“ (ZDF/ORF); Buch: **Silke Zertz** für „Wir sind das Volk – Liebe kennt keine Grenzen“ und „Woche für Woche“ (ARD/WDR) von **Martin Gies**; Schauspieler Hauptrolle: **Josef Hader** für „Ein halbes Leben“; Schauspielerin Hauptrolle: **Senta Berger** für „Schlaflos“ (ARD/WDR) von **Isabel Kleefeld**; Schauspieler Nebenrolle: **Florian Bartholomäi** für „Bloch: Schattenkind“ (ARD/SWR/WDR); Schauspielerin Nebenrolle: **Anna Fischer** für „Die Rebellin“ (ZDF) und „Wir sind das Volk – Liebe kennt keine Grenzen“; Kamera: **Martin Langer** für „Tatort: Auf der Sonnenseite“ (ARD/NDR); Schnitt: **Annemarie Bremer** für „Die Wölfe“ (ZDF); Musik: **Ulrich Reuter** für „Die Freundin der Tochter“ (ARD/NDR/ARTE) und „Die Drachen besiegen“ (ARD/BR/NDR); Szenenbild und

Kostümbild: **Frank Godt** und **Monika Hinz** für „Die Wölfe“; Förderpreise (je 15.000 €): **Eva Stotz** für „Sollbruchstelle“ (3sat) sowie **Henriette Confurius**, **Neel Fehler**, **Nina Gummich**, **Vincent Redetzki**, **Maximilian Werner** und **Philip Wiegatz** für „Die Wölfe“; Ehrenpreis der Stifter: **Alfred Biolek**.

Beim eDIT-Filmfestival in Frankfurt wurde der Schauspieler **Christoph Waltz** mit dem Special Achievement Award prämiert. Ausgezeichnet wurde auch der Cutter **Chris Lebenzon** („Top Gun“). Den Ehrenpreis des europäischen Kameraraverbandes Imago erhielt der Kamera-Altmeister **Ricardo Aronovich**.

Der EXPOPHARM Medienpreis wird von der ARZ Haan AG, der Deutschen Krankenversicherung AG, dem Govi Verlag, der Hexal AG, der Messe Düsseldorf und der Noweda unterstützt. Die Preisträger 2009 – Kategorie „Apothek und Politik“: **Dieter Schwab** für „Eine Entscheidung zu Gunsten der Patienten“ (Nürnberger Nachrichten); Kategorie „Apothek und Ökonomie“: **Gabriele Uitz** für „Service mit Nebenwirkungen: Die Apotheker fürchten um ihren Stand“ (BR Hörfunk); Kategorie „Apothek und Verbraucher“: Dr. med. **Astrid Viciano** für „Zurück ins Leben“ (Stern); Kategorie „Pharmazie und Forschung“: Team um die WDR-Redakteurin **Anne Preger** für „Forschen gegen das Vergessen“ (Sendereihe „Quarks & Co.“). Die Preise sind mit je 5.000 € dotiert. Sonderpreis: **Jürgen Genuneit**, Vorstandsmitglied des Bundesverbands Alphabetisierung und Grundbildung, für die von ihm entwickelten Fortbildungsangebote für Apotheken.

First Steps Award 2009 – Kategorie Kurzfilme bis 25 Minuten (10.000 €): „Am anderen Ende“ von **Philipp Döring** (Filmakademie Baden-Württemberg, Ludwigsburg); Kategorie Spielfilme bis 60 Minuten (15.000 €): „WAGs“ von **Joachim Dollhopf** und **Evi Goldbrunner** (HFF Potsdam-Babelsberg); Kategorie Dokumentarfilme (12.000 €): „Die Maßnahme“ von **Maik Bialk** (Filmakademie Baden-Württemberg, Ludwigsburg); Sonderpreis Drehbuch (8.000 €): **Katharina Kress** für ihr Buch zu dem Film „Am anderen Ende“ (Filmakademie Baden-Württemberg, Ludwigsburg); Kategorie Abendfüllende Spielfilme (25.000 €): „Schwerkraft“ von **Maximilian Erlenwein** (Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin).

Der frühere Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** wurde mit dem Medienpreis

der Journalistenvereinigung M100 Sanssouci Colloquium ausgezeichnet.

Markus Gotzi, freier Wirtschaftsjournalist und Chefredakteur des Newsletters *Der Fondsbrief*, wurde mit dem Deutschen Preis für Immobilienjournalismus ausgezeichnet, der von der Wissenschaftlichen Vereinigung zur Förderung des Immobilienjournalismus e.V. (WVFI) ausgelobt wird. Ein Sonderpreis ging an ein Team von vier Absolventen der Zeitepochen Reportageschule für die gemeinsame Abschlussarbeit.

Der Helmut Schmidt – Journalistenpreis wird von der Direktbank ING-DiBa für „herausragende Leistungen auf dem Gebiet des Finanz- und Verbraucherjournalismus“ vergeben. Die Preisträger 2009 – 1. Preis: **Alexander Neubacher** für „Das Tollhaus“ (Der Spiegel); 2. Preis: **Kersten Sebastian Schübler** für „Verbranntes Geld“ (ARTE); 3. Preis: **Marc Brost und Wolfgang Uchatius** für „Ein Laufрад für Deutschland“ (Die Zeit).

Das Internationale Kurzfilmfestival „Going Underground 8“ wurde vom Berliner Fenster und Interfilm Berlin im Fahrgastfernsehen der Berliner U-Bahn veranstaltet. Gezeigt werden konnten nur Stummfilme, die nicht länger als 90 Sekunden dauern; das Publikum stimmte online ab. Die Preisträger – 1. (3.000 €): „Zehn Filmklassiker gespielt von Fischen“ von **Ralf Ruthe** (Deutschland); 2. (2.000 €): „Fernseher“ von **Daniel Faigle** (Deutschland); 3. (1.000 €): „Hu Hu Pole Hole“ von **Alexei Alexeev** (Ungarn/Russland). Special „1989 – Up Against The Wall“ – 1. (2.000 €): „Der Freimaurer“ von **Philipp Roeglin und Florian Renner**; 2. „Wall“ von **Markus Kempken**; 3. „Hans im Glück“ von **Wolfgang Meisterstein**.

Necla Kelek, türkischstämmige Soziologin und Publizistin, erhielt den mit 10.000 € dotierten Hildegard-von-Bingen-Preis für Publizistik, der von der Landes Zahnärztekammer Rheinland-Pfalz ausgeschrieben wird.

Dem Filmregisseur **Ken Loach** (Großbritannien) wird für sein Lebenswerk der Ehrenpreis der Europäischen Filmakademie verliehen.

Der Medienpreis „LEOPOLD – Gute Musik für Kinder“ wird vom Verband deutscher Musikschulen zusammen mit dem Bundesjugendministerium verliehen; Partner sind das Kulturradio WDR 3

und die Initiative Hören. Der Preis ging in diesem Jahr an die CD-Produktionen „Arnold Schönberg: Die Prinzessin und Afrika“, „Schmetterlingsküsschen“, „Wir Kinder vom Kleistpark machen Musik“, „Die verhexte Musik“, „Inspektor Maus“, „Wer hat Angst vor Mister Werwolf?“ und „Pelemele! Rockwürste“. Den von einer Schulklasse vergebenen Sonderpreis gewann die Kinderlieder-CD „Luftmusik und Feuerfarbe“.

Patricia Metz erhielt für ihren Beitrag „Blutvergiftung: Sepsis rechtzeitig erkennen und behandeln“ (WDR-Magazin „Servicezeit: Gesundheit“) den von der BRAHMS AG mit 3.000 € dotierten Medienpreis Sepsis 2009 der Deutschen Sepsis-Gesellschaft.

Marie Miyayama wird für ihren Spielfilm „Der rote Punkt“ der mit 7.500 € dotierte William Dieterle Filmpreis der Stadt Ludwigshafen verliehen. Einen mit 2.500 € dotierten Sonderpreis erhält **Rick Minnich** für den Film „Forgetting Dad“.

Der Regisseur **Lancelot von Naso** und die jungen Produzenten **Florian Deyle, Dario Suter, Christoph Daniel und Marc Schmidheiny** gewannen mit dem Film „Waffenstillstand“ (ZDF/ARTE) beim 33. World Film Festival in Montreal den Interfilm-Preis der Ökumene.

Helmut Oesterwinter, Redakteur bei der Mainzer Rhein-Zeitung, erhielt den Karl-Zapp-Medienpreis des Bauern- und Winzerverbands Rheinland-Pfalz Süd.

Der „Preis für die Freiheit und Zukunft der Medien“ wird von der Medienstiftung der Sparkasse Leipzig ausgeschrieben und ist mit insgesamt 30.000 € dotiert. Die Preisträger 2009: Der italienische Journalist und Schriftsteller **Roberto Saviano** („Gomorra“), der wegen seiner Veröffentlichungen zur Camorra von der Mafia mit dem Tod bedroht wird; **Dušan Miljuš**, leitender Redakteur der kroatischen Tageszeitung *Jutarnji List*, der aufgrund seiner Artikel über Waffenschmuggel zwischen der EU und ehemaligen jugoslawischen Staaten sowie über die Mafia im städtischen Baugewerbe Opfer eines Überfalls wurde; **Ahmet Altan**, türkischer Autor und Chefredakteur der Tageszeitung *Taraf*, der wegen der kritischen Veröffentlichungen des Blatts unter schweren Repressionen zu leiden hat.

Beim 61. Prix Italia, einem internationalen Wettbewerb für Hörfunk, Fernsehen und Internet, gingen zwei Auszeichnungen

an den ARD-Hörfunk. Hörspiel: „My body in 9 parts“ von **Raymond Federman** (Übersetzung und Bearbeitung: **Gaby Hartel**; Regie: **Götz Naleppa** / DLR); Radiofeature: Special Price für „Lost in Music. Die Cornel Chiriac-Story“ von **Patrick Banush** (SWR/WDR/BR).

Der Ravensburger Medienpreis wird von der Stiftung Ravensburger Verlag für „herausragende Medienberichte über positive Beispiele familiären und familienähnlichen Zusammenlebens“ vergeben. Print / 1. Preis (5.000 €): **Henning Sußebach** für die Reportage „Die Opokus von nebenan“ (Die Zeit); TV / 2. Preis (4.000 €): **Stephan Rebelein und Uta von Borries** für die Dokumentation „Leben auf kleinstem Fuß“ (Reportagereihe „37°“, ZDF); Hörfunk / 3. Preis (3.000 €): **Claudia Decker** für ihr Feature „Schattenkinder – Über die Geschwister von Menschen mit Behinderung“ (Reihe „Notizbuch“, BR 2); Redaktion / 4. Preis (2.000 €): Dr. **Christiane Steiner** für die Redaktion des Servicemagazins „Vivo“ zum Themenschwerpunkt „Ist Familie ein Auslaufmodell?“ (3sat); Serie / 5. Preis (1.000 €): **Annette Leyssner** (Text) und **Kathrin Harms** (Fotos) für die Serie „Die Bilderbuchfamilie“ (Münchner Straßenzeitung Biss).

Der Regino-Preis für „herausragende Justizberichterstattung“ ging erstmals nur an Frauen: **Özlem Topcu** (Hamburger Abendblatt), **Jutta Pinzler** und **Dorothea Hohengarten** (ARTE) sowie **Claudia Decker** (Bayern 2).

Dem Filmemacher **Edgar Reitz** wurde für sein „herausragendes künstlerisches und kulturpolitisches Engagement“ der Kulturgroßchen 2009 des Deutschen Kulturrats verliehen.

Robert Geisendörfer Preis / Medienpreis der Evangelischen Kirche – Hörfunk: **Ricarda Bethke** (Buch) und **Thomas Zenke** (Regie) für „Meine liebe Änne! Feature nach Briefen und Dokumenten aus den Jahren 1933 bis 1983“ (DLF); **Elke Suhr** für „Mein lieber Heinrich – Eine niederdeutsche Familienmontage“ (NDR/DLF). Fernsehen: **Andreas Klei- nert** (Regie) sowie **Alex Buresch** und **Matthias Pacht** (Buch) für die Folge „Rosis Baby“ (BR) aus der ARD-Reihe „Polizeiruf 110“; die Autoren und Regisseure **Anita Blasberg, Marian Blasberg und Lutz Ackermann** für „Die Weggeworfenen – Geschichte einer Abschiebung“ (ZDF). Kinderfernsehen: **Anja Kömmerling** und **Thomas Brinx** (Buch) sowie **Sibylle Tafel** (Regie) für „König Drosselbart“ (HR); lobende Erwähnung: Moderatorin **Karen Markwardt** für „Karen in Action – Von wegen behindert!“ (BR). Der Preis ist mit insgesamt 25.000 € dotiert. Sonderpreis (undotiert): **Hans Janke**, ehemaliger Fernsehspielchef und stellv. Programmdirektor des ZDF.

Die ZDF/ARTE – Koproduktion „Ajami“ von **Yaron Shani** und **Scandar Copti** wurde bei den Ophir Awards in Tel Aviv in den Kategorien Bester Film, Regie, Drehbuch, Schnitt und Originalmusik ausgezeichnet.

23.

Journalistentag 2009

der dju / FG Medien in ver.di

28. November 2009 in Berlin

10 bis 17 Uhr

im Haus der ver.di-Bundesverwaltung,
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin

Vom Wert unserer Arbeit

Verbindliche Anmeldung bis 13. November 2009:
an E-Mail: dju@verdi.de, Fax: 030 / 69 56 36 57
oder Telefon: 030 / 69 56 23 37



Der Wert journalistischer Arbeit – ein spannendes Thema für die Gesellschaft, deren Information und Meinungsbildung ganz wesentlich von journalistischer Leistung abhängt. Ebenso spannend ist das Thema für die Journalille selbst.

Journalisten/innen, seien sie fest angestellt oder freiberuflich tätig, haben es zunehmend schwer, eine dem Wert angemessene Vergütung ihrer Arbeit durchzusetzen. Der Kampf um gute Honorare und Gehälter ist niemals endgültig zu gewinnen und bleibt ständige Aufgabe der dju in ver.di. Der Journalistentag wird zeigen, dass dazu viel mehr gehört als Tarifverhandlungen und ihre Rituale. Er lädt ein, sich dem Wert unserer Arbeit aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln zu nähern: dem kämpferischen, dem philosophischen, dem kreativen, dem juristischen.

Wir wünschen allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern viele Anregungen, gute Gespräche und viel Freude.

Tagesmoderation: Inez Kühn

dju.

Deutsche
Journalistinnen- und
Journalisten-Union

Fachgruppe Medien
in ver.di

Programm

- 10:15 Uhr **Eröffnung: Frank Werneke**
- 10:30 Uhr **Nikolaus Brender, ZDF**
Vom notwendigen Überleben des Journalismus
Aufgabe – Kompetenz – Wert – gesellschaftlicher Auftrag
Anschl. Diskussionsrunde – Einbeziehung aller Medien
- 13:00 Uhr **Film: Schlaglichter auf die Wirklichkeit**
Generalangriff auf Honorare und Gehälter
– die schlimmsten Beispiele
- 13:30 Uhr **Detlef Henschke: Wertschätzung und / oder Vergütung**
Ein Beitrag zur Philosophie der Bezahlung
von Arbeit, sogar von journalistischer
30 Minuten, anschl. Diskussion mit dem Publikum
- 14:30 Uhr **Dr. Elke Grittmann, Universität Hamburg / jetzt Lüneburg**
Vereinheitlichung statt Vielfalt?
Vorstellung der Studie zum Einfluss von interner Medien-
konzentration auf die Berichterstattung
- Robert Haberer, dju, Mecklenburg-Vorpommern**
Organisation von Widerstand unter diesen Bedingungen
- 15:30 Uhr **Rüdiger Lühr, dju**
Eine (fast) unendliche Geschichte
Das Ergebnis der Vergütungsregelungsverhandlungen –
hat es sich gelohnt?
- 16:00 Uhr **Siegfried Heim, ver.di**
Nur noch in der Defensive?
Tarifsituation in den Redaktionen –
Umstrukturierungen – Perspektiven
- 16:45 Uhr **Schlusswort Ulrich Janßen, dju-Vorsitzender: Und nun?**

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos.

Vorabendparty am 27. November 2009 ab 19.00 Uhr im Atrium des ver.di-Hauses mit der Gruppe Mrs. Zambesi, Musik, Büfett, Getränke, Gespräche

Für Übernachtung bei Anreise am Vorabend ist in Nähe des Veranstaltungsorts ein begrenztes Kontingent an Hotelzimmern reserviert – Buchung in Reihenfolge der Anmeldung. Die Hoteladresse wird mit der Anmeldebestätigung mitgeteilt. Das Hotel muss selbst bezahlt werden. Für ver.di-Mitglieder gibt es einen **Hoteltkostenzuschuss** von 20 Euro gegen Nachweis der Hotelquittung auf dem Journalistentag – auch bei eigener Hotelbuchung. Ferner wird für ver.di-Mitglieder ein **Fahrtkostenzuschuss** von € 0,10 pro km Entfernung einfache Fahrt übernommen (unabhängig vom gewählten Verkehrsmittel).